

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/8

**8. Sitzung
Kiel, Donnerstag, 15. August 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 26.08.96

Tagesordnung:

Gemeinsame Beratung

a) Ermittlung von Schuldaten

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/68

b) Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Lande Schleswig-Holstein im Schuljahr 1995/96

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/67

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Angelika Volquartz (CDU)

Sabine Schröder (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoerrendonk (SSW)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Beschlüsse: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 14/68 an den Bildungsausschuß

2. Überweisung des Berichts Drucksache 14/67 an den Bildungsausschuß zur abschließenden Beratung

Unterrichtsverpflichtung für Haupt- und Realschullehrer an Gesamtschulen

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/71

Angelika Volquartz (CDU)

Sabine Schröder (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoerrendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß

Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion F.D.P.

Drucksache 14/145

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/170 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/174

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Jürgen Weber (SPD)

Thorsten Geißler (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoerrendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/174 Nr. 1 sowie des Antrages Drucksache 14/170 (neu)

Hochbegabtenförderung

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/150

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/168

Ursula Röper (CDU)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: 1. Überweisung des Antrages Drucksache 14/150 an den Bildungsausschuß

2. Annahme des Antrages Drucksache 14/168

Bericht zum gegenwärtigen Stand und zukünftigen Verfahren des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg (REK)

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/154

Bernd Schröder (SPD)

Martin Kayenburg (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Konrad Nabel (SPD)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klaus Schlie (CDU)

Beschluß: Annahme

Bericht zur Verwendung des Antibiotikums Chlorphenicol und anderer verbotener Stoffe in der schleswig-holsteinischen Tierhaltung

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/155

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hans Siebke (CDU)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beschluß: Für erledigt erklärt

Investitionsbankbericht 1995

Drucksache 14/79

Beschluß: Überweisung an den Finanzausschuß

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der

Verfassungsbeschwerde gegen die Satzung der Stadt Eutin über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten
Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/138

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter

Beschluß: Annahme

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1996
Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/140

Gerhard Poppendiecker (SPD), Berichterstatter

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung

Volksbegehren „Rettet die Polizei-Reiterstaffel Schleswig-Holstein“
Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 14/141

Heinz Maurus (CDU), Berichterstatter

Beschluß: Annahme

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.04 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Landtagssitzung. Lassen Sie mich zu Beginn der Frau Abgeordneten Herlich Marie Todsen sehr herzlich zu ihrem Geburtstag gratulieren.

(Beifall im ganzen Haus)

Beurlaubt für heute ist die Frau Abgeordnete Birgit Küstner.

Auf der Tribüne begrüße ich die Besucher der Beruflichen Schulen Mölln und der Klaus-Groth-Realschule in Kiel.

(Beifall im ganzen Haus)

Lassen Sie mich noch eine Mitteilung machen. Die Mitglieder des Agrarausschusses werden gebeten, sich im Anschluß an die heutige Vormittagssitzung zum Fototermin an der Treppe zur Kantine einzufinden.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich habe viel Verständnis, daß Sie alle noch Frau Todsen zum Geburtstag gratulieren wollen. Aber vielleicht führen Sie das besser in der Mittagspause fort.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 3 und 22:

Gemeinsame Beratung

a) Ermittlung von Schuldaten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/68

b) Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Lande Schleswig-Holstein im Jahre 1995/96

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/67

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Ich habe Ihnen einen **Bericht** zu geben, der das abgeschlossene letzte Schuljahr betrifft. Das ist ein wenig mißlich, weil dieser Bericht in der letzten Plenarsitzung geschoben werden mußte und wir nun bereits das neue Schuljahr haben. Ich denke, Sie sind damit einverstanden, daß ich mich bei der Erstattung des Berichts im wesentlichen auf die Dinge konzentriere, die Gültigkeit für das laufende Schuljahr und auch für die kommenden vier Jahre haben.

(Zurufe: Wir verstehen nichts! - Zuruf von der CDU: Können Sie vielleicht die Stimme hochfahren?)

- Ich glaube, Sie haben trotzdem verstanden, was ich gesagt habe, nämlich daß ich mich in der Berichterstattung darauf konzentriere, was bedeutsam auch für das laufende Schuljahr und die kommenden vier Jahre ist.

Wir können im Rückblick auf das letzte Schuljahr sagen, daß die Anstrengungen der Landesregierung zur Sicherung der Unterrichtsqualität bei steigenden Schülerzahlen Früchte getragen haben. Die **Unterrichtsversorgung** war im letzten Schuljahr trotz steigender Schülerzahlen stabil, und sie wird auch im neuen Schuljahr 1996/97 stabil sein.

Dieser **Bericht** enthält ein absolutes Novum. Erstmals wird in dem Bericht ein **Konzept zur langfristigen Unterrichtsversorgung** vorgelegt, das wir **KLAUS** genannt haben. Dieses Konzept zur langfristigen Unterrichtsversorgung ist ein geschlossenes Gesamtkonzept.

(Holger Astrup [SPD]: Mit C oder mit K, Frau Ministerin? - Weitere Zurufe)

Wir stellen in diesem geschlossenen Gesamtkonzept die Unterrichtsversorgung in den nächsten vier Jahren dar. Wir stellen sie sicher, und wir

berücksichtigen dabei den Zuwachs um 35 000 Schülerinnen und Schüler.

Bei der Erstellung dieses Konzeptes haben wir uns von zwei Prinzipien leiten lassen.

Erstens: Die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht die Opfer der finanziellen und **demographischen Entwicklung** sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir nehmen unsere Verantwortung für die Bildung der jungen Generation ernst. Wir wollen den Unterrichtsanspruch der Schülerinnen und Schüler garantieren. Das ist nicht einfach, und das ist auch nicht billig zu haben. Deswegen gilt das zweite Prinzip: Die Lasten müssen von vielen Schultern getragen werden; Opfer und Anstrengung sind von allen in einem **Bündnis für Bildung** erforderlich.

Das Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung besteht aus drei Säulen.

Die erste Säule besteht aus zusätzlichen **neuen Planstellen**. Die Landesregierung finanziert in den kommenden vier Jahren, also in den vier Jahren der Legislaturperiode, zusätzlich 450 Stellen. Außerdem werden 108 geplante Einsparungen aus dem Vorschulbereich zurückgenommen. Zusammen mit den 64 Stellen, die schon im Haushalt 1996 etatisiert sind, werden somit insgesamt zusätzlich 622 Stellen aus dem Landshaushalt in dieser Legislaturperiode finanziert.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das rechnen wir gleich aneinander hoch! - Ursula Röper [CDU]: Darüber sprechen wir gleich noch!)

Das ist erheblich mehr als die vollmundigen Versprechungen der CDU im Wahlkampf, die ihre ursprüngliche Zielsetzung zurückgenommen und gesagt hat, 600 in ungefähr sechs Jahren.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die haben Sie für unfinanzierbar gehalten!)

Die zweite Säule besteht darin, daß wir im Umfang von 226 Stellen Unterrichtskapazität schaffen werden durch **organisatorische Veränderungen**. Es werden Kurse gestrafft, das

Berufsgrundbildungsjahr und die Berufsaufbauschule sind bereits vom neuen Schuljahr an ausgelaufen, die Schulentwicklungsplanung wird fortgesetzt, und es wurden mit Beginn dieses Schuljahres Abordnungen zurückgeführt.

Die dritte Säule bedeutet, daß wir **Ausgleichsstunden und Altersermäßigungsstunden** von Lehrkräften drastisch kürzen müssen. Durch diese drastische **Kürzung** wird zusätzlicher Unterricht im Umfang von 740 Planstellen erteilt.

Das bedeutet, daß wir aus den Säulen 1 - Planstellen -, 2 - Unterrichtsorganisation - und 3 - Kürzung von Ausgleichsstunden bei Lehrkräften - knapp 1600 Planstellen für den Unterricht mobilisieren. Um den Gesamtunterricht zu dekken, bleibt ein Restbedarf von 500 Stellen; denn insgesamt sind rund 2100 Lehrerplanstellenwerte erforderlich, um die wachsende Schülerzahl mit Unterricht zu versorgen. In diesem Umfang von 500 Stellen wird der Unterricht also gekürzt. Das ist vertretbar. Es sind weniger als 2 % über vier Jahre.

Dieses **Bündnis für Bildung** ist mit großen **Lasten** verbunden. Es belastet den Landeshaushalt bis an die Grenze des Erträglichen, und es belastet auch die Lehrkräfte, insbesondere die älteren Lehrkräfte, bis an die Grenze des Erträglichen. Aber es ist notwendig. Die heranwachsende Generation braucht unsere Hilfe. Sie ist die erste Schülergeneration nach dem Krieg, die nicht mehr mit finanziellen Zuwächsen rechnen kann. Deshalb müssen alle Opfer für die junge Generation bringen. Ich warte gespannt auf die Alternative der Opposition. Diese liegt bislang nicht vor.

Mit diesem vierjährigen Konzept haben wir unsere Entscheidungen der vergangenen Legislaturperiode fortgeschrieben und systematisiert. In den vergangenen vier Jahren hatten wir 337 neue Stellen geschaffen und Unterrichtskapazitäten im Umfang von 837 Stellen erwirtschaftet. Dies geschah auch durch Mehrarbeit für Lehrkräfte. In den vergangenen vier Jahren waren dies 1200 Lehrerplanstellenwerte. Sie sehen an der Differenz zwischen dem letzten Vierjahreszeitraum - rund 1200 - und der diesjährigen Situation, in der wir mit 2100 Planstellen rechnen müssen, wie wir den weiter anwachsenden Schülerberg bewältigen werden.

Nun erwarte ich von den Damen und Herren der Opposition keine Anerkennung für dieses Konzept. Ich muß vielmehr befürchten - vielleicht werden wir es gleich erleben -, daß, wie in der Vergangenheit, kleinkrämerisch nach dem Haar in der Suppe gesucht wird oder daß Sie wiederum Ihr Heil in überflüssigen ideologischen Grabenkämpfen gegen die Gesamtschule suchen.

(Beifall bei der SPD)

Ich werde Sie aber nicht von der Beantwortung der einzige entscheidenden Frage entbinden: Wie wollen Sie den Unterrichtsbedarf sichern, ohne die junge Generation in der Zukunft zu belasten, und zwar, Herr Dr. Klug, auch nicht mit wachsenden Pensionslasten durch verbeamtete Lehrkräfte?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wollen Sie den Unterricht sichern? - 2100 Planstellenwerte in vier Jahren! Ein **Konzept der Opposition** steht bislang aus. Dies wird ja nicht unsere einzige Diskussion zu diesem Thema sein. Ich werde in den nächsten Jahren nicht aufhören, Ihre Alternativen einzufordern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einige aktuelle Punkte aus dem Bericht zur Unterrichtsversorgung herausgreifen, die derzeit in der Diskussion stehen.

Stichwort: Ausweitung des berufsschulischen Unterrichts. Bislang haben rund 60 % der Auszubildenden in Schleswig-Holstein zwölf Stunden Berufsschulunterricht erhalten. Im ersten Ausbildungsjahr waren es schon 75 %. Das war im vergangenen Jahr. Im neuen Schuljahr wird der vermehrte Berufsschulunterricht in fast allen Berufen im ersten Ausbildungsjahr eingeführt. Wie Sie alle wissen, gibt es Diskussionen um die Organisation des Berufsschulunterrichts. Es gibt Diskussionen darüber, ob man nicht den Umfang des berufsschulischen Unterrichts zurücknehmen sollte.

Ich sage hierzu folgendes. Die Organisation des Berufsschulunterrichts wird nicht schematisch vorgenommen, es wird also nicht gesagt, zwei

Berufsschultage pro Woche, vielmehr wird dies gemeinsam mit den beruflichen Schulen, mit den Kammern und den Innungen vor Ort ausgesprochen flexibel gehandhabt.

(Beifall bei der SPD)

Zum Beispiel gibt es die Möglichkeit, den Unterricht im Block zu erteilen. Es gibt die Möglichkeit, diesen vermehrten Unterricht auf die ersten beiden Ausbildungsjahre zu konzentrieren. Und wer sagt, daß wir diesen zusätzlichen Unterricht nicht brauchen, der sagt gleichzeitig, daß das, was hier stattfindet, nämlich 2 Stunden mehr fachkundlicher Unterricht, 1,4 Stunden berufsbezogener Fremdsprachenunterricht und 0,6 Stunden Sport als berufsbezogene Gesundheitsvorsorge, nicht erforderlich ist, um den Ausbildungsstandard auch für die Zukunft zu erhalten. Ich bin der Auffassung, es ist erforderlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist deshalb erforderlich, weil wir in dem schärfer werdenden Wettbewerb, in dem Schleswig-Holstein und die gesamte Bundesrepublik stehen, nur eine Möglichkeit haben, nämlich die Ressource Bildung so stark und so kräftig wie möglich zu machen. Die Verringerung der Ausbildungsqualität ist sowohl für die einzelne Person, für den Schüler, die Schülerin, für den Auszubildenden, als auch für die wirtschaftliche Zukunft verhängnisvoll und verheerend.

Ich möchte einen zweiten Aspekt benennen, was den Rang der **Unterrichtsqualität** im Vergleich zu anderen Bundesländern anbetrifft. Auch ich könnte mir natürlich eine bessere Unterrichtsversorgung vorstellen. Wer könnte das nicht? Aber wir haben es mit einer Haushaltssituation zu tun, die alle Bundesländer trifft.

Wenn ich mir Herrn Zehetmair anhöre, der seinen Finanzminister verzweifelt beschimpft - das hilft im Ergebnis natürlich auch nicht -, daß er für die kommenden zwei Jahre bei wachsenden Schülerzahlen null Lehrerplanstellen zusätzlich vorgesehen hat, und wenn ich mir den Kollegen in Niedersachsen ansehe, wo nur jede vierte freiwerdende Planstelle besetzt wird - und zwar nicht deswegen, weil die Kollegen kein Herz für Bildung haben, sondern weil die öffentlichen

Haushalte in der Tat in Schwierigkeiten sind, und zwar nicht kurzfristig und einmal eben in diesem Jahr, sondern dauerhaft in Schwierigkeiten sein werden -, dann muß ich sagen, daß sich Schleswig-Holstein mit seiner Prioritätenbildung im Konzert der Bundesländer durchaus sehen lassen kann und eine gute Leistung vorzuweisen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir nehmen - das wird auch weiter so sein - unter den 16 Bundesländern bei den **Klassenfrequenzen** im Durchschnitt den dritten bis vierten Rangplatz ein. Da wir, anders als zum Beispiel in Bayern oder auch in Nordrhein-Westfalen, den Klassenteiler eben nicht erhöht haben - er bleibt bei 29 -, wird dies auch in den kommenden Jahren so bleiben. Wir werden zwar Steigerungen der Klassenfrequenzen haben, aber diese werden - das ist gut und richtig so - niedriger sein, als dies in den anderen Bundesländern der Fall ist.

Ich möchte ein drittes Stichwort aufgreifen. Das sind die **Integrationsmaßnahmen**, also die gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern. In dem vergangenen Schuljahr, also in dem Berichtszeitraum, wurden dafür rund 10 900 Unterrichtsstunden eingesetzt. Das sind rund 900 Stunden mehr als im Vorjahr. Das heißt, auch bei der Integration haben wir keinen Stillstand, sondern eine Stabilisierung zu verzeichnen.

Nun will ich gleich etwas zu dem **Antrag der CDU zur Ermittlung der Schuldaten** sagen. Frau Volquartz hat einen Antrag zur Ermittlung von Schuldaten gestellt. Ich darf sagen, Frau Volquartz, Sie schießen hier wieder einmal mit Kanonen auf Spatzen.

(Beifall bei der SPD)

Das kennen wir ja schon. Aber das Problem dabei ist, daß die Spatzen schon längst weggeflogen sind.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Ich will Ihnen auch erklären, warum das so ist. Der Landesrechnungshof hat in seinen Bemerkungen zur **Organisation der Sonderschulen 1996** einen nicht nachgewiesenen Anteil von Lehrerstunden bei

Integrationsmaßnahmen herausgefunden. Das waren ganze 2,5 %.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber er hat vieles andere herausgefunden!)

Oder in Zahlen: Es waren 11,7 Lehrerplanstellen von den rund 22 000 Lehrerplanstellen, die wir haben. Obwohl es so wenige sind, sind wir diesem Versäumnis natürlich nachgegangen. Wir haben das Monitum des Landesrechnungshofs berücksichtigt. Es hat eine gesonderte schulaufsichtliche Überprüfung gegeben, so daß das Monitum des Rechnungshofs und damit auch Ihr Antrag erledigt sind. - So viel zum Thema Ermittlung von Schuldaten.

Ein letztes Stichwort bezieht sich auf die Situation der einzustellenden jungen Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben immer noch einen erheblichen **Bewerberüberhang**. Im letzten Schuljahr gab es 5300 Bewerberinnen und Bewerber um Stellen in Schulen von Schleswig-Holstein. Darunter waren 2700 aus Schleswig-Holstein.

Wir haben 332 **Lehrkräfte** auf Dauer einstellen können. Wir haben sie überwiegend auf **Dreiviertelbasis** im **Angestelltenverhältnis** eingestellt. Dies haben wir nicht getan, um die jungen Lehrkräfte zu benachteiligen, um ihnen eine angemessene Finanzierung ihres Lebensunterhalts vorzuenthalten, sondern wir haben es getan, um in Zeiten, wo wir noch nicht so viel Ersatzbedarf haben, noch nicht so viele junge Lehrkräfte einstellen können, weil noch keine entsprechend große Zahl von Pensionierungen ansteht, so viele junge Lehrkräfte wie irgend möglich an die Schulen zu bringen. Aufgrund der Dreiviertelstellen ist es möglich gewesen, 80 Lehrkräfte mehr in den Schuldienst zu übernehmen, als es möglich gewesen wäre, wenn wir Hundertprozentverträge gemacht hätten.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge hinzu: Wir sind hier nicht schematisch verfahren. Wenn wir Bewerberinnen und Bewerber hatten, die **Mangelfächer** lehren können, dann gab es Ausnahmen von dem Grundsatz der Beschäftigung auf Dreiviertelbasis, und das wurde erfolgreich praktiziert.

Ich fasse zusammen:

Erstens. Wir haben auf die steigenden Schülerzahlen im vergangenen Jahr angemessen reagiert. Wir haben die damit verbundenen Probleme bewältigen können. Die Klassen sind relativ klein geblieben. Die Unterrichtsversorgung wurde mit zusätzlichen Planstellen und organisatorischen Maßnahmen stabilgehalten.

Zweitens. Wir haben in den Schulen deutlich mehr junge Lehrkräfte. Wir haben auch in diesem Schuljahr wieder deutlich mehr junge Lehrkräfte an den Schulen beschäftigen können, auch weil wir 250 zusätzliche Referendarstellen geschaffen haben, die zum 1. Februar mit der Hälfte ihres Arbeitsdeputats, das heißt mit elf beziehungsweise zehn Stunden, an den Schulen unterrichten.

Drittens. Schließlich haben wir ein klares Konzept zur langfristigen Unterrichtssicherung für die nächsten vier Jahre, das ausweist, wie der Bedarf an rund 2100 Lehrerplanstellen in den nächsten vier Jahren bewältigt wird.

Ein kluger Mensch hat einmal gesagt: Die Opposition ist eine Ziege, die ihre Pflicht bereits durch Meckern erfüllt; Milch sollte man von ihr nicht auch noch verlangen. - Sie, meine Herren und Damen von der Opposition, scheinen dieser Devise jedenfalls bislang zu folgen. Wir haben unsere Perspektive vorgelegt. Ich frage Sie: Wo bleibt Ihre Alternative?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Volquartz.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt ein wunderbares Zitat von Frau Simonis, Frau Böhrk, das zu Ihren letzten Ausführungen paßt. Frau Simonis verweigert ja auch Vorschläge, was wir nicht tun. Was die Bundesebene betrifft, so ist sie wunderbar zitierfähig. Dazu wird gerade etwas herausgesucht. Es geht um die Frage, wie es denn mit der Ziege und der Milch ist. Das werden wir gleich sehen.

Frau Böhrk, ich kann verstehen, daß Sie heute auf einen Rückblick über ein Schuljahr verzichten wollen, das nicht glänzend abgelaufen ist, das man aber beleuchten muß. Die Daten liegen auf dem Tisch, mit denen man auch die zukünftige Situation beleuchten kann. Andererseits haben Sie nicht darauf verzichtet - das kann ich aus Ihrer Sicht durchaus nachvollziehen -, die Opposition immer wieder nur so darzustellen, daß sie meckere und so weiter und mehr nicht drin sei.

Und dann stellen Sie das **KLAUS-Konzept** ganz groß heraus. Dazu möchte ich einmal eine Ihnen nahestehende Lehrerorganisation zitieren, nämlich die GEW vom 3. Juni 1996:

„Anstatt Worthülsen zu ersinnen - KLAUS-Konzept zur langfristigen Unterrichtssituation -, hätte die Landesregierung über intelligente Lösungen zur Bewältigung der drohenden Krise in den Schulen angesichts steigender Schülerzahlen nachdenken sollen.“

Das sagt die GEW, nicht die Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Vor einem Jahr teilte die damalige Ministerin für Frauen, Bildung, Weiterbildung und Sport zur Unterrichtssituation an den Schulen mit:

„Die Unterrichtssituation an den schleswig-holsteinischen Schulen konnte im Jahr 1994/95 gehalten werden. Dazu hat unter anderem die Erhöhung der Arbeitszeit für beamtete Lehrkräfte maßgeblich beigetragen.“

Denn die angestellten Lehrkräfte mußten die Erhöhung natürlich nicht mitmachen.

In diesem Jahr teilte uns die Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur mit:

„Die Unterrichtsversorgung der schleswig-holsteinischen Schulen konnte im Schuljahr 1995/96 gehalten werden. Dazu hat unter anderem die Erhöhung der Arbeitszeit für beamtete Lehrkräfte maßgeblich beigetragen.“

Nicht nur phantasielose, fast wörtliche Übereinstimmung dieser Mitteilungen zeigt, daß es immer noch dieselbe Ministerin ist, die Verantwortung für die Schulen im Lande trägt. Nein, auch die Tatsache, daß diese Behauptung 1996 genauso falsch ist, wie sie es 1995 war, zeigt die negative Kontinuität in der **Schulpolitik** dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Während die Ministerin ihre beschwichtigenden Texte vom Vorjahr abschreibt, erreichen uns von der schulischen Basis alarmierende Meldungen. Die Unterrichtssituation verschlechtert sich drastisch. Das erklärt der Landeselternbeirat für die **Grund-, Haupt- und Sonderschulen**. Das sind die Schulen, die in Schleswig-Holstein von den meisten Schülern besucht werden.

Der Landeselternbeirat **Gymnasien** sieht die Entwicklung der Schullandschaft ganz anders als die Ministerin. In einer Bildungsumfrage der Industrie- und Handelskammer zu Kiel weisen 73 % der Befragten auf die Personalsituation an den Schulen als Ursache von Mängeln der schulischen Bildung hin.

Am 11. Juni schrieb die Realschule Großhansdorf an die Ministerin, daß im abgelaufenen Schuljahr in keiner Klasse das Ziel der Stundentafel erreicht werden konnte.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

An einer Grundschule in Büsum gibt es eine Unterschriftenaktion gegen Stellenstreichungen.

In Grömitz gab es vor den Sommerferien nicht nur Zeugnisse, Herr Kollege Sager, sondern auch Zunder. Eltern und Schüler protestierten gegen die Bildungspolitik und schrieben einen Protestbrief an die Kultusministerin. Aber bei dieser scheint das alles nicht zu landen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war früher schon so, als ich noch zur Schule ging!)

Tatsache ist, daß Rot-Grün die Stundentafel im Gegenwert von 500 Planstellen reduzieren will. In diesem Zusammenhang darüber zu philosophieren, Frau Böhrk, daß eine Schulzeitverkürzung nicht

sein dürfe, ist natürlich ein wenig grotesk, wenn Sie selber vorschlagen, die Stundentafel um weitere 500 Planstellen zu kürzen.

Die Unterrichtsversorgung der Grund-, der Haupt- und der Realschulen sowie der Gymnasien und der Förderschulen hat sich verschlechtert. Das hat auch Ihre Kollegin Sabine Schröder am 17. Juli in einer Pressemitteilung dokumentiert. Der Landesrechnungshof stellt fest, daß an den Grundschulen seit zehn Jahren bis zu 10 % weniger Unterrichtsstunden pro Klasse zur Verfügung gestellt werden, als es sich aus einem Vergleich mit den im Bundesdurchschnitt üblichen Zahlen ergibt.

Der Rechnungshof läßt keinen Zweifel daran, daß die sozialdemokratische Landesregierung mit ihrer Politik auch soziale Problembereiche vernachlässigt hat. Die Stundentafelwerte der Förderschulen, die von Schülerinnen und Schülern aus einem sozial schwachen Umfeld mit erheblichen Lern- und Teilleistungsstörungen besucht werden, könnten nicht annähernd erfüllt werden.

Schleswig-Holstein nimmt in der **Unterrichtsversorgung Lernbehinderter** einen schlechten Platz ein - das hat Frau Schröder, SPD-Kollegin, auch festgestellt -: Unterrichtsstunden je Klasse Platz 16, Unterrichtsstunden je Schüler Platz 14.

Schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler mußten - so stellt der Landesrechnungshof fest - hinnehmen, rund 17 % weniger Unterricht als im Bundesdurchschnitt zu erhalten.

(Thorsten Geißler [CDU]: Ein Trauerspiel!)

An Ihrer Stelle würde ich auf die vorhin genannten Vergleiche mit anderen Bundesländern verzichten.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Klassengrößen!)

Wo es darauf ankommt, alle Kräfte auf die steigenden Schülerzahlen zu konzentrieren, gibt diese Landesregierung das Geld mit leichter Hand aus. Die **Bemerkungen des Landesrechnungshofs** sind auch eine traurige Bilanz für den verschwenderischen Umgang mit öffentlichen Geldern bei schlecht geplanten und noch schlechter

realisierten Schulversuchen. Fast 2 Millionen DM kostete der Versuch „Regionales Pädagogisches Umweltzentrum Kitzeberg“, für dessen Umsetzung die Bildungsministerin erst ein Jahr nach Versuchsbeginn einen Nutzungsvertrag mit dem DGB-Berufsbildungswerk schloß. Der Bildungsministerin wurde bescheinigt, gegen vertragliche Bestimmungen mit dem Bund zu verstößen und die Mittel der Stadt Kiel nicht zweckentsprechend einzusetzen. Aber die Stadt Kiel hat ja Geld; das wissen wir. Der Rechnungshof bewertet dieses Projekt als gescheitert.

Einerseits Verschwendug und andererseits rücksichtsloses Sparen auf dem Rücken von Schülern und Lehrern - das ist die Politik dieser Landesregierung.

Wie sagte die Ministerpräsidentin am 22. Mai in der Landtagssitzung über die Bildungsministerin? -

„Vieles, was sie angestoßen hat, steht jetzt in dem gemeinsam getragenen Koalitionsvertrag. Es kann also nicht so schlecht gewesen sein, die Stundentafeln zu kürzen und die Lehrer wieder mehr unterrichten zu lassen, statt sie freizustellen.“

Man beachte allein den Begriff „freizustellen“!

Offensichtlich sind die zahlreichen Demonstrationen im Lande und hier vor dem Landeshaus an der Ministerpräsidentin spurlos vorübergegangen.

Stundentafelkürzungen als Qualitätsmerkmal für die Schulpolitik zu bezeichnen, das ist die gleiche Realitätsferne, mit der die SPD vor wenigen Monaten ihre Stimmenverluste zum Erfolg erklärt hat.

(Beifall bei der CDU - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Wollen Sie etwa behaupten, Sie hätten die Wahl gewonnen?)

Das Berufsgrundbildungsjahr soll auslaufen, die Berufsaufbauschule soll geschlossen werden. Die Kurse und die Klassen sollen vergrößert werden. Der stundenplanmäßige Unterricht soll verringert werden.

Daß die Finanzen des Landes zerrüttet sind, ist bekannt. Die Notwendigkeit, jetzt alle Kräfte anzuspannen, wird auch von der Mehrzahl der Lehrerinnen und Lehrer gesehen. Es ist aber nicht nachvollziehbar, daß man vor den schmerzlichen Einschnitten auf dem Rücken der Schüler und Lehrer offenbar nicht willens ist, andere Wege zu suchen, wie zum Beispiel die Umwandlung von 450 **Angestelltenstellen** in 600 **Beamtenplanstellen** - übrigens kostenneutral - sowie die Umwandlung eines Teils der jetzt bestehenden 1443 Angestelltenverträge - in den nächsten Jahren wären das durch die Pensionierungen sehr viel mehr werden - in Beamtenverhältnisse.

Nicht ohne Grund hat der Landesrechnungshof in seinen Bemerkungen vom Mai dieses Jahres festgestellt: Nach den vorliegenden Gutachten zum Personalkostenvergleich ist der Einsatz von Beamtinnen und Beamten für den Dienstherrn insgesamt wirtschaftlicher als die Beschäftigung von Angestellten.

In dem Zusammenhang möchte ich kurz zwei Presseerklärungen aus dem Jahre 1992 zitieren. Die eine stammt von Herrn Rossmann:

„Mit der Beamtenperspektive für die bisher unbefristeten angestellten Lehrer wird es mehr berufliche Sicherheit für die Kolleginnen und Kollegen und mehr Sicherheit für die Schulen geben.“

Mit der Beamtenperspektive! Mit der Umwandlung von Angestelltenstellen in Beamtenstellen!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Lösung der Schulprobleme!)

Frau Tidick hat gleichzeitig erklärt:

„Vor allem der gesellschaftliche Wandel stellte gewaltige Anforderungen an die Lehrerinnen und Lehrer. Sie begrüßte daher die von Ministerpräsident Björn Engholm in der Regierungserklärung angekündigte Verbeamung von angestellten Lehrkräften.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Durch entsprechende Umwandlung würden wir schon dicht an die 900 Planstellen herankommen, wahrscheinlich würden wir darüber liegen.

Als unverständlich muß es von allen Lehrerinnen und Lehrern der Grundschulen, der Hauptschulen, der Realschulen und der Gymnasien sowie der Sonderschulen empfunden werden,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

daß eine Schulart sogar weitere zusätzliche Ressourcen erhalten soll.

(Horst Hager [SPD]: Oh!)

Das wollten Sie in dem Rückblick, den Sie nicht so gut fanden, gern kaschieren.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Die Klassen an den **Gesamtschulen** werden kleiner, das Unterrichtsangebot für die einzelne Schülerin und für den einzelnen Schüler wird vermehrt. Nur an der Gesamtschule! Die Lehrkräfte an Gesamtschulen genießen weiterhin ihr hohes Maß an Stundenreduzierung und Anrechnungsstunden für außerunterrichtliche Arbeit in Gesamtschulen. So kommen sie auf eine Nettostundenzahl von rund 21 Unterrichtsstunden pro Lehrkraft.

Frau Böhrk, an dieser Stelle möchte ich Sie auf folgendes aufmerksam machen und Sie folgendes fragen. Der Landeselternbeirat der Gymnasien hat aufgrund einer Anfrage der CDU-Fraktion, in der festgestellt worden ist, daß nicht 969 Planstellen - wie im Haushalt 1996 beschlossen -, sondern 1048 Planstellen an den Gesamtschulen gelandet sind, darum gebeten, das zu erklären. Er hat sechs Wochen lang keine Antwort bekommen. Er hat Ihnen noch einmal mit Datum vom 12. August mit Bitte um Aufklärung geschrieben. Auch diese Aufklärung ist nicht erfolgt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Wenn hier etwas am Parlament vorbei beschlossen worden ist, ist es zumindest Ihre Pflicht, dem Parlament mitzuteilen, warum, wieso und weshalb

(Beifall bei der CDU - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Sachlich nicht informiert!)

und wo die Lehrerplanstellen hergekommen sind und ob sie in der gleichen Besoldungsgruppe geblieben sind.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Es gibt eine einfache Erklärung dafür!)

Trotz der nachdrücklichen Aufforderung durch den Landesrechnungshof, klare Zahlen zu nennen, betreibt die Landesregierung auch in diesem Bericht wieder Verschleierung. Die Darstellung der Unterrichtsversorgung ist zur Beurteilung der wirklichen Unterrichtssituation durch das Parlament völlig unbrauchbar. Niemand erfährt mehr, in welchem Umfang der in der **Stundentafel** vorgesehene Unterricht zum Beispiel für Mathematik oder für Englisch tatsächlich gegeben wird. Wir Parlamentarier müssen darauf bestehen zu erfahren, wie hoch das **Stundenfehl** in den einzelnen Fächern ist. Sie haben bislang keinen adäquaten Berechnungsschlüssel auf den Tisch gelegt. Diese Zahlen nämlich sind eine wesentliche Voraussetzung für Haushaltsentscheidungen.

Wie sollen wir Abgeordnete Entscheidungen treffen, wenn uns die einfachsten Informationen genommen werden, wenn bestimmte wichtige Daten einfach nicht erhoben werden? Diese Vogel-Strauß-Politik und die regelmäßigen Allgemeinplätze der Ministerin sind gefährlich für unsere Schulen, denn sie verhindern sachgerechte Zukunftsentscheidungen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das Vertuschen von Fakten hilft der Landesregierung auf Dauer nicht weiter. Wir fordern mit unserem Antrag „Ermittlung von Schuldaten“ deshalb die Landesregierung auf, unverzüglich in Abstimmung mit dem Statistischen Landesamt ein einheitliches Verfahren für die **Ermittlung von Schuldaten** festzulegen. Es geht ja weiter, als Sie gesagt haben. Es geht ja nicht an, daß Sie sagen, Sie hätten das einfach mal schnell geklärt, und damit ist die Sachlage insgesamt geklärt. Der Rechnungshof geht in seinen Forderungen viel weiter.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie Lehrer oder Statistiker?)

Heute morgen mußten wir im „Hamburger Abendblatt“ und anderen Zeitungen lesen, daß das schleswig-holsteinische Schulministerium den **Waldorfschulen** im Land mit einem Rechentrick den Geldhahn zgedreht hat. Ich sage: Wir brauchen endlich einmal Aufklärung und sichere Daten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für die Ermittlung von Schuldaten brauchen wir ein einheitliches Verfahren. Von Ihrem Ministerium ist Sorge dafür zu tragen, daß nachvollziehbare und genaue Statistiken erstellt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Dem Landtag soll darüber in der nächsten Tagung berichtet werden.

Auch in diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf die Bemerkung des Landesrechnungshofs vom Mai dieses Jahres hinweisen, der auf erhebliche Differenzen bei der Schulstatistik hingewiesen und gefordert hat:

„Die jährlichen Schulstatistiken müssen klare, richtige“

- das muß man sich einmal vorstellen! -

„und umfassende Angaben ausweisen.“

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Da diese Daten wichtige Entscheidungsgrundlagen für das Parlament sind und das Parlament in der 13. Wahlperiode mehrfach in Erörterungen über die Aussagekraft der Daten gestritten hat, ist eine rasche Umsetzung der Forderung des Landesrechnungshofs dringend.

Durch einen Vorgang im Eingabenausschuß hat sich herausgestellt, daß durch Wegdrücken von Fakten - was wir im Bildungsausschuß und hier übrigens immer wieder angeprangert haben - die wirklichen Kosten, die durch Gesamtschulen entstehen, geschönt worden sind.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsident Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Volquartz, ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist schade! Das ist eine gute Rede!)

Angelika Volquartz [CDU]:

Ja! Es ist ja noch Zeit.

Diese Landesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage, die notwendigen Konsequenzen aus dem schon längst begonnenen Anstieg von Schülerzahlen zu ziehen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Und wie lautet Ihr Konzept?)

Wir fordern Sie deshalb auf, zu einer Bildungspolitik zurückzukehren, die unseren Kindern und Jugendlichen in allen Schulen faire Chancen einräumt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch in den Gesamtschulen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie tun mir schon richtig leid - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie bitte, Frau Abgeordnete Schröder! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um etwas mehr Ruhe. Frau Abgeordnete Schröder hat wieder das Wort.

Sabine Schröder [SPD]:

Sie tun mir leid, weil Sie sich dasselbe zum hundertsten Mal anhören müssen - so wie die Rede eben. Aus meiner Sicht verdecken die „Meckerwolken“ den Blick für Konzepte und eine differenzierte Sichtweise.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für mich war das neu!)

Ein typisches Beispiel ist für mich Büsum. Dort hat es vorübergehend Schwierigkeiten und eine Unterschriftenaktion gegeben. Das Problem ist längst erledigt. Der Elternvertreter hat sich sogar bei mir für seine scharfen Formulierungen entschuldigt. Das ist die typische „Volquartz-Methode“: die Peanuts wie Knallerbsen aneinanderzureihen und das als Konzept zu verkaufen!

(Beifall bei der SPD)

Wenn GEW-Kritik, Elternvertreterkritik und Lehrerverbändekritik vorgetragen wird, kann man nur sagen: Mein Gott, das ist deren Job, mehr zu fordern, als wir leisten können. - Herr Schauer, so ist es doch! Das ist auch in Ordnung so.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei CDU und F.D.P.)

Ich möchte mich aber nicht auf dieses Niveau begeben, sondern mich differenziert mit dem auseinandersetzen, was die Landesregierung uns vorgelegt hat.

„Schule neu denken“, „Neue Lehrer braucht das Land“ sind die Titel einschlägiger neuer Bücher von Hartmut von Hentig und Peter Struck. Beide Schriften dokumentieren die großen **Herausforderungen**, vor denen die **Schule** heute steht. Die Halbwertszeit des Wissens verkürzt sich zunehmend, Schulen öffnen sich dem Internet, fernsehmüde Schülerinnen und Schüler sind schwer zu motivieren, Eltern sind gehetzte, überalterte Kollegien fühlen sich genervt.

Viele engagierte Kolleginnen und Kollegen stellen sich diesen vielfältigen Herausforderungen, erwarten aber auch von der Politik Anerkennung

und die Schaffung erträglicher Rahmenbedingungen. Ein Dank sei an dieser Stelle beispielhaft den über 400 Eltern, Schülern und Lehrern ausgesprochen, die an der **Neukonzeption der Lehrpläne** mitgearbeitet haben. Sie sind eben nicht nur von oben verordnet worden.

Die SPD hat in den letzten Jahren durch 660 zusätzliche Planstellen, die seit dem Regierungswechsel geschaffen wurden, der Schulpolitik Priorität eingeräumt. Der Bericht zur Unterrichtsversorgung belegt Erfolge, zeigt aber auch - ich differenziere, und damit unterscheide ich mich von Ihnen, Frau Kollegin Volquartz - Defizite auf.

Die Schülerzahlen sind um 6900 gestiegen, überwiegend in der Grundschule. Die Mehrbelastung konnte nicht nur durch neue Lehrer aufgefangen werden, sondern auch durch Kolleginnen und Kollegen aus Gymnasien, die sich freiwillig bereit erklärt haben, in der Grundschule auszuhelfen. Dafür ist ihnen hier auch einmal ein herzliches Dankeschön auszusprechen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der **Anstieg der Schülerzahlen** führte allerdings auch zu höheren Klassenfrequenzen. Sie stiegen in der Grundschule von durchschnittlich 21 auf 21,4. Mit Ausnahme der Gesamtschulen und der Teilzeitberufsschulen stieg die Klassenfrequenz auch in allen anderen Schularten an. Dies wird auch in den nächsten Schuljahren der Fall sein. Allerdings bleiben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei dem Klassenteiler 29 und erhöhen ihn nicht wie Bayern auf 32.

Ich weiß sehr wohl, daß es an einigen Schulen größere Klassen gibt. Dies wird autonom in den Schulen entschieden. An anderer Stelle werden dafür kleinere Klassen oder Kurse eingerichtet. Es gibt auch kleine Schulen mit ausschließlich sehr kleinen Klassen. Die **Unterrichtsbelastung** der Kolleginnen und Kollegen ist daher sehr unterschiedlich. Vielleicht sollte man an diesem Punkt einmal ansetzen und über Maßnahmen des Ausgleichs nachdenken.

Erfreulich ist der **Rückgang der Schülerzahlen** um 348 Schüler an **Sonderschulen**. Diese Tatsache ist dem Engagement der Kollegen bei der

Intensivierung der integrativen und präventiven Maßnahmen, insbesondere im Sprachheilbereich, zu verdanken. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai dieses Jahres stützt das Recht auf Integration und stärkt damit die Bildungspolitik der schleswig-holsteinischen Landesregierung. Die **Zunahme der Schülerzahlen** im Vollzeitbereich der **Berufsschulen** hängt sicherlich auch mit dem Rückgang der Ausbildungsplätze zusammen. Damit korrespondiert die Abnahme der Schülerzahlen im Teilzeitbereich.

Der besonders hohe Anteil neuer Klassen im Verhältnis zum Anstieg der Schülerzahl an Gesamtschulen - Frau Volquartz, das wissen Sie genau - ist mit neuzubildenden Klassen beim Aufwuchs neuer Stufen zu begründen. Im Bundesvergleich haben wir zwar, die **Klassenfrequenzen** betreffend, einen Spitzenplatz bei den Gymnasien, einen zweiten Platz bei den Realschulen, den Teilzeitberufsschulen und Platz 4 bei den Gesamtschulen vorzuweisen. Es gibt aber auch schlechte Noten für Sonderschulen - dazu stehe ich -, das ist Platz 7 bei beruflichen Vollzeitschulen. Bei den Freien Waldorfschulen liegen wir auf Platz 10.

Allerdings ist letzteres nicht Angelegenheit des Landes. Der Ländervergleich belegt die großzügige Förderung der **Waldorfschulen** in Schleswig-Holstein. Im Jahre 1995 waren das 30 Millionen DM - Frau Fröhlich - für 4000 Kinder. Man muß aber zugeben, daß die Schülerkostensätze für Waldorfschulen sinken, wenn die Schülerzahlen an Gesamtschulen steigen. Das jüngste Schleswiger Urteil zur Neuberechnung für die Fördermaßnahmen an Waldorfschulen muß noch geprüft werden. Es würde das Land zusätzlich 1 Million DM kosten, ganz zu schweigen von den Kosten für eine etwaige 100prozentige Kostenübernahme. Darüber müssen wir noch reden, Frau Fröhlich, das steht so auch nicht im Koalitionsvertrag.

Vergleicht man die **Relation** Schülerinnen und **Schüler** je Lehrerin und **Lehrer** bundesweit, liegen zwar die Gymnasien mit Platz 5 für die Klassenstufen fünf bis zehn und Platz 3 für die Klassenstufen elf bis dreizehn noch vor der Gesamtschule, die entsprechend auf Platz 7 und 4 liegt, schmerzlich ist jedoch das schlechte Abschneiden der Grundschule, Platz 10, und der

Hauptschule, Platz 13, der Schule für Lernbehinderte und der Vollzeitberufsschulen, jeweils Platz 12.

Auch in der Unterrichtsversorgung schneiden die Hauptschulen, die Schulen für Lernbehinderte und die Berufsschulen mit Platz 11 und 14 schlecht ab. Hier muß vorrangig gehandelt werden. In diesem Bereich liegen die Gesamtschulen ebenfalls hinter den Gymnasien. Also keine „Schulart de luxe“ in Schleswig-Holstein!

Eine Möglichkeit der Verbesserung der Unterrichtssituation an der **Teilzeitberufsschule** liegt vor allem in der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung. Zu kleinen Gruppen können wir uns nicht mehr leisten. Sie gehen zu Lasten der Unterrichtsversorgung. Kreisübergreifende Zusammenarbeit mit Aufgabenteilung bietet Chancen zur Verbesserung. Sie dürfen jedoch nicht einseitig zu Lasten des ländlichen Raums gehen, müssen Ausbildungsstruktur und Verkehrsanbindung und die vorhandene Situation der Gebäude und Ausstattung berücksichtigen.

Die Bildung neuer **Bezirksfachklassen** und **Landesberufsschulen** darf kein Tabu sein. Es gibt bereits 170 Bezirksfachklassen, die gute Arbeit leisten. Auch die gemeinsame Nutzung von vorhandenen Kapazitäten der überbetrieblichen Werkstätten und der Berufsschulen ist noch nicht ausgereizt. Die Lösung kann aber auch nicht in dem Verzicht auf die von den Tarifpartnern auf Bundesebene vereinbarten 480 Tage Berufsschulunterricht sein, Herr Geerdt.

In Grund-, Haupt- und Sonderschulen ist eine schulartbezogene Umschichtung nicht möglich. Hier müssen neue Akzente auch bei der Einstellungspolitik gesetzt werden. Mit diesen Schularten ist bei Kürzungen und Sparmaßnahmen besonders schonend umzugehen. Noch besser wäre es, sie davon ganz auszunehmen. Dies gilt auch für die Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurden.

Bei den Differenzierungsmaßnahmen stehen Hauptschulen, Gesamtschulen und berufsbildende Schulen systembedingt an der Spitze. Das soll auch so bleiben.

Bei einem durchschnittlichen Angebot von **Förder- und Stützmaßnahmen**, von Arbeitsgemeinschaften in allgemeinbildenden Schulen von durchschnittlich 7,5 % ist statistisch belegt, daß die Erhebung des Unterrichtsfehls an einer statischen Stundentafel der Schulrealität, aber auch der eigenständigen Profilbildung der Schulen widerspricht. Im übrigen weisen die kreisbezogenen geringen Abweichungen in der Unterrichtsversorgung darauf hin, daß das anfangs umstrittene neue Personalbemessungsverfahren zu einem Ausgleich der Ungerechtigkeiten beigetragen hat.

Die **Differenzierungsmaßnahmen** weichen allerdings schulprofil- und engagementbezogen ab. Dies ist ein weiterer Beleg für den Sinn der Verstärkung der Eigenverantwortung.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Weniger mit der Eigenverantwortung haben die erheblichen regionalen Abweichungen in den Grundschulempfehlungen zu tun. Die Spannbreite der Empfehlungen reicht für die Hauptschulen von 27,9 % in Stormarn bis 41,3 % in Neumünster, für die Realschulen von 30,4 % in Flensburg bis 40 % in Segeberg und für die Gymnasien von 20,8 % in Nordfriesland bis 33,1 % in Stormarn. - Sind die Kinder so unterschiedlich dumm oder klug? - Dies hat sicherlich regionale Gründe.

Realschulen und Gymnasien müssen sich pädagogisch der Aufgabe stellen, daß sie zu rund einem Viertel haupt- beziehungsweise realschulempfohlene Schülerinnen und Schüler haben. Nicht nur Gesamtschulen stellen sich den notwendigen Differenzierungsmaßnahmen. Auch Realschulen und Gymnasien haben Konsequenzen gezogen.

Der **Koalitionsvertrag** zwischen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN behält den Schwerpunkt der **Schulpolitik** bei. 450 neue Planstellen in vier Jahren sind mehr als die 600 - darauf hat schon die Ministerin hingewiesen -, die von der CDU in sechs Jahren versprochen wurden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden neu finanziert - trotz des Spardiktats und ohne Abzug vorhandener Stellen. 108 kw-

Vermerke werden gestrichen. Hinzu kommen in diesem Jahr noch 64 neue Stellen. Das sind insgesamt 622 **Stellen** in vier Jahren. Das kann sich sehen lassen angesichts der Tatsache, daß Niedersachsen 1000 Planstellen streicht - trotz steigender Schülerzahlen.

Die fehlenden Stellen müssen - die Ministerin hat darauf hingewiesen - aus dem eigenen Fleisch geschnitten werden, und das tut weh. Am meisten schmerzt Betroffene, aber auch uns Bildungspolitikerinnen und -politiker die Kürzung der Altersermäßigung. Zwar sind wir in Schleswig-Holstein Spitzenreiter bei der Gewährung von **Ermäßigungsstunden**, doch fürchte ich, daß diese Kürzung angesichts der eingangs geschilderten besonderen Belastungen der Lehrerinnen und Lehrer zu vermehrten Frühpensionierungen führen wird.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ja!)

Wir müssen Wege suchen, gemeinsam mit den Betroffenen die Unterrichtssituation zu halten und zu verbessern, aber auch schulartbezogene Lösungen finden. Die Rückführung von Ermäßigungsstunden ist als Beitrag der Lehrerinnen und Lehrer zur Unterrichtsversorgung erforderlich. Daß Ermäßigungsstunden im Wert von 2214 Planstellen erteilt werden, versteht niemand in der freien Wirtschaft. Hier sind Einschnitte nötig. Gerade angesichts der anderen Einschnitte in das soziale Netz und angesichts einer Arbeitslosenzahl von 5 Millionen müssen auch Lehrerinnen und Lehrer ihren Beitrag leisten; denn sie haben einen sicheren Arbeitsplatz und sichere Pensionen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Allerdings bleiben SPD und Grüne bei einem Innovationspool von 1 % der Planstellen.

Bei der **Opposition** vermisste ich ein **Finanzierungskonzept**. Sie fordern Sparmaßnahmen, sagen aber nicht, wie die Unterrichtsversorgung ohne schmerzhafte Einschnitte gesichert werden soll. Woher sollen denn die benötigten 2000 Stellen kommen? - Es ist allzu einfach, wenn CDU und F.D.P. als Sofortlösung fordern, statt der 450 angestellten Lehrerinnen und Lehrern 600 verbeamtete einzustellen. Laut „Spiegel“ vom 3. Juni warnen

bundesweit die Landesrechnungshöfe - bis auf Schleswig-Holstein; leider, Herr Korthals - vor den unbezahlbaren Folgekosten. Das vom Philologenverband beschworene Millionengrab der Landesregierung wird zum Milliardengrab für unsere Erben. Das liegt in der Verantwortung der Opposition.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Jahr 2015 sind es bereits 3,2 Milliarden DM Pensionslasten für Schleswig-Holstein. 8 Millionen DM für 220 neue **Beamte** statt **Angestellte** sind dagegen Peanuts.

Nun zum Antrag der CDU, unverzüglich ein einheitliches Verfahren für die **Ermittlung von Schuldaten** festzulegen. - Dies ist eine typische Volquartz-Erbse. Ein Monitum des Landesrechnungshofs, die Sonderschulen betreffend, ist längst bereinigt. Das Statistische Landesamt hatte andere Daten als das differenzierter erhebende Beratungsinstitut für Sonderschulen, und zwar im Gegenwert von ganzen 11,7 Planstellen; das sind 2,5 %. Die Schulen sind bereits angewiesen, die Übereinstimmung durch eine Zusatzerhebung herzustellen. - Damit sollte man ein Parlament nicht belasten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich beantrage die Überweisung des Antrags zur abschließenden Beratung an den Bildungsausschuß. Vielleicht kann ein klärendes Wort auch Frau Volquartz überzeugen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte als erstes etwas vorweg sagen. - Ich habe jetzt nicht im Kopf, ob das gerade aktuell ist, aber ich sehe Schulklassen auf der Tribüne, und ich möchte mich in diesem Zusammenhang noch einmal zu einem Wort äußern, das auch im Wahlkampf irgendwie die Runde

gemacht hat, das ich ziemlich schlecht finde und das ich im Zusammenhang mit einer Diskussion um Schule und Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer verfehlt finde. Das ist das Wort „Schülerberg“.

Ich freue mich darüber - das sage ich ganz deutlich -, daß die **Schülerzahlen** in Schleswig-Holstein steigen,

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Helmut Plüschau [SPD])

weil es nämlich mehr Geburten gibt, als wir erwartet haben und zu hoffen gewagt haben, weil der Trend ja eigentlich dahin geht, daß die Zahl der Geburten sinkt und wir in dieser Gesellschaft eine ziemliche Überalterung zu erwarten haben. Deswegen halte ich es für sehr begrüßenswert und für ein freudiges Ereignis - sage ich einmal -, daß es mehr Schülerinnen und Schüler gibt, als wir uns das vorgestellt haben. Daß uns das natürlich vor Probleme stellt, kann jede Familie nachvollziehen, die Nachwuchs bekommt. Da muß man erst einmal schauen, dann muß man zusammenrücken, und dann gibt es natürlich auch Unbequemlichkeiten. Das muß man bewältigen. Das ist nicht leicht. Wenn man das für sehr viele Schulen im Lande und sehr viele Schülerinnen und Schüler im Lande bewältigen muß, dann ist es vielleicht noch viel schwerer. Aber ganz bestimmt haben wir es hier nicht mit einem Berg zu tun, der in irgendeiner Weise vor uns steht oder auf uns zukommt - oder was auch immer für Schrecken von ihm zu erwarten sind -, sondern wir haben es mit lebendigen Menschen zu tun, die in dieser Gesellschaft aufwachsen sollen und wollen und die uns bereichern werden. - Das nur einmal vorweg zum Stichwort „Schülerberg“.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein anderes vorweg. - Frau Volquartz, Sie haben so schön gesagt, daß man nur Beamten diese eine Stunde aufdrücken könne. Da gebe ich Ihnen völlig recht. So ist es ja auch. Im gleichen Atemzug haben Sie gesagt - jedenfalls sinngemäß -, daß der **Beamtenstatus** das einzige sei, was langfristig die **Schulversorgung** sichere. Da muß ich bemängeln - das ist nun eine Wiederholung dessen, was meine

Vorrednerin gesagt hat, aber als mich gerade neu einarbeitende bildungspolitische Sprecherin darf ich das vielleicht auch noch einmal sagen -, daß Sie offensichtlich konzeptionslos reden. Es ist eine Unlogik, finde ich, die Sie uns da präsentieren. Sie müssen uns vielleicht noch einmal näher erklären, wie wir das zu verstehen haben.

Aus meiner Sicht kann moderne Schule mit hoheitlichen Aufgaben höchstens noch am Rande zu tun haben. Daß im hoheitlich orientierten autoritären Staat Schule natürlich das Instrument war, das man von staatlicher Seite besonders beobachten mußte, weil dort die junge Generation erzogen werden sollte, und zwar in einem bestimmten wertenden Sinne erzogen werden sollte, ist klar, aber das scheint doch - darüber sind wir uns sicherlich einig - ein überholtes Modell zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe bei der CDU)

Insofern gibt es für mich gar keinen Zweifel. Da muß ich gar nicht lange rechnen. Das ist für mich auch keine Frage in erster Linie von Kosten, sondern für mich ist die Frage: Wie wollen wir denn zum Beispiel eine solche Organisation wie Schule in dieser Gesellschaft gestalten? - Die möchte ich teilnehmend, partnerschaftlich, demokratisch, offen, dialogisch und nicht hoheitlich-autoritär gestalten. Deswegen braucht es in diesem Bereich keine Beamten; das ist ganz einfach so.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Angelika Volquartz [CDU]: Worthülsen! - Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Vorreiter?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Kläre Vorreiter [CDU]: Frau Abgeordnete Fröhlich, was verstehen Sie - würden Sie mir das bitte einmal erklären! - unter autoritärem Staat?

(Zuruf: Sehr richtig!)

- Zum Beispiel einen, der monarchistisch organisiert ist und nicht an eine Verfassung gebunden ist. Beispielsweise!

(Zurufe - Unruhe bei der CDU)

- Ich habe ja sehr deutlich gesagt, daß wir uns doch wahrscheinlich darüber einig sind, daß wir in einem demokratischen Staat selbstverständlich eine demokratische, offene, partnerschaftliche Schule wollen. Das habe ich ganz deutlich gesagt. - Ich erkläre diese Frage damit für beantwortet.

(Unruhe)

Ich komme jetzt zu dem Bericht zur Unterrichtsversorgung.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, und zwar jetzt des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich hoffe, daß sie etwas besser formuliert sein wird. - Ja, gut!

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Bis jetzt haben Sie auch nur rumgesülzt! - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bitte, Herr Kubicki!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Fröhlich, glauben Sie, daß die innere Struktur einer Schule - da teile ich Ihre Auffassung, daß sie demokratisch, offen, tolerant sein soll - etwas mit dem Status der Lehrer

zu tun hat, also damit, ob sie Beamte oder Angestellte sind?

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

In der Tat, Herr Kubicki, glaube ich, daß die Art, wie die Beschäftigung von Lehrern organisiert ist und dann auch der Zugriff auf ihre persönlichen Lebensverhältnisse organisiert werden kann, etwas damit zu tun hat, wie offen, wie partnerschaftlich, wie demokratisch und wie dialogisch eine Schule sein kann. Das glaube ich in der Tat. Da hätten wir möglicherweise einen Unterschied, aber das macht ja nichts.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P]: Beamte können das ja nicht!)

Ich komme jetzt zur **Bewertung des Berichts zur Unterrichtsversorgung** in Schleswig-Holstein. Die Zahlen sind uns ja schon etwas länger bekannt und auch von verschiedenen Seiten schon bewertet worden.

Die rot-grünen Koalitionsverhandlungsergebnisse haben gezeigt, daß wir einen Schwerpunkt auf die **langfristige Sicherung der Unterrichtsversorgung** legen. Wenn man sich anschaut, wie etwa in Baden-Württemberg die CDU ihr Wahlversprechen von 2500 neuen Lehrerstellen wieder einkassiert, dann kann ich nur sagen: Wir versprechen zwar nicht so viel, aber das, was wir versprechen, halten wir dann wenigstens auch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wir haben erreicht, daß es in Schleswig-Holstein ein komplettes Programm zur Unterrichtsversorgung für die gesamte Legislaturperiode geben wird. Wir haben es zudem geschafft, die Schulen von den sonstigen Sparmaßnahmen auszuklammern, so daß jede freiwerdende Lehrerstelle wiederbesetzt werden kann. Dies alles wird dazu führen, daß wir endlich zu einer deutlichen und sehr notwendigen **Verjüngung von Kollegien** kommen werden. Damit wird auch ein neuer pädagogischer Wind wehen können.

Sicherlich, es sind schmerzhafte strukturelle Umschichtungen auch im Schulbereich erforderlich, die von den Betroffenen zum Teil heftig

kommentiert werden, was ich ganz normal und richtig und begrüßenswert finde.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, daß die **Diskussion** transparent und offen geführt wird. Wir müssen zwar zu **Umschichtungen** kommen, aber in Verhandlungen mit den Verbänden und Gewerkschaften und mit Eltern, Lehrern, Schülerinnen und Schülern sollen sachgerechte **Lösungen** entwickelt werden. Man wird es am Schluß wahrscheinlich nicht allen recht machen können, und dafür wird man dann auch seinen Buckel hinhalten müssen - das ist nun einmal so -, aber der Dialog vor politischen und administrativen Entscheidungen gehört zu den grünen Prinzipien. Dafür treten wir auch gegenüber unserem Koalitionspartner ein und bitten das SPD-Bildungsministerium darum, diesen Gedanken aufzugreifen.

Bezogen auf den Bericht will ich noch folgende Hinweise geben: Wir müssen bei der Verteilung zusätzlicher Lehrerinnen- und Lehrerstellen besonders die Bereiche im Auge behalten, wo Schleswig-Holstein unter dem Länderdurchschnitt liegt. Das sind laut Bericht vor allem die **Haupt- und Sonderschulen** sowie die **berufsbildenden Schulen**. Hier muß also dringend und vordringlich etwas unternommen werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zudem ist von der Steigerung der Schülerinnen- und Schülerzahlen in den kommenden Jahren die Rede. Dies wird ja die **Grundschulen** als erste betreffen. Der Bericht weist jetzt schon eine leichte Erhöhung der Klassenfrequenz um 0,4 Punkte aus. Insofern wird auch hier ein erhöhter Lehrkräftebedarf entstehen. Und nicht zuletzt befinden sich die **Gesamtschulen** des Landes noch in der Ausbauphase.

Der wachsende Stellenbedarf im Schulbereich macht es daher leider erforderlich, Stellen durch Kürzungen im Angebotsbereich zu erwirtschaften. Wir müssen den Grundbedarf für die kommenden Jahre sichern, und wir haben nun einmal finanziell

magere Jahre. Das liegt aus unserer Sicht auch an falschen Prioritäten, vor allem in Bonn, die sich von der Länderebene aus fast nicht korrigieren lassen. Aber wir arbeiten daran. Keine Bange, wir schaffen es schon!

Für uns ist **Bildungspolitik** eben nicht nur rhetorisch Zukunftspolitik. Wer hier nicht investiert, brockt unserer Gesellschaft eine Menge Folgeprobleme ein. Wir wollen und dürfen im Interesse künftiger Generationen nicht darauf verzichten, die Schule zeitgemäß weiterzuentwickeln. Wir haben daher Wert darauf gelegt, im **Koalitionsvertrag** festzulegen, daß die Schulen künftig mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit, mehr Entscheidungsrechte und ein eigenes Budget erhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon zum Schuljahr 1997/98 wollen wir mit ersten **Dezentralisierungsmaßnahmen** und der Stärkung der **Eigenverantwortung** beginnen. Das führt zu einer wachsenden Profilbildung auch bei den herkömmlichen Schulen des gegliederten Schulwesens. Auch ist uns eine sachgerechtere Entscheidungsbasis wichtig, und dazu braucht es zweifellos mehr Dezentralität. Im Optimalfall soll dies dann dazu führen, daß sich die Schulaufsicht von einer steuernden hin zu einer beratenden Behörde entwickelt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wird sicherlich auch ein Stellenabbau beziehungsweise eine Stellenverlagerung verbunden sein, um die Arbeit vor Ort zu stärken.

Zu einer **Schule** mit mehr Eigenverantwortung gehört für uns selbstverständlich auch die Stärkung der **inneren Demokratie**. Daher soll laut Koalitionsvereinbarung die Drittelparität in der Schulkonferenz ermöglicht werden. Für diese Reformen brauchen alle Seiten jedoch auch Geduld und langen Atem. Ich hoffe aber auf die konstruktive Einmischung der an der Schulpolitik mitwirkenden Verbände und Gewerkschaften und der sonst Betroffenen und Beteiligten.

In dem vorliegenden Bericht steht so schön - ich möchte das besonders hervorheben -: „Schule soll

für alle Beteiligten wieder mehr zur eigenen Sache werden.“ Das geht natürlich nur, wenn dort nicht dauernd gängelnd eingegriffen wird, sondern wenn **Autonomie** vorhanden ist und wenn Lehrerschaft, Schülerschaft und Elternschaft die Eigenverantwortung auch umsetzen können. Das möchte ich hiermit unterstreichen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gleichzeitig brauchen wir auch eine weitere Öffnung der **Schulen** zu ihrem **regionalen Umfeld**. Hier gibt es sehr interessante neue Ansätze, die zum Teil aus Italien zu uns gekommen sind. Wir werden Sie damit noch beschäftigen. Aber diese Einbettung in das regionale Umfeld wird sich im Zuge der Stärkung der Eigenverantwortung möglicherweise ohnehin ergeben.

Ich möchte ein kurzes Wort -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Kommen Sie bitte langsam zum Schluß, Frau Abgeordnete.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- ich komme zum Schluß, ja - zu Schulen in freier Trägerschaft sagen. Ich glaube, daß wir mit den **Schulen in freier Trägerschaft** in Schleswig-Holstein ein große Kostbarkeit besitzen, die wir noch gar nicht genügend gewürdigt haben. Ich glaube, daß wir diese Kostbarkeit pfleglich behandeln müssen, denn wenn wir sie möglicherweise durch eine schlechte, falsche oder wie auch immer strittige Berechnung kaputtsparen, gehen uns Schulen verloren, die wir mit einem ungleich viel höheren Aufwand wieder neu errichten müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Dieses Rechenbeispiel geht überhaupt nicht auf, so daß ich mich an dieser Stelle intensiv dafür einsetze, den Schulen in freier Trägerschaft in Schleswig-Holstein ein bißchen mehr Bewegungsspielraum zu ermöglichen. Mein Ziel

wäre natürlich die volle Gleichstellung. Daß das so schnell - ich habe von den mageren Jahren gesprochen - nicht zu erreichen ist, weiß ich auch.

Ein letzter Satz zur **Erhebung der Daten**. Selbstverständlich brauchen wir eine gute und gesicherte Datengrundlage. Wir sollten uns im Bildungsausschuß darüber klarwerden, ob die in dem Antrag vorgetragene Kritik richtig ist. Nicht zuletzt die Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Sachen -

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Kommen Sie jetzt bitte wirklich zum Schluß, Frau Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- „Schülerkostensätze an Waldorfschulen“ hat uns deutlich gemacht, welche Folgen das haben kann. Aus unserer Sicht sollte das Ministerium konstruktiv mit dieser Aufforderung und auch mit dem Urteil umgehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch mit noch so mühevoller Zahlenakrobatik kann Frau Böhrk nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Unterrichtssituation an den Schulen von Jahr zu Jahr verschlechtert. Der **Unterrichtsausfall** liegt jetzt im Lande im Durchschnitt aller Schularten bei 4,9 % - wohlgerne Unterrichtsausfall, bedingt im wesentlichen durch Krankheit. Der alte, zusätzliche Ausfallindikator Fehlstunden wird ja nun seit mehreren Jahren, wie Sie wissen, gar nicht mehr erhoben. Das ist der zweite Wert, der als Dunkelziffer danebensteht.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Aber 4,9 % waren es schon immer!)

- 4,9 % waren es nicht immer. Dieser Prozentsatz ist über die letzten, regelmäßig alle drei Jahre durchgeführten Erhebungen sukzessive nach oben geklettert. Beim letzten Mal waren es weniger als 4,5 %. Jetzt sind es 5 %. Herr Kollege Rossmann, es ist vor allem die Entwicklung in einzelnen Schularten, die doch Besorgnis hervorruft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Ursula Röper [CDU]: Richtig!)

Wenn es jetzt landesweit bei den Förderschulen 7,6 % Unterrichtsausfall sind, dann muß man doch sagen: Ausgerechnet bei den schwächsten Schülern, für die eine gute Unterrichtsversorgung besonders wichtig ist, sieht es am schlimmsten aus. Ein Armutszeugnis für eine Regierung, meine ich, die sich so gern in schönen Reden als Anwalt der sozial Benachteiligten herausstaffiert.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Dabei ist der Unterrichtsausfall nur eine von vielen Facetten der zunehmend schwieriger werdenden Schulsituation. Obwohl die Schülerzahlen immer schneller nach oben klettern - im neuen Schuljahr rechnen wir mit einem Plus von rund 8500 Schülerinnen und Schülern -, sind die Anstrengungen der Regierung zur Verbesserung der **Lehrerversorgung** bislang doch eher bescheiden. Diejenigen von Ihnen, die dem 13. Landtag angehört haben, wissen, daß wir zum Haushalt 1996 finanziell abgesicherte Anträge für 200 zusätzliche Lehrerstellen vorgelegt haben. Wenn man eine entsprechende politische Schwerpunktsetzung vornimmt und die Einsparungen in anderen Bereichen etwas größer ausfallen läßt und auf bestimmte Renommierprojekte verzichtet, dann ist auch ein solches Mehr an Lehrerstellen möglich, wobei ich gern einräumen möchte: Die 2800 Lehrerstellen, die der Landesrechnungshof bis zum Jahr 2004 für erforderlich hält, zu erreichen, das ist unter den gegebenen finanziellen Bedingungen wirklich eine wahre Herkulesaufgabe. Trotzdem: Man kann mehr tun, als die Landesregierung bisher getan und bisher angekündigt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Gestatten Sie, Herr Dr. Klug, daß ich Sie für einen Moment unterbreche! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel macht es wirklich sehr schwer, dem Redner zuzuhören. Ich möchte Sie doch bitten, Gespräche draußen zu führen.

Sie haben wieder das Wort, Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Meine Damen und Herren, hinzu kommt, daß die im Aufbau befindlichen **Gesamtschulen** - ich kann Ihnen dieses Thema nicht ersparen - zu einem permanenten Abzug von Lehrkräften aus anderen Schularten führen. Die Konsequenz ist etwa in diesem Jahr wieder: Die **Gymnasien** müssen weitere 35 Lehrerstellen an die Gesamtschulen abtreten, obwohl es inzwischen auch an den Gymnasien schon wieder steigende Schülerzahlen gibt, und Sie wissen, daß das in den nächsten Jahren wegen des „Durchwachsens“ des Schülerberges in den weiterführenden Schularten so weitergehen wird. 45 Gymnasiallehrerstellen gehen an Grundschulen weg. Die Folgen für die Unterrichtsversorgung an den betroffenen Schulen sind offenkundig; ich zitiere eine Elternbeiratsvorsitzende - jene der Kieler Gelehrtenenschule -, die sagte: Wir befürchten, daß unsere Kinder in Zukunft weniger lernen dürfen. Als konkretes Beispiel aus ihrer Schule führte sie an, daß es jetzt zu einer Herabstufung von bisher drei- bis vierstündig erteilten Unterrichtsfächern zu nur noch zwei- bis dreistündig angebotenen Fächern komme.

Diese Art des schlechenden **Bildungsabbaus** erleben wir nun schon mehrere Jahre, und die Regierung hat dann auch noch die Chuzpe, solche Einschnitte unter dem Schwindeletikett der „schulischen Eigenverantwortung“ als Sache der Schule darzustellen, die mit ihren Ressourcen gefälligst sorgsam und ordentlich wirtschaftlich umgehen solle. Derartige regierungsamtliche Beschönigungen und Verkleisterungen der Schulwirklichkeit sind es doch, die den Ärger der Eltern, der Lehrer und der Schüler in diesem Land immer weiter wachsen lassen.

Wenn die Betroffenen dann auch noch zum Schuljahresbeginn von der zuständigen Ministerin

den bohnerwachsglatten Satz hören - ich zitiere aus der Presseerklärung der Ministerin von Anfang August - „in Schleswig-Holstein hat die Schule Zukunft“, dann fühlen sich eben doch viele der Betroffenen von dieser Ministerin veräppelt;

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

dann kann man es bedauern, es kritisieren und nicht für richtig finden, aber doch auch verstehen, wenn einem ein Lehrer dazu mehr oder weniger sarkastisch sagt: Ja, jedes Jahr fällt die „Böhrken“-Käferplage über die Schulen in diesem Lande her.

Noch eine Anmerkung zum Thema „Realitätsverlust dieser Landesregierung“! Am 14. März erschien in der „Norderstedter Zeitung“ ein Leserbrief der stellvertretenden Regierungssprecherin. Darin wurde die Vergabe von **Dreiviertel-Angestelltenverträgen** an junge Lehrer mit der Aussage verteidigt, eine solche Lehrkraft - also ein Dreiviertel-Angestellter - verdiene doch monatlich brutto immerhin 4500 DM. Tatsächlich aber liegt ein solches Teilzeitgehalt, wie mir die Landesregierung im vergangenen Jahr in der Antwort auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt hat, unter den Rahmenbedingungen „Alter 30 Jahre, verheiratet, ein Kind“ unter 3800 DM brutto. Die Differenz mag für eine stellvertretende Regierungssprecherin mit der Gehaltsgruppe B 2 nur ein kleiner Unterschied sein, aber anders sieht das wohl jene junge Lehrerin aus dem Hamburger Umland, deren Antrag auf eine volle Stelle - also auf Aufstockung auf eine volle Stelle - vor ein paar Monaten, wie mir glaubhaft berichtet worden ist, vom Bildungsministerium abgelehnt wurde, obwohl sie in der Begründung zu diesem Antrag überzeugend darlegen konnte, daß in ihrem Fall nach Abzug aller Fixkosten für Wohnung, Auto, Versicherungen et cetera gerade mal rund 400 DM für alles andere übrig blieben.

(Sabine Schröder [SPD]: Denken Sie mal an Arbeitslose!)

Solche Teilzeitverträge sind gewiß sozialdemokratisch, aber doch nicht sozial, vor allem nicht, wenn man eine Zwangsteilzeit für alle Lehrer verordnet. Auf freiwilliger Basis, für den, der auf Teilzeit gehen will, ist das - das habe ich immer gesagt - okay. Wer aber junge Lehrer damit abspeist, solche eine Zwangsteilzeit in Kauf nehmen zu müssen, der vernichtet auf diese Weise

Motivation, Leistungsbereitschaft und Engagement. Das ist eben das große Elend sozialdemokratischer und nunmehr rot-grüner Personalpolitik an den Schulen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die totale Verrücktheit dieser Politik wird deutlich, wenn man sich klarmacht, daß eine **Dreiviertel-Angestelltenstelle** den Haushalt heute genauso hoch belastet wie eine **volle Beamtenstelle**. Hiergegen wird nun natürlich oft eingewandt - das hat vorhin auch Frau Schröder getan -, man müsse die künftigen Pensionslasten beachten. Das ist sicherlich ein Gesichtspunkt, den man bedenken muß. Aber der **Landesrechnungshof** hat uns doch gerade in seinem letzten Bericht schlüssig dargelegt, daß die Mehrkosten durch die teuren Angestelltenverträge - Jahr für Jahr 30 000 DM mehr im Haushalt zu veranschlagen - durch die Lohnzusatzkosten zu jenem Zeitpunkt auf ihrem Höhepunkt ankommen, zu dem zugleich der Höhepunkt der ansteigenden Pensionswelle erreicht ist. Dieser Prozeß, zwei nebeneinander laufende Kostenlawinen - das ist doch das Problem, vor dem wir heute stehen, und dies in einer Zeit permanent steigender Schülerzahlen, jedenfalls für die nächsten zehn Jahre. Da kann man dieses teure Umsteuern vom Beamtenstatus zum Angestelltenverhältnis schon aus finanziellen Gründen - ich sage es Ihnen hier noch einmal - nicht schaffen. Das schneidet jeden Spielraum für die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, die sonst möglich wäre, für die Schulen ab.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man kann doch nicht alte Fehler immer weiter machen!)

Dies sollten Sie sich, bitte, doch auch im Rahmen der Beratung des Landesrechnungshofsberichts noch einmal sehr genau überlegen.

Wenn Frau Fröhlich sagt, solange Lehrer Beamte seien, könne die Schule nicht demokratisch, offen und tolerant sein, dann spricht aus einem solchen Satz so viel Ignoranz, Frau Abgeordnete Fröhlich,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So kann man einem das Wort im Munde herumdrehen! Das ist ja toll!)

daß ich da wirklich nur mit dem Kopf schütteln kann,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

wie Sie zu solchen Aussagen kommen können. Ich habe ja in der Diskussion über Beamte und Angestellte, die man sicherlich führen muß, schon manches Argument gehört, aber dies war das Dümmste - Entschuldigung! -, was ich bisher gehört habe.

Noch eine ergänzende Anmerkung zum Thema **Teilzeitlehrer!**

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist ja Ihr Vorsitzender schon weiter! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie kennen den Unterschied zwischen Dienstleistung und Behörde nicht!)

Inzwischen sind rund 40 % aller Lehrer in diesem Land teilzeitbeschäftigt. Die Bildungsministerin hat diesen Personenkreis im vergangenen Jahr mit einem Erlaß bedacht, der ihnen als Ausgleich für die mindere Bezahlung - davon habe ich eben gesprochen - nun auch gewisse Vorteile einräumt. Leider hat das ganze jedoch im Schulalltag verheerende Auswirkungen auf die Unterrichtssituation. Ich möchte Ihnen das einmal an einem konkreten Fallbeispiel demonstrieren.

Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, deren Klassen sich zeitweilig auf Klassenfahrt oder in Betriebspraktika befinden, sind nach diesem Erlaß jetzt nicht mehr verpflichtet, in anderen Klassen Vertretungsunterricht zu leisten. Wie gesagt - ihre Klassen sind ja irgendwo im Lande unterwegs; die Klassenfahrt wird betreut durch andere Lehrkräfte. Ihre normale Unterrichtsstunde fällt damit aus. Sie sind nach diesem Erlaß nicht mehr verpflichtet, in ihrer verfügbaren Arbeitszeit Vertretungsunterricht zu leisten. Sie können, wenn sie diesen Vertretungsunterricht nicht freiwillig übernehmen wollen, zu Hause bleiben - bei voller Bezahlung gemäß ihrer vertraglichen Pflichtstundenzahl. Zu Hause bleiben dann allerdings auch ihre Schüler, nämlich die Schüler des erkrankten Kollegen, für die kein Vertretungslehrer gefunden werden kann.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Teilzeitkräfte arbeiten ja bei Klassenfahrten auch voll! Das haben Sie vergessen!)

- Herr Kollege Hentschel, da wir in Schleswig-Holstein auch die Schulpflicht haben, nehmen wir den Kindern auf diese Weise das Recht auf Unterricht, und dies, obwohl an der Schule eine Lehrkraft vorhanden ist, die als Vertretungskraft nicht einmal Mehrarbeit leisten würde!

Diese praktischen Auswüchse des Böhrkschen Teilzeiterlasses sind so ziemlich das Unmöglichste, was sich diese Ministerin bisher geleistet hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es gibt zwar noch eine Reihe von Punkten, die ich eigentlich ebenfalls noch ansprechen wollte, aber die rote Lampe hier am Rednerpult ist schon eingeschaltet worden. Wir werden, denke ich, noch Gelegenheit finden, einige ergänzende Punkte in der Beratung des Bildungsausschusses zu diskutieren.

Dieser Bericht zur Unterrichtsversorgung zeigt wieder einmal die Mängel einer Schulpolitik, die sich außerstande gezeigt hat, die nötigen politischen Schwerpunkte im Lande Schleswig-Holstein zu setzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ein typischer Böhrk!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nun kommt wieder ein Eiertanz!)

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der Bericht zur Unterrichtssituation ist für den SSW nicht besonders ermutigend. Die Einsparpolitik im Bildungsbereich, die in den nächsten Jahren noch weiter um sich greifen soll, tut weh. Das steht fest.

Die Unterrichtsversorgung soll trotz steigender Schülerzahlen auf angemessenem Niveau gehalten

werden, stellt der Bericht fest. Was ist das „angemessene Niveau“? Mir ist klar, daß dies auf die bereits in der Regierungserklärung angesprochene **Erhöhung der Klassenfrequenz** hinausläuft. Dafür können wir auf keinen Fall sein; das sagte ich auch schon damals in meiner Stellungnahme zur Regierungserklärung.

Die Vergrößerung der Klassen steht in einem krassen Mißverhältnis zu den bildungspolitischen Zielsetzungen des SSW. Unser Modell einer **ungeteilten Schule**, in der Schüler so lange wie möglich gemeinsam unterrichtet werden können, verträgt sich mit großen Klassen nicht.

Wir wollen erreichen, daß Hochbegabte mit Minderbegabten, daß Nichtbehinderte mit Behinderten gemeinsam lernen können. Gegen eine Ausgrenzung wenden wir uns ganz entschieden. Die Erfahrung zeigt, daß Kinder dadurch viel besser in der Lage sind, mit ihren Altersgenossen auch im Erwachsenenleben zurechtzukommen. Das Erlernen sozialen Verhaltens ist für uns eine Hauptzielsetzung, auf die in einer Welt, in der die vielen unterschiedlichen Menschen in Frieden miteinander leben können sollen, nicht verzichtet werden kann. Auch Hochbegabte, die die CDU in der letzten Legislaturperiode in ganz besonderer Weise fördern wollte - damit werden wir uns heute erneut beschäftigen -, sollten nicht ausgesgrenzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Wir interpretieren das vielleicht ein bißchen unterschiedlich; darauf werden wir ja gleich zu sprechen kommen. - In einem Klassenverband, in dem die unterschiedlichsten Begabungen repräsentiert sind, lernen auch sie, wie man auf Menschen eingehen kann, die anders veranlagt sind. Das ist eine Erfahrung, die sie isoliert nicht machen können, und das ist eine Erfahrung, die sie bestimmt nicht dümmer werden läßt, sondern deren Profit nicht unterschätzt werden darf.

Abgesehen von einem minimalen Rückgang bei Gesamt- und berufsbildenden Schulen hat sich die Relation von Schülerinnen und Schülern je Stelle erhöht, und das, obwohl die stundenweise Beschäftigungen in diese Rechnung mit einbezogen worden sind. Das ist ein Anlaß zur Sorge.

Der Anstieg der Klassenfrequenzen in der Grundschule ist beunruhigend. Auch das ist schon angesprochen worden. Daß die von Sonderschullehrkräften erteilten Unterrichtsstunden für **Integrationsmaßnahmen** zusätzlich unter „Grundschulen“ ausgewiesen wurden, belegt, daß der Anstieg tatsächlich sogar noch höher ist. Besonders in der Grundschule soll die Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder in noch viel entschiedenerem Maße fortgesetzt werden. Der Rückgang der Schülerzahlen an den Sonderschulen, der auf die Ausweitung der integrativen Maßnahmen zurückzuführen ist, ist sehr erfreulich.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Eine solche Integration ist aber nicht erfolgversprechend, wenn man nicht bereit ist, die Klassen so klein zu halten, daß Integration überhaupt noch machbar und für die Lehrer realisierbar ist.

(Beifall bei der CDU)

Wie soll das praktisch vonstatten gehen? Mit großen Klassen sind Pädagogen doch überhaupt nicht in der Lage, diese Aufgabe in fruchtbarer Weise zu meistern. Eine Integration kann nur funktionieren, wenn der Lehrer für den einzelnen Schüler mehr Zeit übrig hat. Er muß sich dem einzelnen umfassender widmen können. Ich bezweifle, daß sich der im Schulgesetz vorgeschlagene Weg zu mehr Integration ohne weiteres bei der Bildung größerer Klassen realisieren läßt. Wenn der Weg zu größeren Klassen beschritten wird, kann eine Integration unserer Auffassung nach nicht erfolgreich stattfinden.

(Beifall bei der CDU)

Für bedauerlich halte ich es, daß der **Ländervergleich** dafür herhalten muß, **Klassenfrequenzen** als pädagogisch durchaus vertretbar zu bezeichnen. Alle hier im Saal, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, kamen immer wieder auf den Ländervergleich zu sprechen. Damit sollte man ein bißchen vorsichtiger umgehen. Das hieße nämlich in der Konsequenz, daß die Zahl von 40 Schülern in einer Klasse vertretbar wäre, wenn sie nur unter dem Länderdurchschnitt läge oder mit diesem vergleichbar wäre. Es wäre vielleicht ganz

gut, weniger auf den Länderdurchschnitt abzustellen.

Es wird eine Kürzung des Unterrichts im Gegenwert von 500 Stellen in Aussicht gestellt. Unter diesen Umständen kann man meiner Meinung nach nicht von Qualitätssicherung sprechen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

- Richtig, genau das ist das Problem. - Ob der schulartfremde Einsatz von Gymnasiallehrern an Grundschulen sinnvoll ist, möchte ich in diesem Zusammenhang bezweifeln.

(Beifall bei der CDU)

Im **Angestelltenverhältnis** haben mehr **Lehrer** befristete Verträge erhalten. Warum bauen wir das nicht weiter aus, um den Bedarf zu sichern? Vom Angestelltenstatus für Lehrer hatte sich der SSW vor allem versprochen, daß er zu einer Abdeckung des vorhandenen Bedarfs führen würde. Schließlich ist jahrelang nach dem Motto „Einmal Beamter, immer Beamter“ aus Angst des Rückgangs der Schülerzahlen niemand eingestellt worden. Der dadurch bedingte Unterrichtsausfall war nicht zu vertreten. Wir fragen uns jetzt natürlich, warum wir die Möglichkeit, Lehrer im Angestelltenverhältnis zu beschäftigen, unterstützt haben. Sie führt offenbar nicht zu mehr Orientierung am aktuellen Bedarf.

Der **Landesrechnungshof** betont in seinen Bemerkungen die Notwendigkeit, in den kommenden Jahren 500 zusätzliche Stellen zu schaffen.

(Ursula Röper [CDU]: 2500!)

Wenn der Landesrechnungshof außerdem betont, daß sich die Unterrichtsversorgung auf einem niedrigen Stand befindet, ist das ein Alarmsignal. Das müssen wir alle auch ehrlicherweise zur Kenntnis nehmen.

Zum Antrag der CDU-Fraktion möchte ich sagen, daß der Landesrechnungshof umfassende Kritik übt. Das ist richtig. Dem Rechnungshof kommt es zum Beispiel darauf an, daß bei der Finanzierung von Modellvorhaben veränderte Maßstäbe angelegt werden -

(Weitere Zurufe)

(Ursula Röper [CDU]: Weiß Gott!)

eine Kritik, die ich gut nachvollziehen kann und mit der sich auch der Bildungsausschuß beschäftigen sollte.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden in der kommenden Zeit immer wieder in den Bemerkungen des Landesrechnungshofs nachschlagen müssen - dazu sind sie ja auch da. Was den Bericht zur Unterrichtssituation angeht, so erwartet der SSW, daß die durch den Landesrechnungshof geäußerte Kritik bei der Erstellung des nächsten Berichts zur Unterrichtssituation Berücksichtigung findet. Auch dazu ist der Bericht da.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte es für eine viel zu teure Investition, sofort die Bestellung eines veränderten Berichts und einer neuen Statistik zu verlangen, weil die ermittelten Schuldaten nicht vergleichbar seien.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Diese Frage wurde vorhin schon richtig gestellt; dazu gibt es eigentlich nichts mehr zu sagen.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Nun klatschen wir!)

- Das finde ich gut, ich möchte auch von euch einmal beklatscht werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum werde ich dem Antrag der CDU nicht zustimmen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich finde es sehr wohl in Ordnung und wichtig - -

(Zurufe von der CDU: Wieder Eiertanz!)

- Das ist kein Eiertanz.

- Zu dem Problem „Eiertanz“ etwas ganz Wichtiges! Im Wahlkampf hatte ich Gelegenheit, mit jungen Menschen zu sprechen,

(Zurufe von der CDU: Wir auch!)

die Kollegin Schmitz-Hübsch auch. Zum Beispiel nahm ich an der Veranstaltung „Politik persönlich“ der Landeszentrale für politische Bildung teil. Dabei ging es darum, was sich junge Menschen von Politikern wünschen würden. Sie würden sich wünschen: weniger Betonköpfe und mehr Nachdenken und mehr Überlegung, mehr Eiertanz also.

(Heiterkeit - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anhaltende Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Ich bleibe bei meiner Kritik am Bericht zur Unterrichtsversorgung. Diese Kritik ist angebracht, wir müssen sie ernst nehmen. Darin sind wir uns ja auch einig. Jetzt jedoch gleich neue Statistiken zu fordern, ist Blödsinn.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt muß ich noch einmal etwas loswerden, was mir sehr am Herzen liegt. Jedesmal, wenn es um aktuelle Schwierigkeiten der Unterrichtsversorgung geht, muß man bedenken, daß diese Schwierigkeiten nicht erst heute entstanden sind. Wir haben es mit einer alten **Krise in der Bildungspolitik** zu tun.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das war kein Eiertanz mehr, die Eier sind schon kaputt! - Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Meine pessimistischen Erwartungen

(Angelika Volquartz [CDU]: Sind voll übertroffen worden!)

sind eingetroffen, denn von einer wirklichen **Alternative der Opposition** ist überhaupt nichts zu sehen gewesen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

statt dessen gab es kleinkrämerisches Gekribbel. Die Antwort darauf, wie Sie in den nächsten vier Jahren 2100 Lehrerplanstellen schaffen wollen, sind Sie nach wie vor schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will gleichwohl auf Ihr Gekribbel an der einen oder anderen Stelle eingehen, zumal es an einigen Punkten in der Tat wieder die berühmten Beispiele dafür gibt, daß man einen Tatbestand falsch oder unvollständig darstellt.

Ich fange einmal bei Frau Volquartz an, die behauptete, daß wir den Waldorfschulen mit der Stichtagsregelung Geld raubten.

Liebe Frau Volquartz, Herr Dr. Bendixen gehört diesem Landtag nicht mehr an, aber vielleicht erkundigen Sie sich einmal bei ihm, seit wann es diese Stichtagsregelung gibt. - Es gibt diese Stichtagsregelung seit Ende der siebziger Jahre.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

- Sie dürfen nicht nur Zeitung lesen; Sie sind doch schon lange genug dabei, um zu wissen, wie man sich in der Sache schlaumachen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

- Nein, diese Stichtagsregelung ist den Waldorfschulen auch so lange zugute gekommen, -

(Angelika Volquartz [CDU]: Sie sagen die Unwahrheit! Das ist das Problem!)

- Frau Volquartz, das nehmen Sie bitte zurück. Ich sage nicht die Unwahrheit, und Sie entschuldigen sich dafür.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Daß die **Stichtagsregelung** in den letzten 20 Jahren so gewesen ist, daß bei sinkenden Schülerzahlen - die hatten wir ja - eine Bevorzugung der Privatschulen eben dadurch erfolgte, daß es eine bevorzugte Anrechnung gegeben hat, ist Ihnen entgangen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Daß die Waldorfschulen jetzt gucken, ob sie innerhalb der Gesetze Möglichkeiten finden, um der veränderten Situation, die eben bedeutet, daß bei steigenden Schülerzahlen und weniger Aufwand in den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen pro Kind auch ihr Aufwand weniger wird, zu entgehen, halte ich für verständlich. Wir prüfen das Urteil auch weiterhin. Ich will mich insoweit auch nicht in ein laufendes Verfahren einmischen. Aber die Stichtagsregelung stammt aus alten Zeiten von CDU-Regierungen. Das war der erste Punkt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Der zweite Punkt, Herr Dr. Klug, ist der von Ihnen angesprochene Unterrichtsausfall von 4,9 %. Wenn Sie keine besseren Argumente haben als dieses, dann kann sich die Regierung ganz zufrieden zurücklehnen. Der Unterrichtsausfall schwankte in den letzten 10, 15 Jahren immer zwischen 3 und 7 %.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: So ist es!)

Wenn Sie sich die Mühe gemacht hätten, in den Ihnen vorliegenden Bericht hineinzusehen, dann hätten Sie gesehen, daß der **Unterrichtsausfall** von Schularb zu Schularb schwankt, und zwar zwischen 3 und 7 %, und daß er von Region zu Region eben in dieser Marge schwankt. Dabei ist dann ein Unterrichtsausfall von 4,9 % überhaupt kein Ausreißer, sondern liegt in der Marge der Unterrichtsausfälle, die wir immer schon durch Krankheiten oder durch Fortbildungsmaßnahmen

gehört haben; er ist insoweit auch kein Indiz für eine Verschlechterung der Unterrichtssituation.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen will, ist das Thema der **Drei-Viertel-Stellen**. Ich möchte Sie daran erinnern, daß wir eingedenk der Tatsache, daß es natürlich gerade im Hamburger Rand und in Einzelfällen mit rund 2000 DM Nettoeinkommen schwierig ist, seinen Unterhalt zu gestalten, beschlossen haben, daß es für diese Drei-Viertel-Verträge eine absolute zeitliche Grenze gibt, damit die Lehrkräfte eine Perspektive haben, die Perspektive, daß sie höchstens vier Jahre in diesem Beschäftigungsverhältnis sind.

Aber das, was Sie nun insgesamt sagen, daß 3800 DM netto

(Zuruf von der CDU: Brutto!)

ein Gehalt seien, das absolut unter jedem Sozialhilfesatz liege, läßt mich vermuten, Herr Dr. Klug, daß Sie die Wirklichkeit nicht kennen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ich habe von Bruttogehalt gesprochen!)

- Ja, brutto. - Ich glaube, Sie kennen auch die wirkliche Situation der Absolventinnen und Absolventen der Universitäten im Jahre 1996 nicht. Ich kenne sehr viele, die, obwohl sie ein sehr gutes Examen gemacht haben - in welchem Bereich auch immer; Biologie oder Germanistik -, froh sind, wenn sie eine solche Beschäftigung bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage nicht, daß damit die Welt in Ordnung ist. Aber ich denke, die Relation muß hier stimmen.

(Beifall bei der SPD)

3800 DM brutto für eine Beschäftigung mit der Perspektive auf 100 % und auf lebenslange Beschäftigung sind in den Zeiten, in denen wir heute sind, schon etwas.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie eine Regelung für die **Teilzeitbeschäftigte**n kritisiert, was den Vertretungsunterricht anbetrifft. Das, verehrter Herr Dr. Klug - auch das könnten Sie wissen -, ist das

Ergebnis eines Einigungsstellenverfahrens, das mit der Mehrarbeit der beamteten Lehrkräfte zusammenhängt. Dabei ist deutlich geworden, daß es für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte sogenannte unteilbare Aufgaben gibt, nämlich Konferenzen, Klassenfahrten und anderes. Deswegen heißt es in dem Spruch des Einigungsstellenverfahrens, daß diese teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte anderweitig eine Kompensation für die Wahrnehmung dieser nichtteilbaren Aufgaben bekommen müßten.

Deswegen werden sie hinsichtlich des Vertretungsunterrichts ein Stück entlastet. Das ist also keine Sache, die wir uns ausgedacht haben, sondern es ist ein Ergebnis eines Einigungsstellenverfahrens.

Meine Herren und Damen, ich wäre sehr dankbar, wenn Sie den Bericht zur Unterrichtssituation im Bildungsausschuß dazu nutzen würden, darüber nachzudenken, ob es noch bessere Konzepte für die Gestaltung in den nächsten vier Jahren gibt.

(Beifall bei SPD und der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW])

Sie haben bisher schlichtweg die Tatsache unter den Teppich gekehrt, daß wir vor der Aufgabe stehen, bei dauerhaft sinkenden öffentlichen Einnahmen einen Anstieg bei den Schülerzahlen von 35.000 zu bewältigen. Ich bitte, bei der Bewertung dessen, was hier in Schleswig-Holstein geleistet worden ist, liebe Frau Spoerendonk, auch zu berücksichtigen, daß wir jetzt im sechsten Jahr des Anstiegs der Schülerzahlen sind, daß wir ein Konzept für die nächsten vier Jahre haben und daß dieses Konzept deutlich macht, wie der Bedarf zu decken sein wird. Ein Unterrichtsausfall von unter dem Strich 2 % ist in dieser Situation vertretbar, und er ist so lange vertretbar, wie Sie nicht ein Konzept auf den Tisch legen, das die 2000 Lehrerplanstellen nicht auf Punkt und Komma durch Planstellen oder andere Maßnahmen, die nicht wehtun, ersetzt. Ich denke, wir haben ein vernünftiges Konzept auf den Tisch gelegt.

Jetzt noch eine letzte Anmerkung zu den Ausführungen der verehrten Frau Fröhlich. Frau Fröhlich, wir werden dieses Konzept mit den Verbänden und mit den Gewerkschaften diskutieren. Aber eines ist klar - auch für die Koalitionspartner -: An den Eckdaten dieses

Konzepts, was die Säulen Lehrerplanstellen, organisatorische Maßnahmen gleich 226 Stellen und 740 Stellen durch Kürzung der Altersermäßigung betrifft, wird kein Weg vorbeigehen. Sonst wäre die Aufgabe, den Unterricht in den nächsten vier Jahren zu sichern, nicht zu bewältigen.

Ich wiederhole: Wir haben ein gutes Konzept vorgelegt. Wir können uns mit Verlaub, Frau Spoerendonk, auch im Verhältnis zu der Situation in den anderen Bundesländern und auch ein bißchen im Verhältnis zur Situation in Dänemark - dort hat sich in den langen Jahren eine andere Tradition entwickelt - sehen lassen. Das veranlaßt uns aber nicht, uns gemütlich zurückzulehnen und mit uns selbst zufrieden zu sein, sondern wir werden weiter nach noch besseren Lösungen suchen. Aber die Opposition ist derzeit offensichtlich zur Erarbeitung besserer Lösungen nicht in der Lage.

(Beifall bei SPD, der Abgeordneten Renate Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoerendonk [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat jetzt die Frau Abgeordnete Volquartz das Wort.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Böhrk, das Instrument hat sich abgenutzt, mir immer zu unterstellen, ich hätte etwas Falsches gesagt. Ich habe einen Gerichtsentscheid zitiert - einen Gerichtsentscheid! -, der heute unter anderem auch im „Hamburger Abendblatt“ nachzulesen ist; dieses Urteil ist aber auch in vielen anderen Zeitungen abgedruckt worden.

Insofern haben Sie die Unwahrheit gesagt. Damit muß einmal Schluß sein.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Also!)

Ich habe nur einen Gerichtsentscheid zitiert und nichts anderes.

Wenn ich mich richtig erinnere - das wird gerade von meiner Mitarbeiterin herausgesucht -, haben Sie das gleiche anhand von 6 oder 7 Punkten - wie ich meine - in der letzten Debatte zur Unterrichtssituation versucht. Sie mußten feststellen, daß Sie verkehrt gelegen haben. Das sollte im Bildungsausschuß aufgeklärt werden, und Sie sollten Ihre Behauptungen belegen. Das haben Sie aber bis zum heutigen Tag nicht getan. Lassen Sie das sein. Lassen Sie die Wahrheit Gültigkeit haben - weiterhin für uns alle!

(Holger Astrup [SPD]: Oi, oi!)

Unterlassen Sie es, dieses abgenutzte Instrument zu benutzen!

Dann ein Zweites in dem Zusammenhang: Sie fordern die Opposition heute wieder auf, Vorschläge zu unterbreiten.

(Holger Astrup [SPD]: Das wäre nicht schlecht!)

In vielen Haushaltsanträgen haben wir Vorschläge unterbreitet, und wir werden das weiterhin tun.

(Holger Astrup [SPD]: Die waren aber leider nicht gedeckt!)

Ich erinnere noch einmal an das Interview im „Deutschlandfunk“ vom Dienstagmorgen, das Frau Simonis gegeben hat. In diesem Interview hat sie gesagt - ich kann es jetzt leider nicht wörtlich zitieren, weil ich immer noch auf den wörtlichen Auszug warte -, und zwar in bezug auf die Arbeit auf der Bundesebene: Es ist nicht die Arbeit der Opposition, Vorschläge zu machen. Ich sage: Einigen Sie sich doch bitte einmal innerhalb der Regierung auf eine gemeinsame Sprachregelung.

(Beifall bei SPD und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann das Wort.

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz drei Punkte. Erstens! Frau Volquartz, das Mißverständnis bei Ihnen liegt häufig darin, daß Sie die Feststellung einer Sache mit der Unterstellung von moralisch abwegigem Handeln verbinden.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist Ihre Interpretation! - Zurufe von der CDU)

In bezug auf die statistische Vorgehensweise wird das dann gleich unterlegt mit Behauptungen wie „das sei gelinkt, das sei Absicht und das sei alles nur ein schurkisches Verhalten“.

(Angelika Volquartz [CDU]: Was bauen Sie da für einen Popanz auf?)

Und wenn sich an dieser Stelle eine Ministerin entschieden dagegen verwahrt und den zarten Hinweis gibt, nur den ganz zarten Hinweis,

(Lachen bei der CDU)

diese Praxis gebe es seit 20 Jahren in bezug auf die Berechnung von Schülerkostensätzen und sie sei nicht geändert worden, dann ist das doch in Ordnung.

(Angelika Volquartz [CDU]: Darum ging es nicht in ihrer Äußerung! Das wissen Sie genau!)

Jedenfalls sollten wir zur Entspannung folgendes festhalten: Es hat dort keine Änderung in der statistischen Praxis geben.

(Angelika Volquartz [CDU]: Ich hoffe, der Präsident erlaubt, daß das richtiggestellt wird!)

Der zweite Punkt: Wir hatten erwartet, daß Sie nach dem großen Aufgalopp hier zu einer Alternative kommen würden. Ihr Problem ist, daß Sie in einem strategischen Dilemma befangen sind. Denn in Ihrem Wahlprogramm - man kann es ja zitieren - haben Sie noch gesagt: Wir, die CDU, wollen spätestens in sechs Jahren 600 Planstellen geschaffen haben.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU
- Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Welches schreckliche Erwachen mußte bei Ihnen eintreten, als die Regierungskoalition es nun geschafft hat, 450 Stellen auszuhandeln und dingfest zu machen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist genau unser Programm gewesen!)

450 Stellen in vier Jahren sind eher etwas mehr als 600 in sechs Jahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Das ist doch Unsinn!)

Jetzt versuchen Sie, klammheimlich aus dieser selbstgestellten Falle wieder herauszukommen und über die 600 möglichst auch durch die Umwandlung von allen möglichen Angestelltenstellen in Beamtenstellen hinauszugehen. Aber Ihr Wahlprogramm, Ihr Versprechen an die Bürger war sehr eindeutig. Das, was dann vielleicht als Gewinn auf Kosten zukünftiger Generationen, die dann in den Pensionskosten entsprechend festgelegt würden, herausgekommen wäre, hätten Sie nicht im Bildungsbereich belassen. Das wäre in die allgemeine Haushaltssmasse hineingegangen.

Daß Sie diese Spardose aus Ihrem kurzfristigen Verständnis heraus kennen, wissen wir, aber die 600, die stehen.

Das Dritte ist die Differenz von 600 zu 2100. Da warten wir noch auf Ihre Antwort. Weil Sie sie nicht geben, sind Sie eine schwache, alternativlose Opposition.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 3.

Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden. Es ist beantragt worden, den Antrag ausschließlich dem Bildungsausschuß zu überweisen. Wer so abstimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

- Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Tagesordnungspunkt 22. Ich gehe davon aus, daß sich dieser Punkt erledigt hat, oder wird beantragt, diesen Tagesordnungspunkt ebenfalls zu überweisen?

(Zurufe: Bildungsausschuß! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zur abschließenden Beratung!)

- Also, auch in den Ausschuß; es ist doch der alte Bericht. Gut, zur abschließenden Beratung noch einmal in den Bildungsausschuß. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.
- Die Gegenstimmen! - Auch einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Ehe ich den Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf der Tribüne herzlich begrüßen Teilnehmer des Deutschkurses der Volkshochschule Kiel und Schüler des Ludwig-Meyn-Gymnasiums aus Uetersen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe auf Punkt 4 der Tagesordnung:

Unterrichtsverpflichtung für Haupt- und Realschullehrer an Gesamtschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/71

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Frau Abgeordnete Volquartz.

(Konrad Nabel [SPD]: Schon wieder!)

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Anstieg der Schülerzahlen um 61 000 verlangt Entscheidungen zur Unterrichtsversorgung - wir haben das eben breit diskutiert -, um die heutige Schülergeneration nicht schlechter zu stellen als ihre Vorgänger.

Es ist deshalb mehr als enttäuschend, wenn die Landesregierung - im Schulbereich hat es da ja bekanntlich keine Änderung in der Verantwortung gegeben - darauf weiterhin in der gleichen Weise reagiert - wir konnten das in der Debatte eben deutlich merken -, mit der sie in den zurückliegenden Jahren massive Proteste provoziert hat. Hier sei nur an die große Demonstration vom Januar diesen Jahres erinnert.

„Kiel will den Unterricht weiter zusammenstreichen“, so schreibt die „Dithmarscher Landeszeitung“ und „Die Zukunft ist düster; an den Schulen wird es immer enger“, berichtet der „Holsteinische Courier“.

Die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schreibt:

„Wer in den Eckpunkten schon massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen an den Schulen festlegt, braucht mit uns nicht mehr zu verhandeln.“

(Lachen des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es bleibt bei dem alten Programm: Einsparen bei Grund- und Hauptschulen, bei Realschulen und Gymnasien und gleichzeitig Fortschreibung des De-Luxe-Programms für die Gesamtschulen.

Die von den Sozialdemokraten immer wieder betonte **Chancengleichheit im Wettbewerb der Schularten** gibt es nicht, Frau Fröhlich, sie gibt es nicht, und offensichtlich auch nicht bei den Grünen.

Ich bitte in diesem Zusammenhang alle Kolleginnen und Kollegen, Kenntnis zu nehmen von der Einstellungspraxis für Lehrerinnen und Lehrer. In einer Vorlage für den Eingabenausschuß schreibt die Staatssekretärin im Bildungsministerium:

„Da Frau X. an einer Gesamtschule eingestellt worden ist und nicht an einem Gymnasium, hat sie den Vorteil, sofort einen unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten. Im Gymnasialbereich wird den Angestellten frühestens nach einer

einjährigen befristeten Beschäftigung im Rahmen der verfügbaren Planstellen ein unbefristeter Arbeitsvertrag angeboten.“

So nachzulesen im Eingabenausschuß!

Ist das eigentlich eine Frage für die Gerichte? Ich kann nur hoffen, daß die Lehrerverbände sich bald mit dieser skandalösen Praxis der Ungleichbehandlung befassen werden.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, nachlesen!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber nicht die Praxis!)

- Was ist es dann?

Das rot-grüne Schulprogramm sieht vor: Die Stundentafeln sollen gekürzt werden; wir haben das diskutiert -, die Kursangebote sollen überprüft und gestrafft werden, und der Stundenpool für pädagogische Aufgaben soll reduziert werden, die Klassengrößen sollen erhöht und die Altersermäßigung soll abgebaut werden.

Bevor Sie zu solchen einschneidenden Maßnahmen kommen, muß geprüft werden - ich habe darauf hingewiesen -, ob tatsächlich schon alle Reserven ausgeschöpft sind, um eine **Unterrichtsversorgung ohne Einschränkung** zu gewährleisten.

Mit der Annahme unseres Antrages lassen sich zwei Ziele gleichzeitig erreichen: Eine gemeinsame **gleiche Basis der Lehrerversorgung** für die Schulen des gegliederten Schulwesens und für die Gesamtschulen würde ohne Zweifel zu mehr Gerechtigkeit beitragen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Vor allem aber könnten durch die mit unseren Antrag angestrebte Lösung, nämlich gleiche Unterrichtsverpflichtung für vergleichbare Lehrkräfte - eigentlich eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren - und den Abbau der

Überversorgung an den Gesamtschulen insgesamt 150 Stellen erwirtschaftet werden, Herr Kollege Rossmann,

(Thorsten Geißler [CDU]: Hört, hört!)

die wir an anderer Stelle dringend benötigen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Antrag.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch einen Nachsatz bringen, weil die regierende Mehrheit immer darauf pocht - auch Frau Spoerrendonk unterstreicht das immer -, daß die Gesamtschule sehr viel besser sei. Lassen Sie mich zitieren aus einem Ergebnis der Gesamtschulforschung des Instituts für Soziologie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, das in diesen Tagen auf den Markt gekommen ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sie können auch vieles andere zitieren!)

Professor Lars Clausen sagt zur Krise in der schulischen Situation:

„Die von uns begleiteten Gesamtschulen können hier Lösungswege aufzeigen, die nicht auf den speziellen Schultyp Gesamtschule beschränkt sind, sondern in ähnlicher Weise auch in Schulen des traditionellen Typus bereits durchgeführt werden oder auch auf diese übertragbar sind.“

Bereits durchgeführt werden im gegliederten Schulwesen!

(Zuruf von der SPD: Was sagt das aus?)

Als Vorbild für die Gesamtschulen! Und das kommt vom Soziologischen Institut. Ich finde, Sie sollten wirklich einmal darüber nachdenken, ob Ihre Argumentation heute noch sticht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Franz-Josef Degenhardt sang einmal treffend:

„Spiel nicht mit den Schmuddelkindern; sing nicht ihre Lieder. - Geh doch in die Oberstadt, mach's wie deine - schwarzen - Brüder!“

(Reinhard Sager [CDU]: So hat er das nicht gesagt!)

Das ist die Ideologie der Angelika Volquartz. Der unartige Prügelknabe aus dem Stinkviertel, das uneheliche Mädchen, das sich nicht mit zehn Jahren hat auslesen lassen, wie es eine veraltete Pädagogik empfiehlt,

(Angelika Volquartz [CDU]: Oh, oh! Sagen Sie das auch gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen?)

gehören einer Schulart an, die einerseits alles gleichmacht, andererseits aber als De-Luxe-Schule gleichermaßen diffamiert wird.

(Beifall bei der SPD - Thorsten Geißler [CDU]: Das ist Stand 1968, was Sie da verlesen!)

Unlautere Rechenexempel ohne Erläuterung sollen dies belegen. Da werden steigende Schülerzahlen in Klassen umgerechnet und gleichgesetzt, unabhängig davon, ob bestehende aufzufüllende Klassen zum Beispiel im ländlichen Bereich vorhanden sind oder neu zu bildende Klassen bei aufwachsenden Gesamtschulen. Die prozentuale Volquartz-Rechnung nivelliert die Unterschiede. Grundschüler: für 5 592 mehr Schüler ist = 182 Klassen = plus 3,6 %, Gesamtschüler: für 1 130 mehr = 46 Klassen = 10,5 %. Das sei eine himmelschreende Ungerechtigkeit!

(Angelika Volquartz [CDU]: Das ist doch wahr!)

Für wie dumm halten Sie die Leser oder Hörer, die diesen unzulässigen Vergleich glauben sollen? Das ist ein Billigangebot aus dem Ramschladen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Haben Sie einen neuen Referenten?)

Nun sollen 150 Lehrerstellen aus dem Gesamtschulpool für das sakrosanke dreibeziehungsweise viergliedrige Schulwesen genommen werden. Haupt- und Realschullehrer an Gesamtschulen sollen ihrer Laufbahn entsprechend mehr unterrichten.

Ich erwarte von einer CDU-Kollegin natürlich nicht, daß sie eine alte Gewerkschaftsforderung vertritt: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Das trifft nicht einmal für das viergliedrige Schulwesen zu.

In der Klassenstufe fünf bis zehn unterrichten Hauptschulkollegen mit 27,6 Stunden die schwierigsten Schüler bei geringster Bezahlung. Realschulkollegen unterrichten 26,6 Stunden bei einem durchschnittlichen Verdienst von Landtagsabgeordneten und Gymnasialkollegen 23,6 Stunden bei höchster Besoldung.

Mit dem oft jahrzehntelang vorher absolvierten Studienabschluß ist dies nicht mehr zu begründen.

Nun sollen an den Gesamtschulen die Lehrer mit jetzt 24,6 Stunden für die gleiche Arbeit mit Schülerinnen und Schülern unterschiedlichster Fähigkeiten nicht nur unterschiedlich besoldet werden, sondern auch unterschiedliche Unterrichtsverpflichtungen erfüllen. Das versteht am Arbeitsplatz Gesamtschule nur der ideologisch Bornierte.

(Angelika Volquartz [CDU]: Und wie ist das in den Gesamtschulen mit den Sekundarlehrern?)

Soll dies auch für die Berufsschullehrer gelten, die vom Sonderschüler bis zum Gymnasiasten alle unterrichten?

Ausgeblendet wird, was mißfällt. Die Erfolgsquote an Gesamtschulen: Weniger Wiederholer, weniger Schüler ohne Abschluß, die Übernahme zusätzlicher Integrationsaufgaben wie in Lübeck, Norderstedt und Elmshorn - das erkennt sogar der

Landesrechnungshof an! Sie zitieren ihn aber nur, wenn es Ihnen ideologisch paßt.

Wie kommt es eigentlich, daß bei der Erhebung des Unterrichtsausfalls Gesamtschul- und Sonderschullehrerinnen und -lehrer am häufigsten fehlen? Könnte nicht die besondere Belastung ein Grund sein? Schularten de luxe. Ich lade Sie herzlich ein und kann es gern vermitteln, einmal eine Woche mit an einer Gesamtschule Unterrichtenden mitzulaufen.

Wenn selbst der Niedersächsische Staatsgerichtshof die Gleichwertigkeit der Gesamtschule mit dem gegliederten Schulwesen als verfassungsmäßig feststellt und die Bevorzugung bei der Ausstattung wegen der besonderen Leistung für zulässig erklärt, dürfte die Rechtsprechung aufgeklärter sein als die CDU-Ideologie, die trotz des Verbots der Prügelstrafe auf die Gesamtschulen einschlägt, wo sie nur kann.

(Angelika Volquartz [CDU]: Ach was!)

Zugegeben, die Gesamtschulen sind in bezug auf die Lehrer- und Unterrichtsversorgung erst einmal bessergestellt als die Gymnasien, stehen im Bundesvergleich bei der Klassenfrequenz aber schlechter da. Ich habe vorhin bereits darauf hingewiesen. Dennoch bekenne ich mich dazu, daß auch die Gesamtschulen bei den notwendigen drastischen Sparmaßnahmen die Gürtel enger schnallen müssen. Dies wird bei Ihnen hämische Schadenfreude hervorrufen, bei uns die Klage über die Einsparungen insgesamt.

Unterschiedliche Lehrverpflichtungen an Gesamtschulen lehnen wir ab. Im übrigen bin ich einverstanden, daß wir den Antrag im Bildungsausschuß noch einmal diskutieren. Allerdings glaube ich nicht, daß es der Aufklärung dient. Ich vermute, es ist vergebliche Liebesmüh. Dennoch beantrage ich Überweisung in den Bildungsausschuß.

Lassen Sie mich nun noch einen Satz zu der **Einstellungspraxis** sagen, die angesprochen wurde. Sie gilt für alle Schularten: Dort, wo der Bedarf ist, wird vorrangig eingestellt. Das gilt für alle Schularten, ob es sich um Grundschulen oder um Gesamtschulen handelt. Es ist keine Bevorzugung

einer Schulart, sondern geschieht schulartenspezifisch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen der Abgeordneten Angelika Volquartz [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat nun die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wenn ich in der Oppositionsrolle wäre, würde ich es auch so machen, mir aus dem Eingabenpaket etwas herauszusuchen und zu sagen: Das ist die Praxis. Mit diesen Eingaben muß man sehr sorgfältig umgehen. An geeigneter Stelle werden wir dies sicherlich auch einmal tun und bitten dann möglicherweise auch um Ihre Aufmerksamkeit, wenn wir uns für abgewiesene Asylbewerber einsetzen. Ich sage das nur einmal, damit hier die gleichen Verhältnisse herrschen.

(Zurufe von der CDU)

Tatsächlich ist es so, daß dort, wo eine zentrale **Einstellungspraxis** betrieben wird, Ungerechtigkeiten gar nicht zu vermeiden sind. Wenn wir zur Autonomie der Einzelschule kämen, was wir ja wollen und worauf wir uns zuzubewegen haben, dann würden sich wahrscheinlich auch diese unerfreulichen Geschichten leichter „handeln“ lassen, weil jemand, der sich von sich aus für eine bestimmte Schule bewirbt und dann auch eine Chance hat, dahin zu kommen, wenn der Bedarf gegeben ist, gar keinen Grund mehr hat, dies in irgendeiner Weise als ungerecht zu empfinden, sich zu beschweren oder dergleichen. Es wird vielmehr seine Arbeit an derjenigen Schule tun, für die er sich entschieden hat. Insofern halte ich das, was hier gesagt wird, auch ein bißchen für Geplänkel. Aber gut. Wir wollen uns damit geduldig auseinandersetzen.

Es ist an der Zeit, so meinen wir, die CDU-Fraktion zur Überprüfung ihres Verständnisses von Gerechtigkeit aufzufordern. Obwohl der CDU-Antrag offenbar automatisch wiederkehrend gestellt wird, will ich dies begründen. Es ist aus meiner

Sicht nicht einleuchtend, warum die **Unterrichtsverpflichtung** an den Gesamtschulen der Haupt- und Realschule angeglichen werden soll. Immerhin ist es für die Gesamtschulen charakteristisch, daß sie, entsprechend der unterschiedlichen Lernstärke ihrer Schülerinnen und Schüler, binnendifferenzierend sind, also eine Fachleistungs- sowie eine Wahlpflichtdifferenzierung vornehmen. Zudem sind, wie Sie ja wissen, 14 der 22 Gesamtschulen in unserem Lande Ganztagsschulen. Daraus ergibt sich für die Lehrerinnen und Lehrer eindeutig ein höherer Aufwand gegenüber anderen Schulformen. Da sagt mir mein Gerechtigkeitsempfinden, daß eine niedrigere Unterrichtsverpflichtung die logische Konsequenz sein muß. Sonst würden ja, wie der Volksmund so schön sagt, Äpfel mit Birnen verglichen. Ja, ich gehe sogar so weit zu sagen, daß die 7 % betragende sogenannte Überversorgung der Gesamtschulen im Vergleich zu der dort geleisteten Arbeit wahrscheinlich eher zu gering ausfällt.

Zum Programm für Gesamtschulen gehört etwas, was wir uns für alle Schulen wünschen: **soziales Lernen**. In der Umsetzung ist es sicherlich nicht immer leicht, Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Lernvoraussetzungen und sozialer Hintergründe gemeinsam zu unterrichten. - Später, bei der Diskussion über die Hochbegabtenförderung, kommen wir darauf auch noch einmal zurück. - Dennoch ist es für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft ganz unverzichtbar, den ernsthaften Versuch dazu zu unternehmen. Daß dadurch das sogenannte Schulversagertum begrenzt wird, ist eindeutig belegbar.

Wir können und sollten es uns nicht leisten, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu nehmen, so viel Bildung wie möglich zu erlangen. Das hat nichts damit zu tun, den Haupt- oder Realschulabschluß abzuwerten. Arrogant finde ich es jedoch, wenn diejenigen, denen über die Erlangung des Abiturs deutlich größere Wahlmöglichkeiten im Berufsleben zugestanden werden, die Türen hinter sich zumachen wollen. Ich will mich jedenfalls nicht damit abfinden, daß Kinder nach angeblich objektiven Kriterien wie Intelligenzquotienten frühzeitig in eine Bildungslaufbahn gesteckt werden, aus der sie nur schwer wieder herauskommen können. Machen wir uns doch nichts vor: In einer **Wissensgesellschaft** wie der unsrigen bestimmen die

Bildungszertifikate den **Zugang zu Macht** und Prestige. Unter anderem läßt sich das auch schon an der Bildungskarriere der hier versammelten Abgeordneten belegen. Da ist es doch nicht gerecht, hier allzu frühzeitig die Chancen für bestimmte Menschen zu minimieren. Insofern schließt sich die Argumentationskette.

Mein Gerechtigkeitsempfinden sagt mir, wir sollten die Schule für alle Kinder fördern und die größtmögliche Durchlässigkeit herstellen. Daß wir im Lande inzwischen schon über 22 Gesamtschulen verfügen, zeigt doch, daß viele Eltern dies genauso sehen. Wir plädieren folglich im Koalitionsvertrag für eine weitere Erleichterung bei der Errichtung integrierter Gesamtschulen und werden eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Haben Sie den Geldbeutel auch dabei?)

Zugleich aber muß an der Durchlässigkeit des herkömmlichen Schulwesens weiter gearbeitet werden. Die CDU sollte sich also darauf einstellen, daß es in diesem Lande bildungspolitisch vorangehen wird, und sich der sachlichen Diskussion öffnen, anstatt die alten Schlachten von 1970 zu schlagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es sollte eigentlich den Abgeordneten nicht entgangen sein, daß in einem gegliederten, **differenzierten Schulsystem** keine Sackgassen vorgegeben sind, wenn man eine bestimmte Schulart besucht, sondern es ist möglich, nach einem ersten Abschluß, etwa dem Hauptschulabschluß oder dem Realschulabschluß, wie in einem Baukastensystem - etwa in berufsbezogenen Vollzeitschulen - weitere Bildungsabschlüsse zu erwerben. Deshalb ist es unsinnig, hier überhaupt von einer frühzeitigen Festlegung einer Schullaufbahn zu sprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Präsident Heinz-Werner Arens
übernimmt den Vorsitz)

Aber nun zu dem Antrag! Ich finde es richtig, daß wir den Antrag im Bildungsausschuß eingehend beraten. Es gibt zwei Seiten der Betrachtung, wie es bei politischen Themen so oft der Fall ist. Gegen eine Regelung, wie sie die CDU vorschlägt, wird eingewandt, daß man in ein und demselben Lehrerkollegium Mitglieder hat, für die ein sehr unterschiedlicher Unterrichtsumfang gegeben ist. Das ist für das Innenleben eines solchen Kollegiums - so sage ich einmal - nicht nur zuträglich. Das ist das Argument auf der einen Seite, das man sehr wohl bedenken sollte.

Auf der anderen Seite ist es sicherlich richtig, auch ins Auge zu fassen, daß die **Gymnasiallehrer**, die an **Gesamtschulen** auch im Oberstufenbereich eingesetzt werden, dort einen erhöhten Aufwand bei den Korrekturen und Prüfungen haben, und zwar im Vergleich zur Unter- und Mittelstufe; das wissen wir. Das ist ja auch einer der wichtigen Gründe dafür, daß die Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer insgesamt geringer ist als die der Lehrer anderer Schularten. Deshalb gibt es durchaus auch Gründe, so zu verfahren, wie es Frau Volquartz vorschlägt, nämlich auch hier nach den normalen Unterrichtsverpflichtungen in der jeweiligen Lehrerlaufbahn zu differenzieren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst
Dieter Rossmann [SPD])

Dies sollten wir also noch einmal eingehend, Herr Kollege Rossmann, in allen Aspekten im Bildungsausschuß beraten. Vielleicht finden wir dabei eine einhellige Auffassung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Lieben Kollegen und Kolleginnen! Die bildungspolitischen Schlammschlachten habe ich bereits Ende der letzten Legislaturperiode als Zuschauerin miterlebt. Da waren die CDU-Politiker bei den Abstimmungen über ihre eigenen

bildungspolitischen Anträge teilweise nicht im Plenarsaal anwesend. Es war für sie wichtiger, die Demonstration vor dem Haus zu begrüßen.

(Meinhard Füllner [CDU]:
Bürgernah!)

Ich hatte gehofft, daß diese Zeiten spätestens mit dem Abschluß des Wahlkampfs beendet werden würden.

Die Versorgung an den **Gesamtschulen** statt dessen öffentlich dazu zu mißbrauchen, eine Konkurrenz zwischen dieser Schulform und dem gegliederten Schulwesen zu schüren, ist schlicht unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD)

Die angebliche Überversorgung der Gesamtschulen soll auf das Niveau der Schulen des gegliederten Schulwesens hinuntergefahren werden. Daß die Gesamtschulen in einem absoluten Kontrast zu den bildungspolitischen Idealvorstellungen der CDU stehen, ist hinreichend bekannt.

Die in Ihrem Antrag versteckte Behauptung, Frau Volquartz, die Gesamtschulen würden zuungunsten des gegliederten Schulwesens bevorzugt, ist wenig hilfreich und trägt ebenfalls zur Schaffung von Nebenkriegsschauplätzen bei.

(Angelika Volquartz [CDU]: Aber es sind Tatsachen!)

Der SSW will keinen Ausgleich in der **Unterrichtsversorgung** durch das Stopfen von Löchern, nämlich durch die Umverteilung einzelner Lehrkräfte von hier nach dort. Diesem Vorschlag der CDU können wir uns nicht anschließen. Wir wollen uns vielmehr dafür einsetzen, daß die Mehrheit in diesem Haus zu der Einsicht gelangt, daß wir es uns nicht leisten können, in der Bildungspolitik zu sparen. Wir wollen, daß die Anzahl der **Lehrer** eingestellt wird, die notwendig ist, damit der Bedarf gedeckt wird. Wir wissen, daß das schwierig ist. Wir wissen, daß das nicht einfach alles in diesem Jahr passieren kann.

Seit Jahren stellen wir besorgt fest, daß die Geburtenrate kontinuierlich sinkt. Da sollte es doch Anlaß zum Jubeln sein, daß wir endlich wieder

steigende Schülerzahlen und größere Jahrgänge verzeichnen dürfen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind es diesen Kindern schuldig, uns in verantwortungsvoller Weise um ihre Zukunft zu kümmern. Das tun wir nicht, wenn wir einen Keil in das Verhältnis zwischen gegliedertem Schulwesen und Gesamtschulmodell treiben.

Ich will jetzt nicht noch einmal darauf eingehen, warum wir als SSW gegen das gegliederte Schulwesen sind; ich glaube, das ist hinreichend bekannt.

Lassen Sie uns also endlich damit anfangen, gemeinsam in verantwortungsvoller Weise für die Zukunft unserer Kinder zu arbeiten.

Ich möchte eindringlich an die Damen und Herren von der CDU appellieren, auf die Schaffung von Nebenkriegsschauplätzen zu verzichten. Lassen Sie uns statt dessen unsere Energien bündeln, um gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, unseren Kindern und Jugendlichen, den Erwachsenen von morgen, zu einer besseren Unterrichtsversorgung zu verhelfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich denke, wir werden uns damit abzufinden haben, daß keine Landtagssitzung vergeht, in der es nicht eine neue Strophe zu einem alten Lied gibt, was noch nie ein Schlager war, nämlich über die **Gesamtschule** und über die schulischen Notwendigkeiten, immer vorgetragen von Frau Volquartz.

Da es mich - das habe ich schon häufiger gesagt - langweilt, weil ich Schulsystemdebatten für überholt halte,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

will ich mich darauf konzentrieren, was die Frau Abgeordnete vorschlägt, nämlich die **Lehrkräfte** an Gesamtschulen, die überwiegend dieselbe Arbeit tun, nicht nur weiter ungleich zu bezahlen - denn das tun wir derzeit; wir bezahlen nach Laufbahn und nicht nach Arbeitsplatz -, sondern zu dieser Ungleichheit, die wir ohnehin haben, eine weitere hinzuzufügen, indem Lehrkräfte, die teilweise am selben Arbeitsplatz, mit denselben Klassen arbeiten, darüber hinaus unterschiedliche Unterrichtsvolumina, unterschiedliche Stundenverpflichtungen haben. Hauptschullehrer haben ja 27,6 Stunden, Realschullehrer 26,6 und Gymnasiallehrer 23,6 Stunden zu unterrichten. Es ist derzeit so und muß nach meiner festen Auffassung auch so bleiben, daß an Gesamtschulen 24,6 Stunden unterrichtet werden.

Ich füge ein weiteres Argument hinzu. Man mag nun sagen, man könne noch Ressourcen herausholen, wenn man die zusätzliche Ungleichheit hineinbringt. Dazu sage ich folgendes. Die Gesamtschule hat ein spezifisches Profil, dessentwegen sie von den Eltern gewünscht wird. Es ist immer noch so, daß wir mehr Elternwünsche nach Gesamtschulen haben, als wir befriedigen können. Da gibt es also Nachholbedarf. Der Bedarf ist zwar weitgehend befriedigt, aber es gibt immer noch unbefriedigte Elternwünsche - anders als beim dreigliedrigen System.

Zu diesem Profil der Gesamtschulen gehört, daß die **Schulversagerquote** nachweislich gering ist, daß die **Wiederholerquote** minimiert ist und daß wir eine Steigerung der **höherwertigen Abschlüsse** haben. Das ist nicht nur individuell, sondern auch volkswirtschaftlich ein Gewinn. Dieser volkswirtschaftliche Gewinn hat durchaus seinen Preis. Aber dieser Preis ist im Bundesvergleich niedrig.

Wir können das alles gern noch einmal im Bildungsausschuß diskutieren. Dort können wir vielleicht auch die Frage aufgreifen, ob es personalwirtschaftlich nicht gescheiter wäre, auf die unterschiedliche Bezahlung zu verzichten.

Ich weiß, Frau Volquartz, was Sie mit Ihrem Vorschlag bezwecken.

(Angelika Volquartz [CDU]: Faire Chancengleichheit ist das einzige Ziel!)

Sie wollen wiederum an einem Beispiel darlegen, wie bevorzugt die Gesamtschule sei. Dabei wissen Sie, daß dies nicht der Fall ist. Ich wiederhole: Es geht um unterschiedliche, laufbahnbezogene Bezahlung, aber um die gleichen Unterrichtsverpflichtungen. Wir können uns im Ausschuß darüber unterhalten. Aber ich halte das System, wie wir es gegenwärtig haben, für angemessen und vernünftig.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist nur Ausschußüberweisung beantragt worden. Ich gehe davon aus, daß der Antrag nur an den Bildungsausschuß überwiesen werden soll. - Ich sehe keine Widerspruch. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Überweisung ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Entwicklung der Hochschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/145

Änderungsantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/170 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/174

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Sachdebatte! Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die von der Landesregierung im **Hochschulbereich**

eingeleiteten beziehungsweise angekündigten **Kürzungen** und Personalbewirtschaftungsmaßnahmen bringen in Wissenschaft und Forschung die größten Einschnitte oder - genauer gesagt - die größten Kahlschläge in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein. Es ist deshalb notwendig, daß der Landtag und die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit über die Auswirkungen dieser Maßnahmen in Kenntnis gesetzt werden, bevor sie mit dem Landeshaushalt 1997 unmittelbar oder mittelbar gesetzlich festgelegt werden.

Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion - ich muß das zu meinem Bedauern an die Adresse des Kollegen Weber sagen - will diese Aufklärung dagegen erst nach der **Verabschiedung des Haushalts 1997** gewähren, nach der altbewährten Methode: Tarnen, Täuschen, Vertuschen.

Lieber Jürgen Weber, wenn man schon einen Zeitplan in den Berichtsauftrag einbaut - das kann man ja machen; vielleicht habe ich das vergessen, das gebe ich gern zu -, dann aber doch wohl so, daß die Unterrichtung über die Folgen der Sparpolitik parallel zu den Haushaltsberatungen erfolgt und nicht erst hinterher die Katze aus dem Sack gelassen wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Alles andere wäre in der Tat pure Vernebelung.

Es kommt ein parlamentarisches Kuriosum hinzu, nämlich die Nummer 3 im SPD-Änderungsantrag und die darin enthaltene Aufforderung an die **Landesregierung**, eine **öffentliche Anhörung** mit den Vertretern der Hochschulen durchzuführen.

Bisher war es eigentlich üblich, daß solche Anhörungen zu wichtigen Themen vom Landtag durchgeführt worden sind,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Der Landeshochschulplan!)

der nicht zuletzt als Haushaltsgesetzgeber gefordert ist und nach Artikel 10 der Landesverfassung als oberstes Organ der politischen Willensbildung fungiert.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:
Er entwickelt keinen

Landeshochschulplan! Das ist Gesetz!)

Wenn Kollege Weber den - außerdem noch viel enger gefaßten - Anhörungsauftrag - das kommt noch hinzu - der Regierung übergibt, kommt natürlich endlich auch die lästige parlamentarische Opposition mit ihren unbequemen Fragen nicht mehr zum Zuge. Das ist ja wohl auch Sinn der Sache.

Der rot-grüne Obrigkeitstaat kommt ohne die Mitwirkung solcher Einrichtungen aus, von denen es in Artikel 12 der Landesverfassung heißt, sie seien „ein wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“.

Die Opposition darf Zeitung lesen und sich aus der Presse darüber informieren, was die verehrungswürdige Landesregierung bei ihrer Anhörung so alles gehört hat - oder auch nicht, weil sie nämlich bestimmte Fragen gar nicht erst gestellt hat.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Es ist wohl deutlich geworden, was ich von diesem Änderungsantrag der SPD-Fraktion halte. Es ist der bisherige Tiefpunkt in der Arbeit einer Fraktion, die sich offenbar nur noch als genossenschaftlicher Hofblitzableiter dieser Landesregierung versteht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Am 21. Mai kommentierte die frühere Kultusministerin Marianne Tidick ihren Amtsverzicht im „Hamburger Abendblatt“ mit folgenden Worten:

„Ich fand, ich habe so viel aufgebaut, daß ich mich nicht unbedingt am Abbau beteiligen muß.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wahr!)

Neue Abbauministerin ist nun offensichtlich die in dieser Beziehung einschlägig erfahrene ehemalige Kabinettskollegin von Frau Tidick, nämlich Gisela Böhrk.

Der **AStA** der **Kieler Universität** hat die wesentlichen Punkte, die auf die Universität zukommen, kürzlich in einem offenen Brief an die Abgeordneten zusammengefaßt. Ich verweise darauf, daß auch das Rektorat - ich begrüße Herrn Rektor Hensel hier im Hohen Hause -

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

diese Probleme gegenüber der Öffentlichkeit deutlich gemacht hat. Ich will das kurz zusammenfassen.

Nachdem im rot-grünen **Koalitionsvertrag** - Stichwort: Verdoppelung des „Innovationspools“ - vereinbart worden ist, daß in den nächsten fünf Jahren jeweils 2 % der Stellen in diesen Pool einzubringen sind, steht ein Zehntel aller Stellen der Universität im Laufe der nächsten fünf Jahre zur Disposition. Das heißt, 250 Stellen können nicht mehr für die bisherigen Aufgabenbereiche wiederbesetzt werden. 250 Stellen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Davon fallen 75 Stellen außerdem als kw-Stellen - künftig wegfallende Stellen - ersatzlos weg.

Ohne die Streichung ganzer Studienfächer, das Wegsparen ganzer Institute wird ein solcher Aderlaß nicht abgehen können. Wenn die Regierung bei ihrem Vorhaben bleibt, wird es vermutlich sogar noch mehr Einschnitte geben müssen als diejenigen, die bisher in der Diskussion sind.

Weitere Kürzungen und Beschränkungen für die Hochschule bewirken, daß etwa alle **Gehaltserhöhungen**, die sich aus tarifvertraglichen oder besoldungsrechtlichen Verpflichtungen ergeben, nur durch weitere eigene Einsparungen finanziert werden können. So besteht die Befürchtung, daß bereits Ende dieses Jahrzehnts bis zu 300 nominell vorhandene Stellen gar nicht besetzt werden können, weil der tarifvertraglich oder besoldungsrechtlich bedingte Finanzbedarf aus diesen Mitteln bedient werden muß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Im Klartext heißt das: Viele tragende Säulen der Kieler Universität werden in den kommenden Jahren eingerissen.

In der Debatte über den **Hochschulbericht** der Landesregierung habe ich im vergangenen Jahr gesagt: Was nützen in der Hochschulpolitik ein paar schöne Anbauten - ich habe auf die FH in Heide und die Technische Fakultät hingewiesen -,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die auch gestreckt worden sind aus Bonn!)

wenn unterdessen das Hauptgebäude immer mehr in sich verfällt?

Heute muß ich feststellen: Die rot-grüne Landesregierung geht sogar mit der Abrißbirne an die Hochschulen und den Kernbestand der Institute heran.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie hält wohl nichts von der akademischen Ausbildung!)

Der Hochschul- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein ist in akuter Gefahr, und das, obwohl die Landesregierung selber - noch einmal ein Hinweis auf den Hochschulbericht vom November letzten Jahres - mit einem erheblichen Anstieg der Zahl der **Studienanfänger** rechnet. So sollen es 2005 mehr als 25 % mehr Studienanfänger sein als 1995 - so jedenfalls die Prognose, die Ende letzten Jahres von Frau Tidick hier vorgelegt worden ist.

Wie soll das zusammengehen, weiteres Wachstum der Studentenzahlen auf der einen Seite und gleichzeitige Demontage auf der anderen Seite? - Das bleibt mir ein Rätsel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das erklärt uns Kollege Weber gleich!)

Vielleicht sollte die Regierung darauf doch eine Antwort geben, Kollege Weber, lieber Jürgen, bevor die einschlägigen Sparbeschlüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen gefaßt worden sind.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Oder will sich die SPD-Fraktion lieber mit verschlossenen Augen durch diese Wahlperiode hindurchchauffieren lassen?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Ich finde es besonders bemerkenswert, daß die sozialdemokratischen Sparpläne just in eine Zeit fallen, in der der **Bund** seinen Einsatz für Hochschule und Wissenschaft dankenswerterweise einmal erhöht. Wir haben in der Vergangenheit manche kritische Bemerkung an die Bonner Kollegen richten müssen. Gerade vor wenigen Tagen hat Ministerin Böhrk selber in der Presse bekanntgegeben, daß über das aufgestockte **Hochschulsonderprogramm** bis zum Jahr 2000 zusätzlich 13,2 Millionen DM Mittel vom Bund nach Schleswig-Holstein kommen.

(Angelika Volquartz [CDU]: So ist es!)

Vor wenigen Tagen von Frau Böhrk in der Presse bekanntgegeben! Das war überall nachzulesen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

So wird es SPD und Grünen heute schwerfallen, bei der Kritik, die wir hier vorzutragen haben, immer wieder mit dem Finger nach Bonn zu weisen. Gerade hier - Hochschulsonderprogramm - erfüllt der Bund durchaus seine Verpflichtungen gegenüber den Hochschulen.

Nein, die Verantwortung für das drohende Abbruchunternehmen an den Hochschulen liegt allein bei der Landesregierung. Die Abrißbirne trifft nicht nur die Kieler Universität; auch andere Hochschulen sind massiv betroffen. Ich darf den Rektor der Medizinischen Universität zu Lübeck, Herrn Professor Kühnel, zitieren, der laut Bericht der „Landeszeitung“ vom 14. August von drohenden Kürzungen bis zu einer Höhe von 20 Millionen DM bis zum Jahre 1999 sprach und dann sagte - ich zitiere aus der Zeitung -: „Der Qualitätsstandard der Universität sei so nicht mehr zu halten, zumal die besonders betroffenen vorklinischen Fächer jeweils nur einen Lehrstuhl hätten. Diese Politik führe zur Demontage einer jungen Universität.“

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, auch wenn in den kommenden Jahren viele Professorenstellen frei werden, so ist doch zu erwarten, daß die **Sparauflagen** nur unterproportional - das ist jedenfalls meine Einschätzung - durch Heranziehung solcher Lebenszeitprofessuren werden erfüllt werden können. Das heißt im Umkehrschluß: Für die Erwirtschaftung der Sparauflagen werden überproportional die einer hohen Fluktuation unterliegenden, weil zeitlich befristeten **Mittelbau-Stellen** herangezogen. Das hat mehrere Folgen. Der wissenschaftliche Nachwuchs in diesem Land wird dezimiert. Es kommt zur verstärkten Abwanderung aus Schleswig-Holstein und mittelfristig zu einer bedenklichen Verknappung verfügbarer Nachwuchskräfte für Hochschule und Forschung. Außerdem, meine Damen und Herren, sinkt die **Attraktivität der Hochschulen** des Landes für qualifizierte Lehrstuhlbewerber, weil sie hier eine noch schlechtere Personalausstattung für die Lehrstühle, also weniger Assistentenstellen vorfinden werden, als das schon bisher der Fall ist. Mit anderen Worten: Es gibt dann nicht einmal so etwas wie ein Gesundschrumpfen, bei dem am Ende wenige, aber attraktive Positionen übrigbleiben, sondern am Ende kommt es zu einer allgemeinen Verbreiterung des Elends.

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein, das im Universitätsbereich - anders als bei den Fachhochschulen - nach wie vor eine enorm hohe Studentenexportquote aufweist, wird seine begabtesten jungen Bürger aus dem Land vertreiben, und zwar noch mehr als bisher. Das ist dann ganz gewiß nicht mehr - ich zitiere jetzt - ein Land, das Zukunft atmet. Die Bildungschancen der Studierenden in Schleswig-Holstein werden massiv verschlechtert. Als Hochschul- und Wissenschaftsstandort gerät dieses Land zunehmend ins Abseits.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Klug, Sie erlauben mir noch eine geschäftsleitende Bemerkung? - Wer in Zukunft wen und in welcher Form in diesem Haus begrüßt, das bleibt ausschließlich beim Präsidium. Sind wir da einer Meinung?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, Herr Präsident, sind wir nicht! - Zuruf des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU] - Unruhe)

- Das ist nicht zu diskutieren. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Weber.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir sehen, ob wir das nicht irgendwann diskutieren! So einfach geht das nicht! Wir sind hier nicht in der Schule, Herr Präsident!)

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die F.D.P. hat einen Berichtsantrag vorgelegt. Nach dem Beitrag des Kollegen Klug wundert mich das etwas, weil Herr Klug ja schon weiß, was in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein alles passieren wird. Da wundert es mich, daß Sie überhaupt noch Details nachfragen.

Da ich nur die Hälfte der Zeit habe, möchte ich lediglich auf ein paar Punkte eingehen, aber doch auch ein paar grundsätzliche Bemerkungen machen, die über das hinausgehen, was an konkreten Zahlen bisher vorliegt; denn wir wollen hier ja, denke ich, keine vorgezogene Haushaltsdebatte führen.

Nach Jahren des qualitativen und quantitativen Ausbaus und der Entwicklung des Hochschulwesens in diesem Lande haben wir in der Tat das erste Mal in diesem Jahr - das wird sich im Jahr 1997 verschärfen - eine äußerst schwierige Situation, nämlich die Hochschulen und den ganzen Bereich der Wissenschaft in angemessener Weise an den erforderlichen **Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte** - in diesem Fall des Landeshaushalts - zu beteiligen. Das ist um so schmerzlicher, als die Hochschul- und Wissenschaftspolitik in diesem Lande ja erst vor relativ wenigen Jahren aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht ist.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Für historisch Interessierte kann man das ungefähr auf den Mai 1988 datieren, Kollege Klug.

Ich hatte eigentlich vor, auf den üblichen Textbaustein „unser böser Blick nach **Bonn**“ zu verzichten. Nach deinem Wortbeitrag, Kollege Klug, ist das leider nicht möglich, weil man doch einmal darauf hinweisen muß, daß der Gesamtetat des „Zukunfts“ministers Rüttgers 1997 um 700 Millionen DM schrumpfen wird und daß der Bereich der Projektförderung im Bundeshaushalt um 10,6 % sinken wird, wenn der Haushalt so beschlossen wird, wie er vorgelegt wurde. Auch im Bereich der **Hochschulbauförderung** - das wissen wir - erfüllt der Bund nicht alle Anforderungen, die an ihn gestellt werden.

Ich will es mit diesem kurzen Hinweis dazu bewenden lassen, möchte auch die Frage des Elends und des Kahlschlags hier nicht hin- und herspielen, sondern nur noch ein Beispiel aus dem Beitrag des Kollegen Klug aufgreifen: Schleswig-Holstein - ein Studentenexportland. Das ist so. Das wissen wir. Das ist schon seit 25 oder 30 Jahren so. Ich frage mich nur, wieso sich das verschärfen soll, da wir doch wissen, daß unsere Nachbarbundesländer, über die ich hier gar nichts Schlechtes sagen will, im Hochschulbereich noch viel stärker einschneiden wollen als Schleswig-Holstein - das stellt man fest, wenn man sich die projektierten Zahlen anschaut -, namentlich **Hamburg** und **Niedersachsen**. Angesichts dessen wird sich dieser Exportprozeß sicherlich nicht verstärken, sondern verringern, und angesichts dessen - das gebe ich Ihnen zu - werden sich die Studienbedingungen für die Studenten an allen Hochschulen dieser Republik nicht verbessern, sondern verschlechtern.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wenn hier ganze Fächer nicht mehr existieren, müssen sie ja weg!)

Ich möchte drei Bemerkungen zu den drei Punkten unseres Antrags machen. Es ist in der Tat erforderlich, den Antrag, den die F.D.P. gestellt hat, inhaltlich und zeitlich etwas zu strukturieren. Deswegen unser Änderungsantrag!

Ad 1: Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie schleunigst einen umfassenden **Bericht** über die bisher umgesetzten **Maßnahmen im Hochschulbereich** und über deren konkrete Auswirkungen vorlegt. Was die Nummer 1 des Änderungsantrags der CDU-Fraktion angeht, so können wir den seitens der SPD-Fraktion gern

übernehmen. Das ist vernünftig und akzeptabel. Den können wir in unseren Antrag übernehmen.

Ad 2: Die Hochschulen erarbeiten zur Zeit auf der Grundlage der **globalen Mittelvorgaben** für das Haushaltsjahr 1997 Vorschläge zur Umsetzung. Das hat vor allem dazu geführt, daß in der Christian-Albrechts-Universität - so die öffentliche Wahrnehmung - allerorten Spekulationen über die **Schließung von Instituten**, über die **Abschaffung von Lehrstühlen** und so weiter ins Kraut schießen. Wir nehmen die damit verbundenen Sorgen und auch die Proteste, die erhoben werden, sehr ernst - ebenso wie wir das Prinzip der **Autonomie der Hochschule** sehr ernst nehmen. Gerade deswegen halten wir es für geboten, diesen Prozeß der Überlegung, der Planung und der Entwicklung von Vorstellungen an den Hochschulen abzuwarten und zu betrachten, um dann zu bewerten und zu Entscheidungen zu kommen und schließlich ins Gespräch darüber einzutreten. Das entbindet uns - Regierung und Parlament - nicht davon - das unterstreiche ich in aller Deutlichkeit -, parallel dazu Vorstellungen zu entwickeln, um gesprächsfähig zu bleiben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das ist genau das, was wir in unserem Berichtsantrag verlangen und was wir der Landesregierung mit auf den Weg geben.

Ad 3: Es wäre eine Illusion zu glauben, mit den erforderlichen Sparmaßnahmen im Haushalt 1997 wären wir alle unsere finanziellen Sorgen los. Deswegen ist es gerade für den Hochschulbereich dringend geboten, über schmerzliche Eingriffe im nächsten Jahr hinaus so schnell wie möglich auch eine angepaßte Hochschulplanung zu entwickeln. Wir erwarten daher von der Landesregierung, daß sie die **Fortschreibung des Landeshochschulplans** in Angriff nimmt und im Rahmen einer öffentlichen Anhörung auf ein breites Fundament stellt.

Ich weise darauf hin, Kollege Klug - im Gegensatz zu mir bist du ja sozusagen ein alter Parlamentshase -, daß es auch bei der Entwicklung des jetzigen Landeshochschulplans eine Vorlage des Ministeriums gegeben hat, die, soweit ich weiß, ohne Anhörung geblieben ist. Dem Bildungsausschuß ist es aber vollständig

unbenommen - vollständig unbenommen! -, sich mit dieser Entwicklungsplanung zusätzlich zu befassen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie einen Plan vorlegt, über den dann diskutiert werden kann. Aus dieser Pflicht möchte ich die Regierung nicht entlassen. Deswegen steht das so in unserem Antrag.

Kolleginnen und Kollegen, weil wir heute nicht in concreto über Haushaltzahlen diskutieren können, weil sie uns eben noch gar nicht vorliegen, möchte ich zur **Entwicklung des Hochschulbereichs** fünf grundsätzliche Bemerkungen machen, die mir wichtig sind.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Weber, ich muß Sie bitten, das in gedrängter Form zu tun!

Jürgen Weber [SPD]:

Das tue ich in äußerst gedrängter Form.

Erstens. Aus den Hochschulen, von Studenten, Rektoren, überhaupt aus dem Bereich des Lehrkörpers ist grundsätzliche Einsicht in die Erfordernis des Sparsen formuliert worden. Sehr konstruktiv, finde ich - mit wenigen Ausnahmen -, werden Vorschläge erarbeitet. Dem möchte ich ausdrücklich den Respekt unserer Fraktion zollen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Zweitens. Ich weise darauf hin - ich mache es ganz kurz -, daß wir bei den Entwicklungen die Differenziertheit und die Besonderheiten des Hochschulsystems in der öffentlichen Landschaft zu begutachten und zu bewerten haben.

Drittens. Das Prinzip der Autonomie der Hochschule dürfen wir in diesem komplizierten Geflecht der Sparmaßnahmen nicht über Bord werfen.

Viertens. Wir müssen besonderes Augenmerk auf die Perspektiven des wissenschaftlichen Nachwuchses richten und dürfen nicht der Gefahr erliegen, die erforderlichen Stellenkürzungen überwiegend dort vorzunehmen.

Fünftens.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Weber, jetzt beenden Sie bitte Ihre Rede!

Jürgen Weber [SPD]:

Allerletzter Satz - Pardon, Herr Präsident!

Ich erwarte, daß in dieser Gesellschaft ein neuer Dialog über Bedeutung und Stellenwert des Hochschul- und Wissenschaftsbereichs angestoßen wird, damit wir zukünftig auch einmal über die Privilegierung desselben in öffentlichen Haushalten reden können. Das ist die Diskussion von morgen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Hochschulstandort Schleswig-Holstein ist in den vergangenen Monaten verstärkt in die Negativschlagzeilen geraten. Schuld daran ist eine Koalitionsvereinbarung, in der zwar auf der einen Seite in wohlklingenden, gleichwohl aber nichtssagenden Formulierungen die Bedeutung der Hochschulen für die Zukunft unseres Landes hervorgehoben wird, in der aber auf der anderen Seite den Hochschulen Sparauflagen erteilt werden, ohne daß auch nur im Ansatz erkennbar ist, wie diese Landesregierung unter den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen die Funktionsfähigkeit der Hochschulen und damit die Attraktivität des **Hochschulstandorts Schleswig-Holstein** sicherstellen will.

Wenn nicht nur die Landesrektorenkonferenz diesen Koalitionsvertrag scharf kritisiert, dann ist das nicht nur der übliche Protest, der jede Sparmaßnahme begleitet. Vielmehr haben sich die Hochschulen ausdrücklich zu ihrer Verantwortung bekannt, strukturelle Veränderungen, die aus wissenschafts-, bildungs- und forschungspolitischen Gründen geboten erscheinen, mit Nachdruck weiterzuverfolgen, und seit mehr als zehn Jahren finden diese strukturellen Veränderungen auch statt.

Ich nenne hier nur das Beispiel **Geomar**. Aus diesen Protesten spricht vielmehr die Sorge, daß diese Landesregierung zwar haushaltspolitische Vorgaben macht, im übrigen aber über kein Konzept verfügt, wie die Hochschulen die vor ihnen liegenden Herausforderungen bei dem prognostizierten Anstieg der Studienanfänger - in den nächsten Jahren um zirka 30 % - bewältigen sollen.

Ich habe es daher als besonders bemerkenswert empfunden, daß Frau Tidick - und Herr Kollege Klug hat ja Frau Tidick schon in anderem Zusammenhang zitiert - die Koalitionsvereinbarung in einem Aufsatz für die Zeitschrift „Die Zeit“ vom 24. Mai 1996 zutreffend kommentiert hat. Sie hat dort wörtlich ausgeführt:

„Die Grünen haben in den Koalitionsvereinbarungen in Schleswig-Holstein bewiesen, daß ihnen das Anliegen von Hochschulen und Forschung schnurzegal ist. Sie haben nicht verstanden, daß morgen nur Geld verdient werden kann, wenn heute qualifiziert wird, wenn gedacht und geforscht wird, wenn Technologietransfer erfolgt.“

Meine Damen und Herren der grünen Fraktion, das haben Sie in der Tat bis heute nicht begriffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir begrüßen daher den Antrag der Fraktion der F.D.P., in dem die Landesregierung aufgefordert wird, dem Landtag einen **Bericht** über die **Auswirkungen** laufender und geplanter **Sparmaßnahmen** und **personeller Auflagen** auf die Hochschulen des Landes vorzulegen. Es ist dringend erforderlich, daß die Hochschulen dieses Landes endlich verlässliche Aussagen über die künftige Hochschulpolitik dieser Landesregierung erhalten.

Gestatten Sie mir jetzt einige Anmerkungen zum Änderungsantrag der SPD. Es ist ja durchaus anerkennenswert, daß nun auch die SPD-Mehrheitsfraktion endlich die Landesregierung drängt, eine Konzeption zur künftigen **Entwicklung** der Hochschulen in Schleswig-Holstein vorzulegen. Aber der von Ihnen dazu eingeschlagene und vorgesehene Weg ist doch nichts anderes als eine absurde Verschiebung der Verantwortlichkeiten. Sie wollen die Landesregierung auffordern, nach der

Verabschiedung des Landshaushalts 1997 durch den Landtag über die Auswirkungen der Haushaltsbeschlüsse auf die finanzielle und personelle Situation der Hochschulen zu berichten.

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie zusammen mit der Vorlage des Haushaltsentwurfes für das Jahr 1997 diesem Landtag berichtet, welche Auswirkungen eine Annahme des Haushaltsentwurfes durch den Landtag auf die finanzielle und personelle Situation der Hochschulen haben wird. Einen Bericht erst dann abzufordern, wenn Fakten geschaffen worden sind, macht nur dann Sinn, wenn man sich um eine inhaltliche Debatte im Entscheidungsstadium herumdrücken will, und genau das wollen wir nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Opposition dieses Hauses - CDU und F.D.P. - hat die Landesregierung wiederholt aufgefordert, endlich eine **Fortschreibung des Landeshochschulplanes** von 1991 zu erarbeiten und diesem Landtag vorzulegen; denn der bestehende Landeshochschulplan von 1991 ist - wir wissen es alle - mittlerweile ja in weiten Teilen Makulatur. Die Landesregierung hat trotz aller Aufforderungen nicht gehandelt, und so sieht sich heute nun immerhin auch die SPD-Fraktion veranlaßt, endlich auf die Vorbereitung einer solchen Fortschreibung des Landeshochschulplanes zu drängen. Aber über das Vorbereitungsstadium müßte diese Landesregierung eigentlich längst hinausgekommen sein. Zeit dazu war wirklich genug.

Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine solche Fortschreibung des Landeshochschulplanes noch in der Dezember-Tagung dieses Landtags dem Hohen Hause vorzulegen; denn die Zeit drängt. Der Hochschulstandort Schleswig-Holstein steht in Konkurrenz zu anderen Hochschulstandorten im In- und Ausland. Dieser Wettbewerb beinhaltet auch Chancen, die aber nur dann genutzt werden können, wenn eine klare und verlässliche Hochschulplanung seitens der Landesregierung vorgelegt wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir werden nicht allen Wünschen der Hochschulen nachkommen können und nicht allen Wünschen der Lehrstuhlinhaber Rechnung tragen können. Aber ebenso klar muß uns sein: Wenn eine verlässliche Hochschulplanung in diesem Lande weiterhin nicht vorliegt, dann werden qualifizierte Wissenschaftler dieses Land verlassen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben sie bisher schon!)

dann wird es in Zukunft nicht gelingen, vakante Lehrstühle mit qualifizierten Bewerbern zu besetzen, und dann ist in der Tat die Zukunft des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein in großer Gefahr.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir, CDU und F.D.P., wollen noch in diesem Jahr in eine umfangreiche inhaltliche Diskussion über die Sicherung der Zukunft unserer Hochschulen in diesem Hause eintreten. Deshalb fordere ich Sie auf: Stimmen Sie den Anträgen von F.D.P. und CDU zu. Dann ermöglichen Sie eine solche Debatte, und dann können wir über die Inhalte streiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Geißler, die Schwarzmalerei wird Ihnen nicht viel nützen und auch nicht der Umstand, daß Sie sich auf die Worte einer scheidenden Ministerin berufen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einer ausgeschiedenen!)

Sie werden im Laufe der Zeit schon merken, daß hinter der grünen Bildungspolitik auch hochschulpolitische Kompetenz steckt und durchaus das Wissen darum, daß dieses Land seinen wichtigsten Rohstoff darin hat, Wissen zu vermitteln und Forschung zu betreiben. Ich sage jetzt nichts über die zu erwartende oder vermutete Coolness einer, unter welchen Umständen auch

immer, scheidenden Ministerin. Sie sollten mit solchen Zitaten etwas vorsichtiger sein.

Wer den Studenten die **Lasten des Hochschulbaus** aufbürdet in Form von Studiengebühren oder in Form von Verzinsung der Darlehen, ist nach meinem Dafürhalten nicht sehr glaubwürdig

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

beim Malen von Horrorgemälden von angeblichem rot-grünen Bildungsabbau und Abrißbirnen, wie dies CDU und F.D.P. hier getan haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie den Sozialdemokraten sagen! - Angelika Volquartz [CDU]: Kennen Sie Herrn Glotz?)

„Die Sicherung der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung ist eine Schwerpunktaufgabe der Landesregierung.“ So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag, und für die Umsetzung dieser Festlegung treten wir ein. Ebenso wie in der Schulpolitik gilt es hier, unter erschwerten Finanzbedingungen zu beweisen, daß die notwendige **Weiterentwicklung** der Hochschulen gelingen kann.

Ich will aber an die Adresse der Opposition, die sich hier als Anwältin großzügiger Bildungsfinanzierung präsentiert, sagen: Wie wäre es, wenn Sie einmal auf Ihren Bonner Minister Rüttgers einwirken würden, statt hier Fensterreden zu halten?

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt leiden die Länder doch darunter, daß in Bonn jemand für die Zukunft zuständig ist, der zu jeder Kürzung der Hochschulausgaben bisher noch mit dem Kopf genickt hat. Statt sich mit den starken Ressorts für Verkehr oder Verteidigung politisch über eine neue Prioritätensetzung zu streiten, verfällt er auf die schamlose Idee, die **BAföG**-Empfängerinnen und -Empfänger zu schröpfen, um Hochschulbaumaßnahmen zu finanzieren. Eine solche Politik ist weder sozial gerecht, noch ist sie zukunftsträchtig, und mit Hochschulpolitik, die nach vorn weist, hat das auch nichts zu tun. Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition,

Ihrem Bonner Kollegen dieses deutlich machen könnten, wäre dem Lande sicherlich geholfen.

Insgesamt wäre es wünschenswert, wenn hierzulande nicht nur vom vielzitierten Wirtschaftsstandort, sondern auch vom Wissenschaftsstandort Deutschland gesprochen würde. Bildung - das sollte uns allen klar sein - ist unser wichtigster Rohstoff; über einen anderen verfügen wir auch gar nicht. Sie ist das Fundament unserer Gesellschaft, die auch als Informationsgesellschaft bezeichnet werden kann. Dieses Fundament muß geschützt und gepflegt und dort nicht unterhöhlt werden, auch nicht, indem man die Studierenden angreift.

Die öffentliche Finanzlage gebietet es, in den Institutionen unseres Bildungssystems effizienter zu arbeiten. Ein schlichtes „Weiter so“ kann es hier nicht geben. Gerade im deutschen Hochschulsystem ist der Reformbedarf groß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist alles ohne Inhalt!)

Deutschland leistet sich ein Hochschulsystem mit einer unglaublich verknöcherten Personalstruktur und starrer Hierarchie. Die Schwierigkeiten, **Frauenförderung** an den Hochschulen erfolgreich umzusetzen, sprechen hierüber Bände, und das ist nur ein Beispiel. Deshalb muß der Druck der Bundesländer in Richtung auf eine zeitgemäße, aufgabengerechte Struktur wachsen. Obrigkeitsstaatliche Überbleibsel gehören beseitigt. Unverständlich ist zum Beispiel analog zu den Lehrerinnen und Lehrern, warum Professorinnen und Professoren Staatsbeamte sein müssen. Auch hier brauchen wir eine bundesweite Reform. Initiativen in diese Richtung zu ergreifen wird eine Aufgabe der rot-grünen Landesregierung sein.

Nun zu dem Antrag von Herrn Klug. Derzeit werden von uns zahlreiche Gespräche mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen geführt. Immer wieder wird die Sorge geäußert, es könne etwa an der Universität Kiel zur Schließung ganzer Studiengänge kommen. Fakt ist, daß in den Hochschulen weniger eingespart wird als in anderen Bereichen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Fröhlich, entschuldigen Sie! Ich möchte noch einmal daran erinnern, daß der Lärmpegel unangemessen hoch ist.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das finde ich auch; danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zugleich muß man aber auch immer wieder betonen, daß wir in diesem Land nur über eine Volluniversität verfügen, mit der wir sehr sorgsam umgehen müssen. Wir werden uns also der Mühe unterziehen müssen, genau zu prüfen, wo unseres Erachtens Doppelungen im Studienangebot des Landes vorliegen, wie effizienter gewirtschaftet werden kann und welche der vorgesehenen Ausbaumaßnahmen gestreckt werden müssen. Die Hochschulen selbst haben dabei die Aufgabe, die Politik in die Lage zu versetzen, dies sachgerecht zu tun.

Ich komme jetzt - weil hier schon die roten Lampen leuchten - zu dem Änderungsantrag der SPD.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P. -
Zuruf: Ja, rote Lampen - SPD! -
Holger Astrup [SPD]: Nun, schwarze Lampen gibt es nicht!)

Wir verstehen den ersten Absatz des Antrags so, daß vor der Entscheidung über konkrete Sparmaßnahmen der Bericht, von dem hier die Rede ist, erstattet wird.

Wir wollen, daß es diesen Bericht eben vor den Entscheidungen über konkrete Sparmaßnahmen gibt. So verstehen wir den Absatz 1 des vorliegenden Änderungsantrags der SPD.

Dem ersten Satz des Änderungsantrags der Fraktion der CDU können auch wir zustimmen, dem zweiten Satz allerdings nicht. Ich kann nicht verstehen, wie jemand, der sich anheischig macht, Hochschulpolitik verantwortlich zu gestalten, im Galopp einen Plan erstellen und dabei auch noch die Betroffenen beteiligen will. Das kann in der Kürze der Zeit so ganz sicher nicht gelingen. Solchen

Halbheiten würden wir auch niemals unsere Stimme geben.

Wir wollen keine Eiertänze;

(Lachen und Beifall bei CDU und F.D.P.)

wir wollen aber einen ausgewogenen Dialog mit der Hochschule und mit den Betroffenen der Sparvorschläge, die unumgänglich sind. Sie haben dazu keine Alternativen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alternativen zu den Eiertänzen?)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerrendonk.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Doch, Frau Spoerrendonk hat dazu eine Alternative! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das höre ich mir jetzt auch noch an!)

Anke Spoerrendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es ist nicht einmal dramatisch zu behaupten, daß es an den Hochschulen in unserem Land „fünf vor zwölf“ ist. Wir sollten uns in dieser Debatte bemühen, nichts schöngereden. Das ist ja auch schon deutlich geworden.

Aufgrund der in den letzten Jahren vorgenommenen massiven Einsparungen sind die Zustände an den Hochschulen in mehrfacher Hinsicht kritisch. Die Hörsäle bersten - doch das tun sie im gesamten Bundesgebiet. Die Einstellung von **Hochschullehrern** erfolgt nirgends bedarfsorientiert. Deshalb müssen immer mehr Studenten immer dichter in immer größer werdenden Hörsälen zusammenrücken.

Einerseits wird von den Studenten verlangt, daß sie schnell fertig werden sollen, andererseits müssen sie teilweise mehrere Semester lang auf Pflichtveranstaltungen warten, weil solche schlicht nicht angeboten werden.

Im Unterschied zu der Situation in vielen anderen Bundesländern herrschen in Schleswig-Holstein in bestimmten Bereichen aber besonders schlechte Bedingungen. Ich denke dabei zum Beispiel an die noch schlechtere Personalausstattung, die unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß wir Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer in Teilbereichen anders behandeln als die anderen Länder. Ein Punkt, der in diesem Zusammenhang vor gar nicht allzu langer Zeit hier im Hause diskutiert wurde, war die Frage der Umzugsvergütung für Hochschullehrer - zugegeben, eine Lappalie, wie man meinen möchte, aber wer will beurteilen, ob nicht Entscheidungen vielleicht auch danach getroffen werden, ob bestimmte Kosten durch den Arbeitgeber getragen werden!

Ich denke vor allem auch an die schlechten Bedingungen hinsichtlich der Lehrmittel. Hier wird viel zuviel gespart. In vielen Fachbereichen sind massive Probleme gegeben, wenn es darum geht, an die entsprechende Fachliteratur zu gelangen. Bestimmte Lehrbücher oder Fachzeitschriften sind einfach nicht zu erhalten, oder man muß wochenlang auf die Lieferung über Bibliotheken anderer Bundesländer warten.

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn unsere Studenten die Konsequenzen aus diesen Mißständen ziehen. Wen wundert es, wenn unsere Universitäten immer leerer werden, weil die Studierenden auswandern? Was hält sie hier, wenn es an den Universitäten anderer Bundesländer besser klappt - vielleicht viel besser, aber vielleicht auch nur ein bißchen?

Angesichts der Lage an unserer Hochschulen begrüßt der SSW den Antrag der Fraktion der F.D.P. zur Entwicklung der Hochschulen. Wir haben bereits anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung gesagt, daß nach Auffassung des SSW in bestimmten Bereichen nicht gespart werden darf. Unsere große Sorge gilt dem Ausbildungsbereich insgesamt, also auch den Hochschulen. Wir müssen endlich einen Mindeststandard garantieren; sonst wird uns der volkswirtschaftliche Schaden eines schlechten Bildungswesens in Deutschland vor schreckliche Konsequenzen stellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir brauchen für die Haushaltsberatungen zuverlässiges Material, um handeln zu können. Der SPD-Änderungsantrag läuft aber darauf hinaus, daß erst nach der Verabschiedung des Landeshaushalts 1997 berichtet werden soll. Das ist nach unserer Meinung zu spät, wenn wir noch Änderungen vornehmen wollen. Deshalb können wir den Änderungsantrag der SPD nicht unterstützen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Sehr gut!)

Was den CDU-Änderungsantrag angeht, so haben wir nichts dagegen einzuwenden, daß der Berichtsantrag um den entsprechenden Komplex ergänzt wird. Allerdings haben wir hinsichtlich der Aktualisierung des Landeshochschulplans Bedenken.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoerendonk, entschuldigen Sie! Darf ich um etwas mehr Ruhe in den hinteren Reihen der SPD-Fraktion bitten?

Anke Spoerendonk [SSW]:

Also, ich war dabei - für die hintere Reihe der SPD-Fraktion sage ich das jetzt -, etwas zu dem CDU-Änderungsantrag zu sagen. Wir haben Bedenken hinsichtlich der Aktualisierung des **Landeshochschulplans**, was den Zeitpunkt seiner Vorlage betrifft.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir meinen, daß der zeitliche Rahmen möglicherweise zu eng gesetzt ist und sich dies auf die Qualität des Hochschulplans auswirken könnte. Wenn wir uns aber auf einen späteren Zeitpunkt als die Dezember-Tagung einigen können, ist der SSW auch gern bereit, diesen Änderungsantrag zu unterstützen. Ich meine, diese Frage müßte im Bildungsausschuß zu klären sein.

Wir werden also den F.D.P.-Antrag mittragen und auch den CDU-Änderungsantrag unterstützen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Im Bericht der Landesregierung zur Hochschulentwicklung in Schleswig-Holstein vom November des letzten Jahres heißt es unter „Zwischenbilanz und Perspektiven“:

„Die Leistungsfähigkeit des gesamten Wissenschaftsbereichs in Schleswig-Holstein weiter zu stärken und auszubauen ist und bleibt ein zentrales politisches Ziel der Landesregierung. Die Zukunftsentwicklung und Zukunftssicherung Schleswig-Holsteins hängt entscheidend davon ab, daß unsere Hochschulen in Lehre, Forschung und Wissenstransfer auf die vielfältigen und drängenden Herausforderungen, denen Gesellschaft und Wirtschaft gegenüberstehen, eingehen und Lösungen beitragen.“

Dies wird auch weiterhin Handlungsmaxime der Landesregierung bleiben, auch unter den dauerhaft verschärften finanziellen Bedingungen.

Die Umsetzung des Landeshochschulplans von 1991 mit seinen Zielen, seinen Perspektiven und Handlungsmaßnahmen ist eine große Leistung.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem **Ausbau** der ingenieurwissenschaftlichen **Lehr- und Forschungskapazitäten** an den Universitäten Kiel und Lübeck, mit dem Aufbau der Fachhochschulen - insbesondere durch die Neugründung der Fachhochschule Westküste - und durch die Neustrukturierung und Profilierung der ehemaligen Pädagogischen Hochschulen in Kiel und Flensburg hat die Landesregierung - das darf nicht in Vergessenheit geraten - nach langen Jahren des Stillstands, nach langen Jahren des Stillstands in einer Zeit, in der die Finanzlage insgesamt auf der Bundes- und Landesebene noch günstiger war, nach langen Jahren des Stillstands in den siebziger Jahren unter der CDU-Regierung bis in die achtziger Jahre hinein mit dem Jahr 1988 eine neue

Qualität und eine neue Dynamik in die Hochschulentwicklung gebracht.

(Beifall bei der SPD)

Gebremst hat diese Dynamik - und dies darf ebenfalls nicht vergessen werden - die Bundesregierung; sie hat zwar stereotyp Lippenbekenntnisse zum Wissenschaftsstandort Deutschland abgelegt, aber die notwendigen Mittel - die gerade für Schleswig-Holstein notwendigen Mittel - für den Hochschulausbau hat sie verweigert.

Wir sehen jetzt, daß eine Entwicklung eingetreten ist, die die finanziellen Rahmenbedingungen für die Hochschulentwicklung grundlegend ändert: Steuerausfälle, die durch die konjunkturelle und strukturelle Krise der Wirtschaft bedingt sind, und auch die erforderliche Einhaltung der Rahmendaten des Maastricht-Abkommens zwingen alle Länder und den Bund zu Einschnitten in den öffentlichen Haushalten.

Dieser Kelch kann an niemandem vorbeigehen. Die Sparzwänge werden auch vor den Toren unserer Hochschulen nicht haltmachen. Ich bitte darum, die Diskussion über die Hochschulen im Lande nicht provinziell zu führen, als sei Schleswig-Holstein eine Insel in einem Meer, mit dem es sonst nichts zu tun habe. Alle Länder, unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Regierungen, haben umfangreiche **Sparmaßnahmen** in den Hochschulen eingeleitet. Das betrifft nicht nur die vorhin schon genannten, auch die reiche Südschiene, Bayern und Baden-Württemberg, bleibt nicht verschont.

Die Planungen des Finanzministers sehen vor - das haben wir den Hochschulen mitgeteilt -, die Etats der Hochschulen um etwa 3 % gegenüber den Haushaltssansätzen 1996 zu kürzen. Die Rektorate aller Hochschulen wurden hierüber eingehend informiert und aufgefordert, entsprechende Vorschläge zur Umsetzung auszuarbeiten. Die Hochschulleitungen sind sich über den Ernst der Lage bewußt und haben ihre Kooperationsbereitschaft bekundet. Darüber hinaus wurde mit den Rektoren auch die mittelfristige Entwicklung des Landeshaushalts erörtert, um den Hochschulen verlässliche Planungssicherheit zu gewähren. Die **Planungssicherheit** ist die Grundlage für die zu erarbeitenden strukturellen

Konzentrationen und Umschichtungen im Hochschulbereich, die wiederum die Essenz für die Fortentwicklung des **Hochschulplanes** sind.

Wir wollen die Schwierigkeiten der Hochschulen auch dadurch erleichtern, daß wir die Flexibilisierung der Hochschulhaushalte erweitern. Die Auswirkungen der mittelfristigen Finanzentwicklung auf die Hochschulen ist noch nicht übersehbar. Sie wird in enger Abstimmung mit den Hochschulen diskutiert werden.

Ich werde gern kurzfristig einen **Bericht über die Sparmaßnahmen** in den Hochschulen im laufenden Haushaltsjahr vorlegen. Eine Auskunft über die globalen Minderausgaben 1996 wurde auf Antrag des Kollegen Dr. Klug bereits erteilt. Sobald die dafür erforderlichen Unterlagen vorliegen - das betrifft auch die mittelfristigen strukturellen Auswirkungen -, werde ich dem Landtag über die Auswirkungen der Sparbeschlüsse berichten. Hierzu finden bereits jetzt intensive Gespräche mit den Hochschulleitungen statt. Ich werde außerdem eine Fortschreibung des Landeshochschulplanes von 1991 bis Ende 1997 vorlegen, die die veränderten finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen berücksichtigt.

Herr Kollege Geißler, das wird seriös und in dem erforderlichen Abstimmungsverfahren nicht in kürzester Frist möglich sein, aber bis zum Frühjahr, Frühsommer des nächsten Jahres werden wir das wohl geschafft haben beziehungsweise schaffen müssen. Denn mir ist durchaus bewußt, daß die Sparauflagen zu schmerzhaften Einschnitten in der Hochschullandschaft führen werden. Es wird manche Planung, in die viel Arbeit und Mühe gesteckt worden ist, korrigiert werden müssen. Ich sehe aber auch eine Chance, daß die allzu gemächliche Hochschulreform, die wir ja alle wollen, nun beschleunigt in Bewegung kommt. In der anlaufenden Hochschuldebatte - das Thema wird und muß uns auch weiterhin intensiv beschäftigen - müssen wir zu einem Paradigmenwechsel in weiten Bereichen der Hochschullehre, der Forschung, der Organisation und des Finanzsystems in den Hochschulen kommen.

Was an struktureller Entwicklung vor uns liegt, hat durchaus nicht nur etwas mit den finanziellen Gegebenheiten zu tun, sondern auch mit den Anforderungen, mit dem, was unter dem Stichwort

„Globalisierung der Wirtschaft“ diskutiert wird. Wenn wir als Land Schleswig-Holstein und als Bundesrepublik konkurrenz- und wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir uns den veränderten Anforderungen stellen. Die Hochschulen müssen sich - sie wissen das, und sie sind auf dem Wege, das zu diskutieren - neu orientieren. Sie müssen sicher auch auf manch liebgewonnenes Privileg verzichten und manche Tradition abbauen.

(Glocke des Präsidenten - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sind bestehende Institute Tradition oder was sonst?)

Nur so können sie die großen Herausforderungen an eine global handelnde und verantwortlich handelnde Informationsgesellschaft meistern. Wir sehen diese Veränderungen bereits in der Wirtschaft. Wir haben in Diskussionen mit den Hochschulen festgestellt, daß die Notwendigkeit auch dort gesehen wird. Wir werden in aller Offenheit und mit dem gebotenen Ernst gemeinsam mit den Hochschulen über die Ziele und Wege zu diskutieren haben.

Mir ist klar, daß der Prozeß der Zielfindung rasch geschehen muß. Sonst verlieren wir etwas, was manche Pessimisten und Pessimistinnen schon als Fakt sehen: Wir verlieren den Hochschulstandort Deutschland im internationalen Wettbewerb. Das können wir vor der Gesellschaft und insbesondere vor der heranwachsenden Generation nicht verantworten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich habe keine weiteren Wortmeldungen zu verzeichnen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Ausschußüberweisung ist nicht beantragt worden; ich lasse also in der Sache abstimmen. Die Fraktionen haben sich hinsichtlich der Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU verständigt. Das hat zu einer handschriftlichen Formulierung geführt, die ich allerdings nicht zur Abstimmung stellen werde, damit die Abstimmung nicht noch unübersichtlicher wird. Ich werde vielmehr über die beiden Abschnitte des CDU-Antrages einzeln abstimmen lassen, dann eine Gesamtabstimmung durchführen, dann den Änderungsantrag der Fraktion der SPD

sowie schließlich den Ursprungsantrag der F.D.P. abstimmen lassen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Zunächst zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/174! Wer Nummer 1 des Änderungsantrages seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Nummer 1 des CDU-Antrages ist einstimmig angenommen.

Wer Nummer 2 der Drucksache 14/174 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Nummer 2 ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Den so geänderten Änderungsantrag der CDU, also Nummer 1, stelle ich nun zur Abstimmung. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Nun stelle ich den Änderungsantrag der SPD, Drucksache 14/170 (neu) insgesamt zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag der SPD ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Sicherheitshalber stelle ich schließlich den Ursprungsantrag der F.D.P. zur Abstimmung. Wer dem Ursprungsantrag der F.D.P. zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Damit schließen wir Tagesordnungspunkt 10 ab.

Einen weiteren ordentlichen Tagesordnungspunkt kann ich aus Zeitgründen wohl nicht mehr aufrufen, ich rufe daher jetzt die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache auf.

(Widerspruch)

- Es wird energisch und massiv interveniert; also werde ich mich dem fügen.

Wir werden um 15.00 Uhr in der Reihenfolge der Tagesordnung fortfahren. Ich wünsche allen eine gute Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 12.59 bis 15.03 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Wir begrüßen auf der Tribüne Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen aus Eutin und Mitglieder der Volkshochschule Husum. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, möchte ich noch folgendes anmerken. In der gestrigen Vormittagssitzung ist mir eine Ordnungsverletzung entgangen. In einem solchen Fall sieht § 66 der Geschäftsordnung die Möglichkeit einer nachträglichen Rüge in der nächsten Sitzung vor. Die Abgeordnete Frau Dr. Happach-Kasan hat nach Aussage des mir vorliegenden vorläufigen stenographischen Berichts auf einen Zwischenruf des Abgeordneten Nabel geantwortet:

„Ein bißchen Arroganz muß man Ihnen gegenüber schon haben, sonst merken Sie nicht, daß Sie dumm sind!“

Frau Abgeordnete, wegen dieser Ordnungsverletzung muß ich Ihnen nachträglich eine Rüge erteilen. Ich muß aber auch anmerken, daß eine Äußerung des Abgeordneten Nabel vorausgegangen war - das will ich in Erinnerung rufen -, in der er in bezug auf ein Mitglied der F.D.P.-Fraktion, andeutungsweise an die Landtagsbesucher gerichtet, den Vorwurf der Befangenheit in den Raum gestellt hatte. Obwohl darin keine Ordnungsverletzung im formellen Sinn zu sehen ist, entspricht auch dieses Verhalten nicht den Umgangsformen, die Parlamentarier untereinander pflegen sollten. Dies wollte ich offiziell anmerken. Ansonsten kann man bei einer Tasse Kaffee die Schärfe des Umgangstons wieder herausnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Damit sind wir jetzt beim Tagesordnungspunkt 15. Ich möchte noch darüber informieren, daß wir in

der Tagesordnung in der Reihenfolge der Punkte 15, 18 und 19 fortfahren werden. Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Hochbegabtenförderung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/150

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/168

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir eröffnen die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Röper.

Ursula Röper [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits im vergangenen Jahr haben wir auf unsere Initiative hin über eine flexible Einschulmöglichkeit für fünfjährige hochbegabte Kinder diskutiert. Alle Experten hatten sich damals in der öffentlichen Anhörung des Bildungsausschusses unserer Meinung angeschlossen und für eine Abschaffung der starren Stichtagsregelung ausgesprochen. Dennoch wurde unser Antrag abgelehnt und die Entscheidung in Richtung Kultusministerkonferenz auf die lange Bank geschoben.

Das Thema **Hochbegabten- oder Begabtenförderung** ist seither in zahlreichen Ländern verstärkt diskutiert und zum Teil auch mit Anträgen in die Landtage eingebracht worden. Auch führende Politiker haben sich zu diesem Themenfeld geäußert. Unser Bundespräsident, Roman Herzog, bemerkte in einer Rede vom 2. Juni dieses Jahres:

„Als ich im vorigen Jahr in einem Interview, eigentlich nur in einem Halbsatz, das Thema Hochbegabung erwähnte, gab es eine ungewöhnliche Zahl von Zuschriften. Endlich - so schrieben mir Eltern und Lehrer - nehme sich einmal jemand dieses Themas an, das in der Bildungspolitik ansonsten ein Schattendasein führe.“

Und er fügte hinzu:

„Die Förderung begabter und motivierter junger Menschen gehört unbestreitbar zu den ganz wichtigen Aufgaben unseres

Bildungssystems. Für die immer komplexeren Herausforderungen unserer Welt brauchen wir Menschen, die mit hoher Kompetenz, wacher Intelligenz und sozialer Verantwortung zu denken und zu arbeiten gelernt haben, und dazu müssen wir Begabungen systematisch entdecken und fördern.“

(Beifall des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Genau das wollen wir mit unserem heutigen Antrag erreichen. Wir haben auch keine Zeit mehr zu verlieren, denn die 6000 bis 12 000 jungen Menschen in unserem Land, die es betrifft, haben nach § 4 des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes ebenso einen Anspruch auf angemessene Förderung, wie sie auch Kindern mit Lernschwächen zukommt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben hier auch schon zahlreiche Diskussionen über die Tatsache geführt, daß eine **Unterforderung in der Schule** schwerste Persönlichkeitsstörungen der Kinder nach sich ziehen kann. Dafür gibt es genügend Beispiele - auch hier bei uns in Schleswig-Holstein.

Frau Simonis schreibt im Februar 1996 in einem Beitrag für die Zeitschrift „Mensa“, die sich mit Hochbegabtenthemen befaßt:

„Ich halte Ihre Arbeit für sehr verdienstvoll, weil ich sehr wohl weiß, daß - wie Jahrhunderte als selbstverständlich hingenommen - nicht nur die schwachen Schülerinnen und Schüler in einem Bildungssystem besondere Aufmerksamkeit und Zuwendung erfahren müssen. Die wachsende Zahl von Veröffentlichungen über Probleme, die Hochbegabte in unserem Bildungswesen haben, fordert in der Tat ein Nachdenken über veränderte Lernformen und entsprechend angepaßte didaktische Strategien.“

Sehr wahr!

(Beifall bei der CDU)

Daher hoffe ich zuversichtlich, daß sich alle Fraktionen dieses Hohen Hauses intensiv dieser Thematik annehmen, damit Konzepte entwickelt und baldmöglichst umgesetzt werden können. Und ich freue mich, daß die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem nachgeschobenen Antrag die meisten unserer Forderungen aufgegriffen haben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist erstaunlich!)

Es ist vor allem notwendig, mit erfahrenen Praktikern einen **Erkennungskatalog** für hochbegabte Kinder zu erarbeiten, der **Erzieher und Lehrer** in die Lage versetzt, besonders begabte Kinder zu erkennen. Denn Pädagogen, die nicht gelernt haben, die Signale dieser Kinder wahrzunehmen und darauf zu reagieren, betrachten sie häufig als Störer.

Darüber hinaus gilt es, gezielte **Aus- und Fortbildung** für Erzieher, Pädagogen und Schulpsychologen anzubieten. Es gibt bisher noch keine derartigen Angebote. Wir müssen auch Beratungsangebote für betroffene Familien schaffen, denn sie stehen oft genauso unvorbereitet und hilflos vor diesem Phänomen. Es müssen Unterrichtsmaterialien und Förderprogramme für die vorschulischen und schulischen Bereiche erarbeitet werden.

Auch die flexible **Einschulmöglichkeit** für fünfjährige Hochbegabte nach einer Einzelfallprüfung ist notwendig, ebenso wie die Schaffung der Möglichkeit, schon ab Klassenstufe eins Klassen zu überspringen. Im neuen Schulgesetzentwurf der Hansestadt Hamburg ist übrigens die **Stichtagsregelung** überhaupt nicht mehr enthalten.

Ich finde, man kann es mittlerweile nicht mehr hinnehmen, daß Eltern, Schulleiter oder engagierte Lehrer in Schleswig-Holstein zu Klimmzügen und Tricks gezwungen werden, um einem Kind in seiner Besonderheit gerecht zu werden. Es darf auch nicht vom Zufall oder nur vom guten Willen zufällig beteiligter Personen abhängen, ob ein besonders begabtes Kind die ihm zustehende Chance und Förderung bekommt oder nicht. Der Staat ist auch diesen Kindern gegenüber in der Pflicht, und daher sind dringend Maßnahmen nötig, die genau zu

definieren und für Kindergärten und Schulen auch verbindlich auszuweisen sind.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt leider häufig immer noch die Meinung, daß besonders begabte Kinder nicht noch extra gefördert werden müßten. Sie seien ja sowieso schon privilegiert. Daß dies ein großer Irrtum ist, beweisen viele bedrückende Einzelschicksale von Kindern. Wir wollen in der Bildungspolitik kein staatlich genormtes „Mustermannkind“, sondern ein System, das die **Vielfalt der Leistungen und Begabungen der Kinder** stärkt und fördert. Dazu sollten wir auch ungewöhnliche Wege beschreiten.

An der Fachhochschule Flensburg zum Beispiel haben zwei hochbegabte Jungen im Alter von 12 und 14 Jahren zusammen mit den Studenten ein Informatikseminar absolviert und hervorragend abgeschnitten. Sie sollten wie alle anderen Beteiligten den entsprechenden Schein bekommen, und nicht nur eine Teilnahmebescheinigung; denn das ist für diese Kinder wirklich frustrierend.

Wenn die entsprechenden Kapazitäten vorhanden sind, haben unsere Hochschulen auch überhaupt nichts gegen eine solche Regelung einzuwenden. Dies motiviert die Jugendlichen und fördert ihre spezifischen Lernbedürfnisse. Ich glaube, es gibt kein logisches Argument, den jungen Menschen diese Möglichkeit zu verwehren.

(Beifall bei der CDU)

Daß im Bereich der **Hochbegabtenförderung** durch die Landesregierung viele Chancen, viel Zeit und Geld vertan worden sind, geht aus dem Bericht des Landesrechnungshofs 1996 hervor. Die „Einrichtung einer überregionalen Beratungsstelle für besonders begabte, besonders interessierte Kinder und Jugendliche“ als Modellversuch wurde vorzeitig abgebrochen und ist gescheitert. Laut Bericht des Landesrechnungshofs mangelte es der Projektleitung an der Unterstützung durch das Bildungsministerium. Öffentlichkeitsarbeit fand kaum statt.

Bei rund 880 000 DM Fördermitteln, von denen der Bund rund 440 000 DM trug, wurden während des zweijährigen Modellversuchs gerade sechs - ich wiederhole sechs! - Fälle bearbeitet. Im gleichen Zeitraum bearbeitete der private Verein für

Hochbegabtenförderung rund 1400 Fälle, und das ohne einen Pfennig staatliche Unterstützung.

Bis heute liegt über diesen Versuch nach meiner Kenntnis kein Abschlußbericht vor. Rund 41 000 DM mußten bereits an den Bund zurücküberwiesen werden, und es droht eine weitere Rückforderung der Bundesmittel.

Was hätte man mit diesen Geldern schon jahrelang für besonders begabte Kinder und ihre Eltern erreichen können! Das frage ich Sie. Ratsuchende Eltern wurden noch zwei Jahre nach Abbruch des Modellversuchs vom Bildungsministerium genau an diese Stelle verwiesen, obwohl sie schon längst nicht mehr bestand. Eine peinliche Schlappe und ein Indiz dafür, daß selbst im zuständigen Ministerium die Kenntnisse über die Einrichtung nicht vorhanden waren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, wir sind in unseren Kenntnissen und Einsichten heute ein Stück weiter. Auch wenn Hochbegabte im rot-grünen Koalitionsvertrag nicht vorkommen, hoffe ich doch auf eine konstruktive und sachliche Diskussion und auf eine zügige Umsetzung notwendiger Maßnahmen für die betroffenen Eltern und Kinder. Wir sollten beide Anträge noch einmal im Bildungsausschuß beraten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Rossmann.

(Meinhard Füllner [CDU]: Vielleicht kommt jetzt die Erklärung für den Umschwung von der Ablehnung zur Zustimmung!)

Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weil der Kollege Füllner nun erwartet, daß ich hier etwas zum Eiertanz sage, sollten Sie nur soviel wissen: Man ist ja am Nachmittag meist fröhlicher gestimmt, insbesondere dann, wenn die politische Glorifizierung des Eiertanzes schon heute morgen von der SSW-Kollegin vorgenommen worden ist. Insoweit ist das wirklich ein strategisches Vorgehen, wenn man tanzen kann und es dabei rundgeht.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Zurufe von der CDU)

Nein, ich glaube, Ihre Unterstellung, daß ein Positionswechsel hin oder her stattgefunden habe, sollte uns alle ein bißchen zur Nüchternheit bringen. Ich habe mir das Wahlprogramm der CDU und das Wahlprogramm der F.D.P. in bezug auf die Hochbegabung einmal als zukünftige Regierungserklärung durchgelesen.

(Wolfgang Kubicki [F D.P.]: Das ist sehr schön!)

A la bonne heure steht bei der CDU drin, daß das **Einschulungsalter** extrem wichtig ist,

(Ursula Röper [CDU]: Die Förderung auch!)

und bei der F.D.P. finde ich überhaupt nichts.

Insofern wollen wir den Unterschied nicht gar so groß machen, sondern uns ein **gemeinsames Lernen** gestatten. Ich glaube, das gemeinsame Lernen ist möglich, selbst wenn es vielleicht in der Nuancierung vom grundlegenden Verständnis her noch Unterschiede gibt. Der Bezugspunkt ist: Was wir in unserer Verpflichtung für die Förderung von Kindern in ihren jeweiligen Bildungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten tun können, sollte getan werden.

Ob wir Ihr Pathos in bezug auf die Hochbegabung und die gesellschaftliche Verpflichtung, Verantwortung, zukünftige Führungressourcen und anderes teilen, sei dahingestellt. Wir wissen natürlich, daß Menschen, denen die Möglichkeit der Förderung ihrer Hochbegabung gegeben ist, bei einer guten allgemeinen Entwicklung ihrer Gesamtpersönlichkeit sehr viel für gesellschaftliche Verantwortung und wissenschaftliche Entwicklung tun können. Aber es sollte nicht so herauskommen, als erwarteten wir es nur von diesen und als könnten es nur solche tun.

(Ursula Röper [CDU]: Das erwartet auch keiner!)

Ich sage nur vorweg, bevor wir in die Sache einsteigen: Manchmal klingt es so, als gebe es eine

solche Unterscheidung, die wir in der Gesellschaft nicht brauchen können und nicht haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Wir brauchen vielmehr eine viel weiter gestreute gesellschaftliche Leistungsfähigkeit und Verantwortung sowie einen anderen Leistungsbegriff und ein anderes Leistungsverständnis.

Als zweite Nuance möchte ich ansprechen, Frau Röper: Vielleicht wird es uns gemeinsam leichter, wenn sich die Förderung von Kindern, sei es solcher mit einer Behinderung oder mit geringeren Bildungsmöglichkeiten, oder solchen, die hohe Bildungschancen und hohe Entwicklungsmöglichkeiten haben - wie Sie es wiederholt fordern -,

(Ursula Röper [CDU]: Hätten!)

- hätten, haben; auf jeden Fall haben - in bezug auf den Umfang von Förderansprüchen nicht automatisch aneinander angleicht.

Vielleicht sage ich jetzt in Ihren Augen im Grunde etwas sehr Schlechtes, aber ich glaube schon, daß in bezug auf die **Entwicklung gleicher Bildungschancen** dort, wo die Bildungschancen nicht so groß sind, eine besondere Verpflichtung zur Förderung besteht, daß wir aber dort, wo die Entwicklungschancen im Prinzip größer sind, vielleicht mehr unterstützend, mehr wegbereitend tätig sind und hier keine schematische Gleichsetzung machen sollten.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie dort nicht zu sehr in Richtung einer solchen schematischen Gleichsetzung gehen wollen. Aber das ist dann im Fachkreis zu beraten. Wir nehmen insgesamt auf, was wir tun können.

Wir setzen vier Schwerpunkte, die ich kurz ansprechen möchte. Die differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage der Förderung von Menschen mit besonderen Begabungen läßt

sich im Fachkreis sicherlich besser vertiefen als in einem Parlament.

Der erste Baustein, auf den wir Wert legen, ist, daß in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Menschen, die zentral mit Kindern in ihrer Entwicklung zu tun haben, mehr Wert auf Fragen des **Erkennens von besonderen Begabungen** und besonderen Bildungsstrukturen gelegt wird und daß auch das Wissen um die mögliche Differenzierung in der didaktisch-methodischen Ansprache verstärkt wird.

Um es noch weiter zu unterscheiden: Sicherlich brauchen wir bei Erzieherinnen und Erziehern, bei Lehrerinnen und Lehrern im Grundschulbereich vor allen Dingen auch eine Erkennungsfähigkeit. Sicherlich brauchen wir im Sekundarbereich I - das wird sich zumeist auf Gymnasien und Gesamtschulen beziehen - auch eine besondere Differenzierungsfähigkeit, was die Unterrichtsmethodik angeht. Denn - so ist ja Ihr Petitus - wenn besondere Begabungen erst in der Sekundarstufe I oder gar erst in der Sekundarstufe II erkannt würden, so wäre dies etwas spät. Die Erkenntnisfähigkeit muß schon früh angelegt sein und muß dann durch Binnendifferenzierungsfähigkeiten in Schule aufgenommen werden.

Es besteht wohl Konsens darüber, daß der häufig gescheute Ansatz von Binnendifferenzierung und von Projektlernen in bezug auf die Förderung - die Unterstützung von Kindern mit besonderen Begabungen, mit Hochbegabung - die einzige pädagogische Antwort ist. Da muß man nicht bei der Jubiläumstagung des IPTS gewesen sein und Herrn Winkler alias Comenius gehört haben, der dort zum allgemeinen Schmunzeln vorgetragen hat. - Frau Volquartz und ich haben zusammen geschmunzelt.

(Zuruf von der CDU: Ach ja? -
Holger Astrup [SPD]: Was?)

Und das bedeutet etwas.

Das zweite Wesentliche, das ich herausstellen möchte, ist, daß die offene Frage des Einschulungsalters in eine **neue Konzeption der Einschulungsphase** insgesamt einzubinden sein sollte. Die Fragen, ob eine Klasse übersprungen werden kann und in welchem Zeitraum die ersten

Schuljahre durchlaufen werden, werden wir an anderer Stelle noch einmal erörtern können. In der Beschußfassung des Parlaments vom letzten Jahr ist eine klare Richtung vorgegeben. Wenn Sie das noch einmal genau nachsehen, sehen Sie, daß dort eine klare Richtung zu erkennen ist, mit der die Landesregierung auch in die Kultusministerkonferenz hineingegangen sein soll. Diese Beschußfassung wird in die Novellierung des Schulgesetzes einzufließen haben, die dann auch einen umfassenden pädagogischen Ansatz einschließt. Wir möchten Sie deshalb darum bitten, diesen wegweisenden Beschuß des Parlamentes nicht vollkommen zu ignorieren.

Der dritte große Komplex ist - darin unterscheiden wir uns, wie Sie schnell merken werden - , daß wir wenig davon halten, **gesonderte Schulen**, D-Züge, gesonderte Klassen neben das vorhandene Klassen- und Schulangebot zu stellen.

(Ursula Röper [CDU]: Das haben wir auch nicht gefordert!)

- Wenn Sie den Antrag durchsehen, klingt das an einer oder an zwei Stellen deutlich so an. - Wir wünschen uns, daß kritisch überprüft werden kann, ob die Möglichkeiten zum **Springen in Klassen** flexibel genug sind und ausreichen. Gegenwärtig geht das einmal in der Grundschule und einmal in der weiterführenden Schule. Zu fragen ist, ob dies die richtigen Zeitpunkte sind. Zu fragen ist, ob man möglicherweise auch in der Klasse I nach einer gewissen Beobachtungszeit schon einen Wechsel vornehmen kann. Es stellt sich die Frage der Eingangsstufe, die Frage der Sekundarstufe I, ob das Springen von Klasse 5 auf 7 oder ob es auch später noch möglich ist. Dieser Weg ist uns deshalb wichtig, weil er kombinierbar ist mit dem, was auch jetzt schon von Pädagogen an Bildungsgestaltung im Lande wahrgenommen wird, indem es additive Angebote zum Beispiel bei den Naturwissenschaften und bei der Mathematik gibt, wo Kinder in früherem Alter den Lernstoff eines späteren Alters additiv erlernen können. Das wird sicherlich daraufhin zu befragen sein, wie wir dies ausbauen können.

Der vierte Punkt bezieht sich auf das eigentliche **qualitative und soziale Angebot** in bezug auf Schülerinnen und Schüler, die besondere Qualitäten und auch Leistungsambitionen haben, das ja schon in erheblichem Umfange in Deutschland angeboten

wird. Es gibt 24 Bundeswettbewerbe, die auch in Schleswig-Holstein zum Tragen kommen, von Mathematik-Olympiaden bis hin zu „Jugend forscht“ und anderem. Das ist natürlich, zumal wenn es sich im Team vollzieht, ein exzellentes Entwicklungsgebiet, in das sich gerade Jugendliche mit besonderen Begabungen einbringen können und in dem sie sich entwickeln können.

Manchmal haben wir uns gefragt, ob dies nicht auch ein pädagogisches Anliegen zum Beispiel von Fachverbänden sein kann, die Engagement nicht nur im Hinblick auf Lehrpläne und auf die Kritik an der Landesregierung, sondern vielleicht auch im Hinblick auf besonders begabte Jugendliche entwickeln könnten. Wir können uns vorstellen, darüber ins Gespräch zu kommen.

Es bleibt aus unserer Sicht bei diesen vier Schwerpunkten. Damit sind einige Dinge Ihrer Sicht erst einmal herausgenommen. Aber wir schlagen vor, Ihren Antrag in den Bildungsausschuß zu überweisen und über unseren Antrag, der ja einen Berichtsauftrag an die Regierung und keinen Beschuß über ein Konzept enthält, heute abzustimmen, damit das im Bildungsausschuß vorgelegt werden kann und wir Ihren Antrag gemeinsam mit einem solchen Bericht beraten können. Denn es wird auch darauf ankommen, Ressourcen abzuprüfen und zu fragen, wo und wie wir sie einsetzen können. Dies sage ich, um keine Illusionen aufkommen zu lassen.

Es gibt, was **Erkennungskataloge** angeht, etliche Vorarbeiten, wobei ich auch diesbezüglich noch eine Nuance deutlich machen möchte. Der Erkennungskatalog kann, zumal wenn er von der Regierung erarbeitet werden soll, fast eine Festschreibung bedeuten. Wenn wir nach Hamburg sehen, stellen wir fest, daß dies dort wesentlich differenzierter gehandhabt wird. Wenn Sie eine Orientierung haben wollen, sollten wir - Schleswig-Holstein und Hamburg - einen gemeinsamen Weg einschlagen können.

Schlußbemerkung zu Ihrem Hinweis auf **Scheine**, die junge Menschen schon an einer Hochschule machen könnten! Wir haben uns eigentlich nicht vorgestellt, daß das Schein-Denken auch schon Kinder mit besonderer Begabung erfaßt. Haben wir uns nicht vielmehr vorgestellt, daß es dort einen sachlichen Bezug gibt, in dem sich solche Menschen mit anderen, altersmäßig weiter

entwickelten, in der Sache bewähren können? Das möchten wir vorrangig sehen und nicht, ob neben den Sporturkunden auch schon die Scheine der Pädagogischen Universität oder eines mathematischen Instituts hängen.

Das ist auch noch eine kleine Nuance. Aber Sie merken: Wir sind sehr bereit dazu, an einem fröhlichen, ruhigen Nachmittag vieles von Ihnen einzubinden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Fröhlich!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist eine schöne Sache, finde ich, daß wir hier plötzlich etwas entdecken, was wir in dem ja für seine Detailfreudigkeit gescholtenen Koalitionsvertrag tatsächlich nicht erwähnt haben. Insofern finde ich es auch schön, daß es der Opposition gelungen ist, einen solchen Punkt herauszufinden.

Ich habe mich bei dieser Gelegenheit gefreut, die Pressemitteilung des Vereins Hochbegabung e.V. aus Flensburg zu bekommen und habe mich beim Zuhören und beim Überlegen über das, was ich heute sagen möchte, die ganze Zeit gefragt, ob wir damit nicht eigentlich ein gesellschaftliches Problem ansprechen, nämlich ein Problem, das in allererster Linie die Eltern betrifft. Familien, die plötzlich vor der Situation stehen, ein hochbegabtes Kind zu haben, stehen vor einem besonderen Problem. Das müßten wir anderen „ganz Normalen“ mit „normalen Kindern“ - das ist vermutlich die Mehrzahl derjenigen, die hier sitzen - wahrscheinlich erst einmal verkraften.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Statt jetzt wieder dazwischenzureden, rate ich Ihnen wirklich, sich einmal mit diesem Papier des Vereins für Hochbegabtenförderung zu befassen. Das ist hochinteressant.

(Ursula Röper [CDU]: Das tun wir schon seit Jahren!)

- Nun gut. Ich möchte jetzt meine Redezeit nutzen; Sie mögen das gern haben oder nicht. - Fakt ist, daß die **schulpolitische Entwicklung** in den vergangenen Jahren den Weg in Richtung auf **mehr Integration** beschritten hat. Insofern sollten auch Sie, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich den Realitäten stellen, statt immer wieder den Weg in die Vergangenheit zu beschreiten und neue Spezialisierungen zu fordern.

(Angelika Volquartz [CDU]: Wovon reden Sie denn jetzt? - Zurufe von der CDU)

Mir ist klar, daß die CDU das Thema Hochbegabung besonders spannend findet. Ich will auch nicht abstreiten, daß hier zum Teil berechtigte Forderungen nach Flexibilisierung der Schullaufbahn gestellt werden. Nur öffnen Sie sich aus unserer Sicht bislang zu wenig der Idee einer gründlichen Strukturreform, wie sie zum Beispiel an den Grundschulen schon vielfach umgesetzt wird. Vielmehr richten Sie Ihr Augenmerk althergebracht auf eine Eliteförderung. Da können wir Ihnen natürlich nicht folgen, wenn sich alle anderen mit einer minderen Bildungsqualität zufrieden geben müssen.

(Zurufe von der CDU)

- Ich möchte trotzdem gern zu Ende reden. Ich warte gern, bis sich Ihre Aufregung wieder gelegt hat. - Nun möchte ich Ihr Augenmerk auf Ihre eigene Pressemitteilung richten. Da schreibt Frau Röper, daß bei rund 300 000 Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen zwischen 6000 und 12 000 Kinder, die als hochbegabt angesehen werden müßten, zu finden seien. Ich finde, bei solchen Prozentzahlen ist es schon erlaubt, sich zunächst einmal mit jenen zu beschäftigen, die normal- oder vielleicht sogar schwachbegabt sind. Ich finde, das ist ein richtiges Vorgehen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das tun wir ständig! - Ursula Röper [CDU]: Sie sollten vielleicht einmal die Anhörung nachlesen! - Thorsten

Geißler [CDU]: Sie müssen sich noch einarbeiten, Frau Kollegin!)

Wir werden weiter an der Schule für alle Kinder arbeiten und dies politisch umsetzen, was immer Sie dazu sagen. Es ist doch ein offensichtlicher Widerspruch, immer wieder den mangelnden Gemeinsinn in unserer Gesellschaft zu beklagen, andererseits aber die Kinder gleich nach der Grundschule mit knapp zehn Jahren in drei Schularten aufzuteilen. Die CDU dieses Landes aber beharrt darauf und ist damit bildungspolitisch in den Grabenkämpfen der siebziger Jahre steckengeblieben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die geringe Anzahl von Anmeldungen an Hauptschulen belegt, daß dies auch von den Eltern nicht mehr mitgemacht wird.

Wir brauchen keine Spezialeinrichtungen. Wir brauchen vielmehr ein **integriertes Konzept**, das es uns ermöglicht, besondere Begabungen zu berücksichtigen. Das ist in der Erarbeitung sicherlich aufwendiger, berücksichtigt aber die Belange aller Schülerinnen und Schüler besser.

(Ursula Röper [CDU]: Sie sind doch sonst für Chancengerechtigkeit für Minderheiten!)

Statt die Schularten zu separieren, ist es notwendig, an der **Binnendifferenzierung der Schulen** zu arbeiten. Hierbei sind die Gesamtschulen sicherlich die Vorreiter. Aber auch in den Gymnasien des Landes muß daran gearbeitet werden. Denn auch in dieser Schularbeit ist inzwischen ein breites Begabungsspektrum vorzufinden. Das Gymnasium hat sich in den letzten Jahrzehnten zur Volksschule der Nation entwickelt und muß sich dieser Herausforderung stellen. Das ist gar keine Frage.

Mit der voranzutreibenden **Autonomie der Schulen** verbinden wir außerdem die Hoffnung, daß sich unterschiedliche Schulprofile herausbilden, so daß Eltern und Kinder mehr Auswahlmöglichkeiten haben und die unterschiedlichen Neigungen besser gefördert werden können. Mein politisches Engagement gilt zudem der Gleichberechtigung freier Schulen, die reformpädagogisches Neuland betreten und uns in bezug auf die Förderung

besonderer Begabungen von Kindern viel lehren können.

Zum Begriff der Hochbegabung gibt es auch noch offene Fragen, so zum Beispiel: Gibt es etwa auch eine Kehrseite der Medaille, nämlich Defizite bei den betroffenen Kindern im psychischen und sozialen Bereich? Das ist nach meinem Dafürhalten noch nicht ausreichend geklärt.

(Ursula Röper [CDU]: Lesen Sie doch einmal die Anhörung des Bildungsausschusses nach!)

Dies muß geprüft werden. Darüber sollten wir im Bildungsausschuß auch beraten. Die Schulpädagogik und die Schulpsychologie müssen Wege finden, mit den Dingen umzugehen. Zur sachlichen Beurteilung brauchen wir den Rat von Expertinnen und Experten, wie sie zum Beispiel bei der Arbeitsgemeinschaft für Begabtenforschung des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg oder eben bei diesem schon angesprochenen Verein in Flensburg zu finden sind.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluß.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bitte!

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir also den Betroffenen wirklich gerecht werden wollen, gilt es, die entsprechenden Verbände und auch die Forschung zu befragen, bevor etwas entschieden wird.

(Anhaltende Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

- Ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt so amüsieren. Ich komme tatsächlich zum Schluß.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie waren nicht der Gegenstand des Amusements!)

- Ich bin es schon gewohnt, daß Sie mich dauernd unterbrechen. Aber ich lasse mich jetzt nicht unterbrechen.

(Angelika Volquartz [CDU]: Nein, Sie waren nicht der Gegenstand!)

Sie müssen das Zuhören vielleicht noch lernen. Ich kann das inzwischen.

Mit anderen Worten: Wir erkennen den grundsätzlichen Handlungsbedarf in dieser Frage an, sind aber auch hier, und wenn Sie noch so drängeln, zu politischen Schnellschüssen nicht bereit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Voreddnerin stellt gelegentlich eine hohe Begabung unter Beweis, haarscharf an der Sache vorbeizureden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zumindest in Teilen des soeben gehörten Redebeitrags hatte ich diesen Eindruck.

Meine Damen und Herren, die Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher - -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben nicht zugehört!)

- Oh, ich habe aufmerksam zugehört, sehr aufmerksam.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich an dem Pegel gemerkt!)

- Das war aber jemand anderes, ich war der Pegel nicht.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, die **Förderung hochbegabter Kinder** und Jugendlicher ist ein genauso wichtiges bildungspolitisches Ziel wie die Förderung ihrer schwächeren Altersgenossen. Jeder einzelne muß nach seinen persönlichen Fähigkeiten und Begabungen die optimale Förderung erhalten. Denn nur so sind in jedem dieser Fälle die Entfaltung individueller Lebenschancen und die Selbstverwirklichung des einzelnen zu gewährleisten.

Für uns Liberale ist dies deshalb so wichtig, weil im Mittelpunkt des liberalen Denkens immer die Einzelpersönlichkeit, deren Rechte und Freiheiten stehen.

Wer die Spitzenleistungen einzelner Menschen, ob auf wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiet oder auch in anderen Bereichen, fördert, tut dabei allerdings zugleich Gutes für unsere Gesellschaft. Denn unsere Gesellschaft verdankt ihren Wohlstand und ihre Lebensqualität nicht zuletzt auch der Tatsache, daß aus ihrer Mitte heraus herausragende Leistungen erbracht werden, und zwar in ganz verschiedenen Bereichen. Elite soll nicht bewußt oder unbewußt als eine privilegierte Kaste mißverstanden werden, Frau Kollegin Fröhlich. Jedes Land braucht **Eliten**, die den Fortschritt fördern und das Wohlergehen der gesamten Gesellschaft voranbringen. Wer diese Erkenntnis nicht hat, der geht, so denke ich, an den Realitäten und den Notwendigkeiten einer modernen Gesellschaft vorbei.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit der Förderung besonderer Begabungen sollte möglichst früh in kindgerechter Weise begonnen werden. Wir haben über dieses Thema im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit einem Einzelaspekt - es ist schon angesprochen worden - eine sehr eingehende Diskussion aufgrund der Initiative der Kollegin Ursula Röper geführt. Auch hier mahnen die Mühlen der SPD recht langsam. Letztes Jahr waren die Sozialdemokraten noch nicht imstande, einer flexiblen Regelung der **vorzeitigen Einschulung** hochbegabter Kinder zuzustimmen. Die Vorlage von Frau Röper sah das vor. Eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes war hier beantragt.

Aber nun erklärt immerhin Frau Schröder, ihres Zeichens schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, eine flexible Lösung bei der vorzeitigen Einschulung sei für sie durchaus denkbar. Immerhin, langsam mahnen die Mühlen der SPD. Anscheinend hat sich da ein Sinneswandel vollzogen. Das wird auch in dem Alternativantrag deutlich, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Grünen eingebracht hat und der in weiten Teilen das abdeckt, was Frau Röper mit ihrer ursprünglichen Initiative hier auf den Weg bringen wollte.

Verbesserung der Früherkennung, Einrichtung von Förderungsangeboten, Elternberatung, flexible Schullaufbahnregelungen sind wichtige Schritte zum Ausbau der Hochbegabtenförderung. Daher können wir, wenn Sie auf einer alternativen Abstimmung bestehen, durchaus auch dem Antrag der SPD unsere Zustimmung geben, weil er in der Tat hier etwas voranbringt, was vorangebracht werden muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In jeder neuen Legislaturperiode werden Versuche unternommen, für das in der jeweils letzten Periode nicht Erreichte die notwendige Mehrheit zu erzielen.

Die CDU möchte wieder für die Hochbegabten aktiv werden. Es sollen Erkennungskataloge erarbeitet werden, um Hochbegabte möglichst früh ausmachen zu können. Hochbegabten sollen Sonderregelungen zugebilligt werden, die beispielsweise ein früheres, auch externes Abitur ermöglichen.

Der SSW hat sich in der letzten Legislaturperiode gegen bestimmte von der CDU angestrebte Maßnahmen ausgesprochen. Dabei ging es nicht darum, das Vorhandensein von Hochbegabungen anzuzweifeln. Der SSW hat vielmehr die Sorge, betroffene Kinder könnten in eine zu starke Isolation geraten. Wir sind der Auffassung, daß nicht nur dem Lernen an sich, sondern vor allem

dem **Lernen sozialen Verhaltens** gemeinsam mit Gleichaltrigen ein hoher Stellenwert zukommt. Das habe ich schon heute morgen bei den anderen Punkten der Bildungspolitik angesprochen. Die an dieser Stelle bereits geäußerten Bedenken haben wir also nach wie vor.

Maßnahmen wie die vorzeitige Einschulung, die Möglichkeit der Aufnahme eines Studiums vor dem Abschluß des Abiturs und die Möglichkeit der externen Erlangung des Abiturs sind in unseren Augen nicht in jedem Fall als Vorteile einzustufen. Durch solche Maßnahmen könnten Hochbegabten im Erwachsenenleben aus unserer Sicht Nachteile entstehen.

Der SSW bezweifelt nicht, daß sich Hochbegabte in einem normalen Schulalltag unterfordert fühlen können. Wir meinen aber nach wie vor, daß das Interesse im Vordergrund stehen muß, diesen Kindern ihre Kindheit nicht zu nehmen. So haben wir zum Beispiel Bedenken hinsichtlich der beantragten Schaffung der Möglichkeit einer altersgemäß früheren Zulassung zu Studiengängen. Das ist aus unserer Sicht auch deshalb bedenklich, weil Eltern Hochbegabter hier die treibenden Kräfte sein könnten. Die Zustimmung zu dem Antrag der CDU kommt für uns deshalb nicht in Frage.

SPD und Grüne haben nun einen Antrag zur Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen eingebracht. Der Landesregierung wird darin ein Bericht über bisherige Maßnahmen zur Förderung von Kindern mit besonderer Begabung abverlangt. Dabei sollen Maßnahmen der Kommunen und der freien und privaten Träger berücksichtigt werden. Durch einen solchen Bericht würden wir erfahren, ob und gegebenenfalls was von wem für Hochbegabte getan wird. Dann hätten wir einen Ausgangspunkt, von dem aus weitere Überlegungen angestellt werden könnten. Gegen die Erstellung eines solchen Berichts haben wir nichts einzuwenden.

Der Antrag sieht aber weiter die Erstellung von Konzepten durch die Landesregierung vor. Diesen Teil des Antrags halten wir zum gegebenen Zeitpunkt für nicht sinnvoll. Damit würde dem Bericht insofern vorgegriffen, als ein Handlungsbedarf bereits unterstellt wird.

Der SSW ist bereit, dem ersten Teil des Antrags - Erstellung des Berichts als einer

Bestandsaufnahme - zuzustimmen, ist aber nicht bereit, dem zweiten Teil des Antrags zuzustimmen.

Wir haben uns vorhin mit der Unterrichtsversorgung beschäftigt. Wenn wir einerseits den Lehrermangel, den daraus folgenden Unterrichtsausfall und zu große Schülerfrequenzen beklagen, andererseits aber jeden Pfennig umdrehen müssen, dann müssen wir Prioritäten setzen. Wir kommen nicht darum herum, das einzusehen. Ich meine, daß wir dann wirklich auch den Mut haben müssen, offen auszusprechen, daß die Unterrichtsversorgung für die breite Masse unserer Kinder Vorrang vor Maßnahmen zur **Förderung Hochbegabter** haben muß, jedenfalls vor solchen Maßnahmen der Förderung, die mit Geldausgaben verbunden sind. Wir müssen Prioritäten setzen. Wir können nicht alles haben. Denn Sie wollen ja auch einen ausgeglichenen Haushalt, Einsparungen und so weiter haben.

(Ursula Röper [CDU]: Lesen Sie einmal § 4 des Schulgesetzes nach!)

- Lassen Sie mich doch eben ausreden!

Ich beantrage deshalb getrennte Abstimmung über die Teile 1 und 2 des Antrags von SPD und Grünen. Wir werden dem ersten Teil zustimmen, dem zweiten Teil nicht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Das Thema der Förderung der Hochbegabten beschäftigt uns in relativ kurzer Zeit, wenn auch in unterschiedlichen Legislaturperioden, schon mehrfach. Jedem, der die Debatten in der letzten Legislaturperiode - die letzte war ja im November vorigen Jahres, das ist nicht so ganz furchtbar lange her - verfolgt hat, wird aufgefallen sein, daß ich sehr deutlich gemacht habe, daß wir uns diesem Thema verstärkt zuwenden wollen, allerdings den Weg einer gesetzlichen Änderung des Einschulungsalters als Alleingang Schleswig-Holsteins nicht für richtig halten.

Ich will in dieser Legislaturperiode die Förderung besonders Begabter voranbringen - in der Kontinuität dessen, was wir schon begonnen haben. Mein Ziel ist, die **Früherkennung** zu verbessern und besonders begabten Kindern den Zugang zu den Klassenstufen zu ermöglichen, die ihrem Entwicklungsstand entsprechen. Zu meinen Zielen gehört auch, die Möglichkeiten der **Binnendifferenzierung** stärker zu nutzen, auch in der Sekundarstufe I, wo wir noch Nachholbedarf haben.

Ich kann und darf aber nicht den Eindruck erwecken, daß besondere finanzielle Mittel für neue Beratungsstellen und Sondermaßnahmen zur Verfügung stehen. Geld dafür haben wir nicht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Wir werden es also mit den vorhandenen Mitteln schaffen müssen, die besonderen Ziele zu erreichen und Aufgaben zu erfüllen. Es geht also nicht um die Frage, ob wir besonders Begabte fördern, sondern wie wir sie und begabungsgerechtes Lernen in den Schulen fördern können.

(Ursula Röper [CDU]: Da haben wir zur Zeit nichts!)

Zur **Früheinschulung**! Wir haben in der letzten Wahlperiode gesagt, daß in Schleswig-Holstein kein Alleingang in bezug auf die Früheinschulung stattfinden soll, daß wir aber in der Kultusministerkonferenz einen Vorstoß machen, eine Initiative einbringen wollen. Sie haben damals gesagt, daß wir das nur sagten, um das Thema auf die lange Bank zu schieben, und wir uns vor eigenen Initiativen drückten. Ich kann Sie beruhigen. Es ist nicht nur so, daß eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt worden ist, sondern daß inzwischen auch ein Zwischenbericht der KMK vorliegt, also eine Diskussion auf KMK-Ebene dazu stattfindet, und ein Zwischenbericht der KMK-Arbeitsgruppe vorliegt, der in der KMK selbst vermutlich in der nächsten Sitzung diskutiert werden wird. Ich kann Ihnen sagen, daß es eine Tendenz zur Lockerung der Stichtagsregelung gibt.

Zum Stichwort Erkennungskatalog! Ein Erkennungskatalog darf kein Ankreuzkatalog sein, auf dessen Grundlage bestimmte Profile erarbeitet

werden. Wir müssen auch darauf aufpassen, daß bei solchen Diagnosen im Schnellverfahren etwa Begabungen erkannt werden, die nicht oder in dieser Form nicht vorliegen, oder Begabungen nicht erkannt werden.

Die pädagogische Psychologie läßt keinen Zweifel daran, daß **Früherkennung** besonderer Begabung wichtig ist, um Fehlentwicklungen bei Kindern vorzubeugen. Sie weist aber auch immer wieder darauf hin, daß die Gefahren von Fehldiagnosen nicht gebannt sind, Begabungen also unerkannt bleiben können, weil das Potential für besondere Begabungen in der frühen Kindheit nicht hinreichend entwickelt wurde.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Weiterentwicklung oder Fortentwicklung eines solchen Katalogs stehen wir nicht grundsätzlich negativ gegenüber. Wir fangen auch nicht bei Null an. Vorarbeit dazu ist bereits geleistet. Wir werden diese Vorarbeit nutzen, um die vorliegenden Ergebnisse in die zweite Phase der **Lehrerbildung** einzubringen. Wir haben das Ziel, Kenntnisse über charakteristische Gemeinsamkeiten hochbegabter Kinder zu vermitteln - nicht nur an Lehrkräfte, nicht nur in der zweiten Phase der Ausbildung, sondern auch in der Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher in Kindergärten und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen.

(Ursula Röper [SPD]: Die Ausbildung aber auch!)

- Das habe ich gerade lang und breit erzählt! Sicher, bei der Ausbildung auch! Wir sind gerade dabei zu novellieren. Was wir jetzt konkret machen können, ist, in der zweiten Phase die Elemente weiterzuentwickeln und in die Fortbildung hineinzunehmen, die Fortbildung dafür zu öffnen. Bezuglich der ersten Phase der Ausbildung sind wir noch in der Diskussion; diese Phase wird nicht vor 1998 beginnen. Wir wollen aber schon für 1997 etwas in Angriff nehmen.

Zu den Stichworten „kürzere Durchlaufzeiten in den Schulen“, geeignete Schulklassen habe ich folgendes zu sagen. Schon im Vorgriff auf die notwendige Veränderung der Eingangsstufe habe ich entschieden, daß es möglich sein soll, daß Kinder mit besonderen Begabungen nach einer Beobachtungszeit in der ersten Klasse in die zweite

Klasse überwechseln können, an dem Unterricht der zweiten Klasse teilnehmen können.

Wir prüfen gegenwärtig, ob es möglich ist, eindeutig unterforderte Kinder aus der fünften in die siebte Klasse springen zu lassen. Sie wissen, daß Kinder mit besonderen Begabungen schon heute, ohne Springen von der fünften in die siebte Klasse, zwei Jahre früher Abitur machen können, da sie nach der Grundschule - das gibt es bereits beim Übergang von der Sekundarstufe I in die gymnasiale Oberstufe, das gibt es bereits in der Oberstufenverordnung, indem sie in der Oberstufe also gleich in die Kursphase hineinspringen können - ihre **Schulzeit** entsprechend abkürzen können.

Nun will ich noch etwas zum Stichwort „geeignete Schulklassen“ sagen. Durch Ihren Antrag ist der Eindruck entstanden, als liebäugelten Sie mit besonderen Klassen.

(Ursula Röper [SPD]: Nein, der Eindruck ist falsch!)

- Gut! Wenn dieser Eindruck falsch ist, können wir als Gemeinsamkeit folgendes feststellen. Staatliche Sondereinrichtungen für Hochbegabte wird es nicht geben, D-Zug-Klassen wird es nicht geben. In diesem Hause wünscht keiner derartiges. Wir können feststellen, daß unsere Primar- und Sekundarstufen geeignete Schulen für die Förderung Hochbegabter sind. Wir können feststellen, daß wir keine Separierung besonders Begabter wollen. Wir wollen an dem Konzept der individuellen Förderung des einzelnen Kinder und der gemeinsamen Erziehung weiterarbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Das gilt für alle Kinder, mit welchen Begabungen oder Begabungsdefiziten auch immer.

Es geht darum, die begabungsgerechten Unterrichtsformen anzureichern und zu verfeinern. Bereits jetzt gibt es einen Katalog, der in den offenen Unterrichtsformen entwickelt wurde. Ich wünsche mir, daß die Umsetzung der offenen Unterrichtsformen in der Sekundarstufe I der weiterführenden Schulen schneller geschieht, als das gegenwärtig der Fall ist.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Auch für Kinder mit besonderen Begabungen ist es sehr schwierig, sich im Frontalunterricht nicht zu langweilen. Für Kinder mit bestimmten Defiziten ist es genauso schwierig, einen gewissen Gleichschritt im Unterricht mitzumachen. **Offene, individuellere Unterrichtsformen** sind nicht nur für die Grundschule gut, sondern auch für die weiterführenden Schulen.

Sie sehen also: Wie Herr Dr. Rossmann freue ich mich auf den angenehmen Nachmittag, an dem wir die Thematik weiterentwickeln. Ich denke, wir können uns auf einen Zeitpunkt einigen, zu dem ich wieder über dieses Thema berichte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Beantragt worden ist, den Antrag der Fraktion der CDU an den zuständigen Fachausschuß zu überweisen und über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Teilabschnitten in der Sache abzustimmen. Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU, Drucksache 14/150, an den Bildungsausschuß zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/168, in der Sache abstimmen.

Zunächst lasse ich abstimmen über den 1. Abschnitt, Berichterstattung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig angenommen.

Ich lasse nun über den 2. Abschnitt, Konzepterarbeitung, abstimmen. Wer diesem

Abschnitt zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Abschnitt ist mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen des SSW angenommen.

Ich stelle somit fest, daß der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/168, insgesamt angenommen worden ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Bericht zum gegenwärtigen Stand und zukünftigen Verfahren des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg (REK)

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/154

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Bernd Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im November 1991 wurde von den Regierungen der drei Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen der ohne Frage bedeutungsvolle Beschuß einer verstärkten langfristigen **Zusammenarbeit in der Metropolregion** gefaßt. Im April 1994 lagen das Leitbild und der Orientierungsrahmen abgestimmt vor. Gegenwärtig wird der Entwurf des Handlungsrahmens, der Werkstattbericht der Lenkungsgruppe zum REK, öffentlich diskutiert. Mit einem sicherlich außergewöhnlichen Arbeitsaufwand bei den bisher beteiligten Ebenen sind Leitbild, Orientierungs- und Handlungsrahmen des REK in der jetzt vorliegenden Form erarbeitet worden. Sie bilden damit erstmals eine Grundlage, um konkrete Lösungsansätze für Probleme mit besonderer Bedeutung für die Region, für eine regionale Zusammenarbeit aufzuzeigen.

Mit dem heute vorliegenden Berichtsantrag der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag zum gegenwärtigen Stand und zukünftigen Verfahren des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg wollen wir auch

auf die besondere Bedeutung der öffentlichen Diskussion, der Beteiligung der örtlichen und regionalen Ebene, der kommunalen Einbindung und nicht zuletzt der parlamentarischen Beteiligung hinweisen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dies muß nach unserer Auffassung unbedingt geschehen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

bevor die Endfassung - nach dem geplanten Zeithorizont Ende des Jahres - in der gemeinsamen Sitzung der Landeskabinette verabschiedet wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es, Kollege Schröder!)

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, in der fünften Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags einen Bericht über den gegenwärtigen Stand und das zukünftige Verfahren zu geben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen keine Geheimpolitik!)

In der Stellungnahme zu Leitbild, Orientierungs- und Handlungsrahmen soll insbesondere auf folgende Kriterien eingegangen werden:

Erstens. Die zukünftige **institutionelle Verankerung des REK** im kommunalen, regionalen und überregionalen Bezug. - Hier ist nach unserer Auffassung die Einbindung der Parlamente, der Kammern, Gewerkschaften und Verbände sowie die unmittelbare Einbindung der kommunalen Ebene, nicht zuletzt auch unter dem Aspekt der kommunalen Planungshoheit, einzufordern.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Es geht dabei nicht um eine institutionelle Verankerung der kommunalen Ebene mit neuen kostenintensiven Gremien oder Verwaltungsschienen;

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

es geht vielmehr auch um eine Regelung dazu, wie zum Beispiel die unterschiedlichen Planungskompetenzen in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein berücksichtigt werden können.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Möglichkeit der Übertragung von Regional- und Landschaftsrahmenplanungskompetenzen vom Land auf die Arbeitsgemeinschaft der Hamburg-Rand-Kreise ist dabei ein Diskussionspunkt. Es geht zum Beispiel aber auch um regelmäßige Anhörungen der Öffentlichkeit,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

um ein umfassendes begleitendes Berichtswesen und um die Sicherstellung der ständigen Fortschreibung des Handlungsrahmens in der Zukunft.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zweitens. Bei der Art der geplanten verbindlichen Festschreibung der Aussagen des REK ist es denkbar, zum Beispiel durch Staatsverträge Regelungen für die einzelnen Schwerpunktthemen festzuschreiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Drittens. Bei der zukünftigen Einbeziehung von über den **erweiterten Betrachtungsraum** hinausgehenden Räumen werden Aussagen erwartet für die Regionen des Unterelberaums mit Steinburg und Dithmarschen sowie für Bereiche zum Beispiel auch in Mecklenburg-Vorpommern, die im Rahmen eines Entwicklungskonzepts für die Metropolregion durchaus von besonderer Bedeutung sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schönberg beispielsweise!)

Da diese Aussage schon gestern in meinem Konzept stand, Herr Kollege Kayenburg, ist das dekkungsgleich mit der Aussage in der Zeitung

„Die Welt“ vom heutigen Tage, und zwar dazu, was die Unternehmensverbände für den Wirtschaftsraum Brunsbüttel gefordert haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat der Kollege auch gleich lanciert!)

Viertens. Die Gewährleistung einer gerechten Nutzen-Lasten-Verteilung in der Region, sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht, wird für die erfolgreiche dauerhafte Umsetzung der Ziele des REK von entscheidender Bedeutung sein. Beispielhaft wird verwiesen auf ökologische Auswirkungen, Flächenverbrauch und finanzielle Belastungen, aber auch auf die Leitprojekte und Schwerpunktthemen insgesamt, die sich aus dem Inhalt des Werkstattberichts der Lenkungsgruppe ergeben. Nur bei einer gerechten, in der Politik und bei den Bürgerinnen und Bürgern in der betroffenen Metropolregion nachvollziehbaren Verteilung von Nutzen und Lasten wird eine erfolgreiche Umsetzung des REK zu erreichen sein.

(Beifall bei SPD, CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Beifall im ganzen Hause!)

Nicht zuletzt wird die finanzielle Begleitung gerade in der heutigen Zeit einen entscheidenden Anteil daran haben.

(Beifall bei SPD, CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kayenburg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der hält jetzt die gleiche Rede!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das REK wird - wie fast alle für die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung dieses Landes bedeutenden Vorhaben - von der Landesregierung mit geradezu aufreizender Langsamkeit verarbeitet.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Na, na, na!)

- Doch!

(Unruhe)

Deswegen begrüßen wir den Antrag der SPD-Fraktion

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

und unterstützen, daß die Landesregierung damit gezwungen wird, kurzfristig Verfahrensfragen zu klären, die Betroffenen einzubinden, wie das hier auch gerade vorgetragen wurde, und insbesondere die Landesplanungsräte zu informieren.

Wir meinen, daß die dilatorische Behandlung der Bedeutung der Metropolregion und den Ansprüchen der Betrachtungsräume nicht gerecht wird. Seit der Beratung der Regierungschefs von Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein im April 1994 ist zwar eine Lenkungsgruppe installiert worden, die zu Beginn dieses Jahres auch einen Werkstattbericht vorgelegt hat, aber schon die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe macht deutlich, daß das Konzept einen Mangel hat. Der Ursprung des Regionalen Entwicklungskonzepts liegt nämlich vor der Wiedervereinigung, und bis heute ist Mecklenburg-Vorpommern nicht angemessen berücksichtigt und nicht in die Beratungen einbezogen worden.

Ein weiterer wesentlicher Mangel liegt in der Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes, das auf die Metropolregion fokussiert ist. Die Umlandgemeinden werden gewissermaßen in eine dienende Funktion gebracht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Stimmt nicht!)

Das Hamburger Umland soll Reservekapazitäten für die Wohnversorgung, für Gewerbegebiete und für die Abfallentsorgung vorhalten, Herr Kubicki, wird aber nicht als gleichberechtigter Partner angesehen. Nach unserer Auffassung ist es ein falscher Ansatz, eine vornehmlich wirtschaftliche Entwicklung sozusagen nur vom Kern weg zu betrachten. Es ist genauso falsch, Entwicklungen nur entlang von Achsen vorzusehen und

insbesondere die Entwicklungen, die in die Metropole hineinreichen, als Entscheidungsparameter zu wählen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kreise!)

Wir sind der Auffassung, daß maßgeschneiderte Konzepte erforderlich sind. Die Landesregierung hat aber insbesondere den kommunalen Bereich Südholstein bis heute nicht hinreichend betreut.

Dennoch liegen die zum Teil hervorragenden Analysen ja auf dem Tisch, zum Beispiel das Positionspapier der CDU-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

gemeinsam mit den Kreistagen von Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Harburg, Lüneburg, Rotenburg und Stade.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: CDU-Fraktion der Kreise, nicht der Kreistage, oder?)

- „Der CDU-Fraktion der Kreistage“, so habe ich formuliert. - Offenbar haben Sie gerade aus Verlegenheit gelacht, weil aus Ihren Reihen bis heute offensichtlich nichts gekommen ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Schon die Zusammensetzung der Arbeitskreise beweist aber, daß im Hamburger Umland übergreifend gedacht und gehandelt wird. Hieran, meine ich, sollte sich die Landesregierung ein Beispiel nehmen.

Der Niedersächsische Landtag hat darüber hinaus die dortige Landesregierung einstimmig aufgefordert, sich für die Aufnahme der Landkreise Cuxhaven, Soltau-Fallingbostel, Uelzen und Lüchow-Dannenberg in das Kerngebiet der Metropolregion Hamburg einzusetzen. Der niedersächsische Innenminister will sich für die vorgenannten Landkreise entsprechend einsetzen. Diesem niedersächsischen Vorbild sollte die

Landesregierung folgen, denke ich, und die **Ausweitung der Metropolregion** betreiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bis Kiel!)

So hat Herr Voscherau kürzlich zu Recht darauf hingewiesen, daß eine Ausweitung der Metropolregion zum Beispiel auf den Wirtschaftsraum Brunsbüttel ein allein von Schleswig-Holstein zu lösendes Problem ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bis Kiel vor allem!)

Das macht deutlich, daß die Landesregierung diesen Ansprüchen bisher nicht gerecht geworden ist. Wir sind der Auffassung, daß sie dem niedersächsischen Vorbild folgen sollte. Nach unserer Auffassung muß die Metropolregion neu abgegrenzt und zum Beispiel der Wirtschaftsraum Brunsbüttel unmittelbar einbezogen werden, dies insbesondere wegen des Hafens, der Zusammenarbeit mit Hamburg und der chemischen Industrie.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Kernkraftwerk!)

Das bedeutet aber auch, daß die dazwischenliegenden Bereiche in die Metropolregion hineinfallen müssen und daß der Betrachtungsraum entsprechend nach Dithmarschen auszudehnen ist.

Dieses Beispiel zeigt, daß die Entwicklung von Hamburg weg nicht der entscheidende Ansatz des REK sein darf, sondern daß - wie im Falle Hafen Hamburg, Hafen Brunsbüttel - zwischen den Wirtschaftsräumen Spannungsfelder aufgebaut werden müssen, innerhalb derer - und nicht nur entlang den Achsen - die wirtschaftliche Entwicklung stattzufinden hat.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo bleibt Schleswig-Holstein?)

- Also, bis heute liegt für mich Brunsbüttel noch in Schleswig-Holstein. Wenn Ihre Geographie eine andere ist, ist das Ihre Sache.

Dies gilt im kleinräumigen Umlandbereich von Hamburg genauso wie im Spannungsfeld der Häfen

Lübeck und Hamburg oder des Wirtschaftsraums Lübeck zum Entwicklungsräum Hamburg oder des Wirtschaftsraums Kiel-Rendsburg-Neumünster mit der Metropolregion oder auch des Wirtschaftsraums Schwerin, der allerdings zugegebenermaßen, Herr Hentschel, nicht in Schleswig-Holstein liegt, mit Hamburg.

Die **Leitprojekte** für das REK hat die vorherige Landesregierung im März 1996 mitgeteilt. Vertieft wurden diese bis heute nicht. Das Problem ist: Aufgrund der Koalitionsvereinbarung verdichtet sich heute der Eindruck, daß die für Schleswig-Holstein lebensnotwendige Zusammenarbeit mit Hamburg erschwert

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

und insbesondere von den Grünen eine kontraproduktive Entwicklung hier im Lande betrieben wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dies gilt nicht zuletzt für Infrastrukturprojekte wie die Elbquerung, die Herr Voscherau nunmehr als westliche Querung mit fördern will, die die Grünen aber nach der Koalitionsvereinbarung bekämpfen wollen. Auf einer solchen Basis ist eine gemeinsame Landesplanung allerdings kaum noch möglich.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, den für Mitte September zugesagten abstimmungsfähigen Entwurf des REK-Berichts der Lenkungsgruppe nicht erst im Kabinett zu diskutieren, sondern kurzfristig im Wirtschaftsausschuß und im Landesplanungsrat zu behandeln und sich dafür einzusetzen, daß Mecklenburg-Vorpommern in dieses Projekt eingebunden wird. Kabinettsentscheidungen abzuwarten würde bedeuten, Zeitverzögerungen hinzunehmen, eine grüne Verwässerung zu ermöglichen und damit das Konzept für uns kaum noch tragbar zu machen. Wir fordern deswegen Ausschußüberweisung und Vorlage der Berichte im Wirtschaftsausschuß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] zur CDU: Sie freuen sich so, daß Herr Böttcher kommt! Ich freue mich auch!)

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht kommt man ja ins Protokoll, indem man durch seinen Beifall erwähnt wird.

Aber zuerst noch ein paar Worte zu Herrn Kayenburg! Die Grünen haben nicht nur ein Papier wie die CDU-Fraktion, sondern die Grünen haben im Laufe der Diskussion um das Regionale Entwicklungskonzept auch schon drei Kongresse durchgeführt. Herr Kayenburg, wenn es Sie interessiert, dann können Sie die Reader dieser Kongresse bei uns anfordern.

Die **Verflechtungen Hamburgs** mit seinem Umland auf beiden Seiten der Elbe sind eng. Sie bieten große wirtschaftliche Chancen, die meistens hervorgehoben werden, sie bergen aber auch viele Probleme für diese Region, aus der ich komme und die ich auch sehr gut kenne - ich habe zehn Jahre in der Arbeitsgemeinschaft der Hamburg-Randkreise mitgearbeitet -: Flächen- und Naturverbrauch, wachsender Autoverkehr, Schwierigkeiten bei der Ver- und Entsorgung von Wasser und Abfall und nicht zuletzt viele soziale Probleme, die sich durch die Nähe der Großstadt ergeben. Die gemeinsame Lösung dieser Probleme trotz bestehender Interessenunterschiede zwischen Stadt und Umland gestaltet sich schwieriger als bei den meisten anderen Großstädten dieser Bundesrepublik, weil wir diese Probleme nicht interkommunal lösen können, sondern sie länderübergreifend angehen müssen.

Das Regionale Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg, kurz REK genannt, ist ein richtiger Ansatz, der allerdings auch eine ganze Reihe von Mängeln hat. Ein gravierender Mangel ist, daß das Regionale Entwicklungskonzept kein Konzept ist, das ein Entwicklungsziel festlegt, sondern ein Konzept, das in wesentlichen Bereichen Entwicklungen beschreibt, fortschreibt und

versucht, diese in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken. Die Fragen „Wieviel Entwicklung verträgt denn diese Region? Welche Möglichkeiten gibt es, den Ansiedlungsdruck aus der Stadt und hin zur Stadt in strukturschwächere Regionen umzulenken, zum Beispiel die Westküste?“ spielten in der bisherigen Diskussion kaum eine Rolle, sondern es wurde eher nach dem Motto verfahren: Wenn die Mecklenburger keine Arbeit finden, dann müssen sie eben Hamburger werden.

Die positiven Ansätze, die in diesem Konzept auch vorhanden sind, in Fragen, die von **Umweltrelevanz** sind, gerieten aber leider immer wieder ins Hintertreffen, wenn es konkurrierende Nutzungsansprüche gibt, oder erweisen sich als hehre Worte, wenn es ums Geld geht. Ich möchte nur an den Bereich ÖPNV und die Diskussion mit der Stadt Hamburg erinnern, die bis zu 100 Millionen DM von den Hamburger Randkreisen für den bestehenden ÖPNV forderte. Aber vom Ausbau des ÖPNV, wie im Regionalen Entwicklungskonzept vorgesehen, war dabei nicht die Rede, als diese Zahlen genannt wurden. Wir denken, eine Überprüfung des Regionalen Entwicklungskonzept auf seine Umweltrelevanz ist unumgänglich.

Ein anderer gravierender Mangel des Regionalen Entwicklungskonzepts ist seine mangelnde **Verankerung auf kommunaler Ebene**, von der Öffentlichkeit und den Umweltverbänden ganz zu schweigen. Die drei beteiligten Bundesländer wollten und haben es noch immer vor, ihre Politik für die Region bindend festzulegen. Sie haben aber keine unmittelbare Bindungswirkung für die kommunalen Gebietskörperschaften. Aus diesem Grunde war und ist das Regionale Entwicklungskonzept nur im Konsens mit den Kommunen zu verwirklichen.

Um so erstaunlicher war es für mich, daß die Landesregierungen es nicht zuließen, ihre Entwürfe kommunalpolitisch diskutieren zu lassen, bevor sie in den Landeskabinetten verabschiedet wurden. Das hat zu Unmut auf der kommunalen Ebene geführt, und das, so meine ich, auch zu Recht. Ich gehe einmal davon aus, daß der Ärger der Kommunen wieder verraucht. Aber das Problem, das von Länderebene über die Köpfe der Kommunen in der Region entschieden wird, wird dadurch nicht gelöst, weil die Länder zum Teil keine Entscheidungskompetenzen besitzen, wenn nicht

sogar geplant ist, die Kommunen von wesentlichen Entscheidungen auszuschließen beziehungsweise ihnen bestimmte Kompetenzen zu entziehen. Das führt zu langwierigen **Abstimmungsproblemen** zwischen den beteiligten Ländern und den kommunalen Gebietskörperschaften, und es ist ein Hemmnis bei der Behandlung der Stadt-Umland-Probleme, die man einfach sehen muß. Dieser Weg ist langwierig und findet weitgehend zwischen Verwaltung und Staatskanzleien statt. Die Bürgerinnen und Bürger werden bestenfalls noch informiert - genauso wie die Parlamente.

Überlegungen, wie Landesparlamente und Kommunen in die Entwicklung des Regionalen Entwicklungskonzept mit einbezogen werden können, sind deshalb überfällig. Wir können uns, wie im Scharpf -Benz-Gutachten vorgeschlagen, einen **Regionalverband** vorstellen, dem bestimmte Kompetenzen zugewiesen werden. Die beteiligten Landesregierungen - also auch diese - und die kommunalen Gebietskörperschaften müßten im Rahmen eines solchen Verbandes auf bestimmte Rechte verzichten und sie der gemeinsamen Körperschaft übertragen. Dies würde zum Beispiel Bereiche der Flächenplanung, der Verkehrsplanung oder der Abfallpolitik betreffen. Im Gegensatz zu den meisten bestehenden Zweckverbänden, in die meistens Vertreter einer Gebietskörperschaft entsandt werden, stellen wir uns einen Verband vor, der aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Das hat den Vorteil, daß dieser Verband - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, Sie reden ja nachher sowieso, und Sie sagen, was Sie wollen. Deswegen müssen Sie jetzt nicht dazwischenreden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber Zwischenrufe darf ich machen, Herr Böttcher!)

- Ja, aber nicht ständig. Rufe sind etwas anderes als ein Monolog.

Ein solcher **durch Wahlen gebildeter Regionalverband** bietet die Chance, zu gleichberechtigten demokratischen Lösungen zu kommen, die den Interessen sowohl Hamburgs als auch des Umlands Rechnung tragen, weil auf diesem Wege schnellere, genauere und

demokratisch kontrollierte Entscheidungen getroffen werden können, um diesen Raum vernünftig zu gestalten.

Wir stimmen dem Berichtsantrag zu in der Erwartung, Antworten auf alle wichtigen Fragen zu bekommen.

Herr Kubicki, natürlich wird es rechtlich schwierig sein, und man muß sich sehr gut überlegen, wie man eine solche Lösung durchführen kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Damit kriegen Sie keine neuen Ebenen! Das ist politisch unsinnig!)

- Das können wir dann ja weiter diskutieren. Sagen Sie es nachher.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Böttcher, ich möchte das gleich aufgreifen. Ich habe das so verstanden, daß Sie eine weitere politische, eine weitere administrative, eine weitere parlamentarische Ebene einziehen wollen bei einem Flächenland oder einer Region in der Größenordnung von Schleswig-Holstein. Das ist etwas, was unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsstrukturreform, die wir in der Enquete-Kommission beraten haben, politisch für mich jedenfalls nicht überlegenswert ist. Es kommt auf Entstaatlichung, Entbürokratisierung an, dies aber ist das genaue Gegenteil.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Beispiel Stuttgart, Beispiel Frankfurt!)

Aber darüber können wir ja vielleicht noch einmal gemeinschaftlich im Ausschuß reden, wie über andere Dinge auch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Metropole Hamburg beeinflußt in starkem Maße die Entwicklung der südlichen Kreise Schleswig-

Holsteins. Aus der Sicht unseres Bundeslandes ist es deshalb nur folgerichtig, aufgrund dieser engen Verflechtung mit der Hansestadt Hamburg und den nördlichen Kreisen Niedersachsens zu kooperieren. Die Idee des Regionalen Entwicklungskonzepts weist in die richtige Richtung, und wir begrüßen ausdrücklich den Berichtsantrag der SPD-Fraktion, Herr Schröder, weil sich dieses Landesparlament natürlich nicht abseits von der Regierung nur mit Ergebnissen beschäftigen darf, sondern auch auf die laufende Entwicklung Einfluß nehmen muß.

Zahlreiche Aufgaben - seien es die Verkehrs-, die Wohnungsbau-, die Tourismus- oder auch die Abfallpolitik - lassen sich im Verbund wesentlich besser und effizienter lösen. Die uns zur Verfügung gestellten Berichte - **Workshop-Berichte** - enthalten viele gute Ansätze für eine Weiterentwicklung der Region. Die entscheidende Frage für die Fraktion der F.D.P. wird aber sein: Wie werden diese Ideen konkret umgesetzt? Welche Möglichkeiten ergeben sich hier?

Zum einen muß die endgültige Gestaltung der Zusammenarbeit der **parlamentarischen Kontrolle** unterliegen. Hier geht es um wichtige Fragen, die die Zukunft unseres Landes für die nächsten Jahre und Jahrzehnte prägen werden. Wir erwarten deshalb von der Landesregierung genaue und vollständige Informationen über den Stand der Planung und das weitere Vorgehen. Zum anderen werden wir sehr genau die Umsetzung in die Sachpolitik beobachten, denn was bringt der ganze Aufwand, wenn als wichtig erkannte Gemeinschaftsvorhaben nicht finanziert sind oder an ideologischen Einwänden und Grabenkämpfen scheitern und einfach wieder in der Schublade verschwinden!

Die bisherige Politik der Landesregierung und die Wohltaten des Koalitionsvertrages, Kollege Schröder, lassen aus unserer Sicht nichts Gutes vermuten. Was ich damit meine, läßt sich deutlich an der Frage der **Elbvertiefung** zeigen. Im Arbeitsgruppenbericht vom Februar 1996 finden wir den Hinweis, daß das Fahrwasser der Unter- und Außenelbe an die Anforderungen der Containerschiffe der vierten Generation so umweltverträglich wie möglich angepaßt werden muß, um im Wettbewerb mit den Rheinmündungshäfen bestehen zu können. Das Hickhack bei den Grünen zu diesem Thema muß ich hier jetzt nicht weiter ausführen.

Hamburg und Schleswig-Holstein sind von der Funktionsfähigkeit des Hamburger Hafens wirtschaftlich abhängig. Wer die Elbvertiefung ablehnt, dient nicht der Natur, aber er schadet der Wirtschaft auch dieses Landes. In der „Welt“ vom 29. Juli dieses Jahres können Sie die Folgen dieser Politik nachlesen. Die Reederei Hyundai hat Hamburg bereits den Rücken gekehrt, die Reederei Evergreen plant ebenfalls, ihre Zentrale nach London zu verlegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist Arbeitsplatzvernichtung in Reinkultur.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Straßenbau. Die Themen „Elbquerung“ und „A 20“ sind nicht die einzigen Vorhaben, nur die bekanntesten. Folgt man den uns zur Verfügung stehenden Berichten, so sind noch zahlreiche weitere **Straßenbauprojekte** für die Entwicklung der Region vordringlich; werden diese Projekte nicht zügig umgesetzt, droht angesichts der weiter zunehmenden Güterströme ein Verkehrschaos mit den bekannten schädlichen Nebenwirkungen für Mensch und Wirtschaft, und es droht ein Nachteil im Wettbewerb der Standorte für die Metropolregion Hamburg und damit auch für Schleswig-Holstein.

Unser besonderes Augenmerk gilt den Ausführungen der Landesregierung zu den Problemen der Bevölkerungsentwicklung. Laut Arbeitsgruppenberichten vom Februar dieses Jahres ist mit einem Anstieg der Bevölkerungszahlen bis zum Jahre 2010 um rund 190 000 Personen zu rechnen, wobei die schleswig-holsteinischen Kreise mit einem überproportionalen **Bevölkerungswachstum** von 100 000 Problemen an dieser Entwicklung teilhaben werden.

(Konrad Nabel [SPD]: 100 000 Probleme?)

Wie Sie die Folgen dieses Bevölkerungswachstums - 100 000 Zuwachs! - -

(Konrad Nabel [SPD]: „100 000 Probleme“ haben Sie gesagt!)

- 100 000 Personen! - Herr Nabel, ich weiß, daß Sie Probleme mit dem Verständnis und dem Verstehen haben; damit Sie das Protokoll nicht nachzulesen brauchen, wiederhole ich diesen Satz noch einmal für Sie Ihrer Aufmerksamkeit

entsprechend langsam: Die schleswig-holsteinischen Kreise werden mit einem überproportionalen Bevölkerungswachstum von 100 000 Personen an dieser Entwicklung teilhaben - 100 000 Personen!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heute stand in der Zeitung, daß dies schon überholt ist!)

Wie Sie die Folgen dieses Bevölkerungswachstums bewältigen wollen, darauf sind wir sehr gespannt. Zusätzliche Einwohner bedeuten nämlich einen erhöhten Bedarf an Wohnraum, an Arbeitsplätzen und an Gewerbegebieten. Schon jetzt besteht im Hamburger Randgebiet eine Unterversorgung in allen drei Bereichen, so daß sich, wenn nicht schnell und entschlossen gehandelt wird, die Probleme kurz- und mittelfristig noch verschärfen werden. Insbesondere Schleswig-Holstein ist gefordert.

Der Bericht der Arbeitsgruppe „Wirtschaft“ weist darauf hin, daß trotz eines akuten Engpasses bei der Bereitstellung von Gewerbegebieten in Schleswig-Holstein die Bereitschaft und Akzeptanz zur Schaffung neuer Gewerbegebiete sinkt. Das ist ein Alarmzeichen. Wenn künftig - wie wir hören - in noch stärkerem Ausmaß Ausgleichsflächen bereitgestellt werden müssen, dann wird aus der Alarm- ganz schnell die Totenglocke für die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ohne Akzeptanz kriegen Sie das doch gar nicht hin, Gewerbegebiete auszuweisen!)

- Herr Hentschel, über kurz oder lang wird Ihre Partei den Menschen dieses Landes einmal erklären müssen, wo sie denn Arbeit finden sollen, wenn nicht im eigenen Land oder in der Metropolregion Hamburg.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Von Ihren Erklärungen allein, daß künftig alle Menschen dieses Landes zu Naturpark-Rangern ausgebildet werden können, werden sie keine Existenz finden.

Wir werden die Aussage Ihres Koalitionsvertrags, daß die Ressource „Raum“ für Wohnungen und

Arbeitsplätze in hinreichendem Umfang zur Verfügung stehen muß, ernst nehmen und Ihre Aktivitäten an diesem Maßstab messen. Damit Sie die Stelle gleich finden, Herr Hentschel: Es ist die Seite 46 des Koalitionsvertrages.

Die rot-grüne Landesregierung wird sich entscheiden müssen, ob sie die Belange des Umweltschutzes über die Notwendigkeit zur Ausweisung neuer Gewerbe- und Wohngebiete stellt. Sie wird sich entscheiden müssen. Insbesondere die grüne Partei muß erklären, ob sie sich diesen Sachzwängen stellt oder sich hinter einer Ökolyrik versteckt, die - wie im Koalitionsvertrag nachzulesen - von einem „ausgewogenen Entwicklungspfad zwischen Ökologie und Ökonomie“ schwadroniert, was auch immer das konkret heißen mag.

Frau Heinold, Ihre grüne Parteifreundin, Frau Leonhard, hat uns ja am letzten Wochenende ihre Befindlichkeit angesichts von Sachzwängen mitgeteilt; ihre gehe es immer ganz schlecht, wenn sie an diese Sachzwänge denke, hat sie ausgeführt. Herr Minister Steenblock wird ihr in dieser schwierigen Situation sicherlich hilfreich zur Seite stehen. Er hat die erste Lektion in Sachen Realpolitik ja bereits hinter sich bringen müssen und daraus hoffentlich gelernt.

Eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wohnungsmangel, hohe Mieten und Arbeitslosigkeit lassen sich nur bekämpfen, wenn in ausreichendem Maße Gebiete für neue Wohnungen und Gewerbeansiedlungen dort bereitgestellt werden, wo sie nachgefragt werden. Da hilft auch kein noch so schöner vernetzter Biotopverbund.

Wir sehen aber noch ein weiteres, ganz gravierendes Problem bei der Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts: die Frage der Finanzierbarkeit, Kollege Schröder. Das Beispiel des schienengebundenen Verkehrs in der Region macht dies überdeutlich. Selbstverständlich ist es positiv zu werten, wenn - wie geschehen - ein **integriertes Straße-Schienen-Konzept** entwickelt wird. Der Nutzen dieser Arbeit wird jedoch insgesamt in Frage gestellt, wenn sofort der Einwand erhoben wird, die niedersächsischen Kreise hätten zur Zeit keine finanziellen Mittel für einen Ausbau des Schienenverkehrs und auf absehbare Zeit sei damit auch nicht zu rechnen. Ich frage einmal in das Hohe Haus hinein - ich frage

den Wirtschaftsminister und die Mehrheitsfraktion - : Sieht denn die Zukunft des schleswig-holsteinischen Schienenverkehrs eigentlich, was die Finanzierbarkeit angeht, anders aus?

Dies waren nur einige exemplarische Beispiele. Der Katalog der Aufgabenfelder, in denen es zu Konflikten kommen wird, ist ungleich größer. Wie wird beispielsweise die Frage der Zusammenarbeit in der Abfallwirtschaft und der Baggergutunterbringung gelöst? Wie gestaltet sich zukünftig die Schulfrage, oder wie werden gemeinsame Anstrengungen in der Wohnungsbaupolitik koordiniert? Es kann doch nicht so sein, daß wir die Sozialwohnraumversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg auf schleswig-holsteinischem Gebiet ausschließlich übernehmen und damit auch eine Reihe von Problemen in das Land holen, um die sich Hamburg nicht selbst in ausreichendem Maße kümmert!

Zu allen diesen Fragen sehen wir den weiteren Ausführungen der Landesregierung mit großem Interesse entgegen. Wir werden die Weiterentwicklung und Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzepts kritisch begleiten, warnen aber schon jetzt davor, Luftschlösser zu bauen, die sich bei näherem Hinsehen als nicht finanzierte Luftnummern erweisen oder aber als semantische Übungen. Die Metropolregion Hamburg muß - das ist unsere Überzeugung - auch weiterhin der Motor für die Entwicklung bleiben. Sie kann dies allerdings nur leisten, wenn ihr die Politik nicht den Strom abdreht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Der SSW begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit der Länder Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die durch das Regionale Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg verdeutlicht wird. Damit bestätigt sich unsere Auffassung, daß die notwendige länderübergreifende Zusammenarbeit und die Abstimmung der Politik in wichtigen Kernbereichen

wie Verkehr, Umwelt, Wirtschaftsförderung, Wohnungsbau und so weiter auch ohne die Verwirklichung eines Nordstaats möglich ist.

In seiner Einleitung weist der Bericht der Lenkungsgruppe des Regionalen Entwicklungskonzepts zwar darauf hin, daß es eine Schwäche der Zusammenarbeit sei, daß es keinen Nordstaat mit entsprechender finanzieller Ausstattung oder politischer Macht gebe; wir meinen aber, daß eine Zentralisierung der politischen Entscheidungen im Rahmen eines Nordstaats negative Folgen für unsere demokratischen Institutionen hätte, für die gesellschaftliche Nähe und nicht zuletzt auch für die Menschen in unserem Lande, für die Minderheit, die wir ja vertreten.

Das Beispiel von Berlin und Brandenburg zeigt, daß solche Bestrebungen auch von der Bevölkerung nicht unterstützt werden. Deshalb sind wir bereit, die möglichen Schwächen, die durch den nicht existierenden institutionalisierten Rahmen entstehen, zu akzeptieren. Durch diesen Zustand werden die Länder dazu gezwungen, einen Konsens aller Beteiligten zur Durchführung konkreter Projekte zu erreichen. Die negativen Folgen bestehen darin, daß die Entscheidungsprozesse länger dauern können. Das nehmen wir aber angesichts der Vorteile in Kauf. Herr Böttcher machte vorhin darauf aufmerksam, daß es vielleicht in anderen Bereichen Nachbesserungen geben muß. Auch darauf wird man zurückkommen.

(Unruhe)

In der von der Lenkungsgruppe vorgeschlagenen gemeinsamen Organisation der Landesplanung wird festgestellt, daß künftige Lösungsmodelle ohne **Kommunalbeteiligung** nicht realistisch sind. Das wertet der SSW als positiv, weil dadurch die Kommunen in den Entscheidungsprozeß einbezogen werden müssen. Für uns stellt sich aber die Frage, wie man sicherstellt, daß die kommunalen Gebietskörperschaften in die künftige Zusammenarbeit real eingebunden werden. Bei dem laufenden Raumordnungsverfahren gibt es bei der Einbeziehung der Gemeinden nicht unerhebliche Probleme. Es muß verhindert werden, daß sich diese Probleme bei überregionalen Projekten verstärken. Deswegen befürworten wir den Berichtsantrag der SPD.

Wir begrüßen die Umsetzung des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Metropolregion Hamburg. In diesem Zusammenhang möchte ich aber darauf hinweisen, daß es noch andere Planungsaufgaben gibt. Ich möchte auch wiederholen, daß die Fortschreibung des Regionalplans für den Kreis Schleswig-Flensburg, für den Landesteil Schleswig zügig vorangetrieben werden muß. Man darf bei der überregionalen Planung nicht die regionale Planung vergessen.

(Anhaltende Unruhe)

Für den SSW stellt sich weiter die Frage, ob die positiven Erfahrungen, die man mit der länderübergreifenden Zusammenarbeit hoffentlich macht, nicht auch im Grenzbereich angewendet werden können. Sønderjyllands Amt und das Land Schleswig-Holstein sollten sich mit dieser Sache auseinandersetzen. Ansätze gibt es schon im Entwicklungskonzept Wiedingharde und Tøndermarsk. Man könnte auch hinzufügen, daß die Zusammenarbeit Vorbild für eine weiterführende Kooperation zwischen den kreisfreien Städten und den Umlandgemeinden sein könnte; denn auch da besteht Handlungsbedarf.

Vorerst aber begrüßen wir den Berichtsantrag, bevor wir uns dann weiter mit der Angelegenheit auseinandersetzen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gefühlsselige Euphorie, mit der F.D.P. und CDU auf die Wörter „Planung“, „Vorgaben“, „durchschlagen“, „Entscheidungen treffen“ reagieren, ist schon relativ spannend. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wollen Sie das in einer derart belasteten Region um Hamburg herum, wo sich schon erste Ermüdungs- und Widerstanderscheinungen gegenüber weiteren Entwicklungen zeigen, von Kiel aus dem Wirtschaftsausschuß heraus mit einer Vorgabe hinkriegen, wenn die nicht mitmachen, keine F-Pläne machen, keine Bauleitplanung aufstellen,

keine Bebauungspläne machen, das heißt, sich einfach sperren, bei der Entwicklung weiter mitzumachen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Genau diese Überlegungen haben bei uns dazu geführt, daß wir sehr sorgfältig und sensibel zu den Vorgaben des Gutachtens von Scharpf, das die SPD-Regierung in Schleswig-Holstein 1992 zum Regionalen Entwicklungskonzept in Auftrag gegeben hat, gekommen sind, indem wir gerade den Kreisen und Kommunen in Schleswig-Holstein, aber auch über die Grenzen hinweg eine besondere Rolle eingeräumt haben, um sicherzustellen, daß hinterher keiner sagen kann, er sei zu einer Handlung gezwungen worden, die nicht im Einklang mit dem stehe, was man für seinen eigenen Raum vor der Tür für richtig halte.

Herr Kayenburg, wenn Sie nun auch noch Schwerin mit einplanen wollen - warum nicht gleich bis an die polnische Grenze und auf der anderen Seite bis sonstwohin?

(Martin Kayenburg [CDU]: Na, na!)

Wenn Sie schon jetzt merken, daß wir im Hamburger Raum größte Schwierigkeiten haben, alle am Tisch zu behalten, dann würde ich das nicht dadurch belasten, indem ich das Ganze noch mehr ausweite. Wir haben schon heute fast 13 Arbeitsgruppen mit bis zu 20 Mitgliedern, die sich laufend treffen. Je mehr regionale Teile dazukommen, um so größer wird der Koordinierungs- und Abstimmungsbedarf, und um so mehr geht das eigentliche Ziel im Verwaltungsdschungel unter, nämlich aus der Region Ideen zu entwickeln, wie die Region mit den Herausforderungen fertig wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sagen Sie das nicht uns, sondern Herrn Böttcher!)

- Das ist die Meinung der Landesregierung. Natürlich kann ein Abgeordneter das gern anders sehen, oder er kann das Gefühl haben, er würde das gern stärker sehen. Aber wir sehen es im Moment so.

(Meinhard Füllner [CDU]: Wir sehen das doch nicht anders! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir sehen es doch wie Sie!)

Wann immer wir im Landtag über Landesplanung debattieren, wir reden jedesmal über den Planungsraum I beziehungsweise das REK, weil diese Region, das sogenannte Hamburger Umland, in Schleswig-Holstein die größte Entwicklungsdynamik aufweist. Ich teile die Meinung der Frau Abgeordneten Spoerrendonk, wenn sie sagt, man müsse ein bißchen aufpassen, daß andere Regionen im Land nicht das Gefühl haben, sie seien die Stiefkinder und nur noch Hamburger Probleme interessierten. Sie sind am brennendsten, aber wenn eine Region leerläuft, ist das auch nicht gerade sehr angenehm. Um beides muß man sich kümmern.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Anke Spoerrendonk [SSW])

Frau Spoerrendonk, richtig ist: Die Wirtschaft wächst am stärksten im Hamburger Raum, die Bevölkerungszahl wächst dort so wie sonst nirgends. Verkehrsentwicklung, Bevölkerungsdichte, Wohnungsdichte, der notwendige Schutz der landwirtschaftlichen Freiräume, das alles sind besondere Probleme, die leider Gottes nicht von einer Region alleine gelöst werden können, sondern über Landesgrenzen hinweg angegangen werden müssen.

In dieser Region ist die Dynamik in der Zwischenzeit so groß, daß Kommunen, die sich überfordert fühlten, den Vorschlag eines Regionalen Entwicklungskonzeptes dankbar aufgegriffen haben und mitarbeiten. Es soll gemeinsam gehandelt und geplant werden, und der Versuch ist entgegen allen Unkenrufe hier sehr weit gediehen. Wir werden zu gegebener Zeit gern darüber berichten. Ich wäre aber sehr dankbar, wenn der Wirtschaftsausschuß nicht im Hauruckverfahren vorpreschend irgendwelche Entscheidungen träfe und dadurch weitere Diskussionen in der Region beschädigte.

Die Arbeitsgremien haben sich nämlich in der Zwischenzeit bereits einen **gemeinsamen Handlungsrahmen** vorgegeben, der Ihnen Anfang Mai nach zwei Jahren vorgelegt worden ist. Der Entwurf ging an die Fraktionen der

Landesparlamente, an Kammern und Verbände, an die Gemeinden, Ämter und Städte der beteiligten Kreise. Die Kreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg hatten und haben immer noch die Möglichkeit, sich damit zu beschäftigen.

Wenn die Menschen nicht von Planungen überrollt werden sollen, brauchen sie laufend Informationsveranstaltungen - eine durchaus starke Belastung auch für die Mitarbeiter in den Kreisen. Wir haben informiert - selbst die, die nicht unmittelbar dazugehören, sind mit eingeladen worden, also auch die, die im sogenannten Beobachtungsraum leben, das heißt in den Gebieten, die die Metropolregion erweitern, die auf der einen Seite bis Buxtehude und auf der anderen Seite bis Cuxhaven gehen.

Ich bin ein bißchen zögerlich, dem Wunsch zu entsprechen, alle diese Gebiete ins REK einzubeziehen, weil wir dann wieder ganz von vorn anfangen müßten und überhaupt keine Abgrenzung hinkriegten. Ich bin noch zögerlicher, das Achsenkonzept aufzugeben. Wenn wir das machten, bekämen wir einen Jahresringbrei um Hamburg herum, der nicht mehr zu durchschauen wäre.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Lieber Herr Kayenburg, wenn sich die Verfasser von offenen Briefen wieder der wunderschönen Ordnung zuwenden, daß der Empfänger des offenen Briefes diesen auf dem Tisch hätte, bevor es in der Zeitung steht, bräuchte man nicht so harsch zu reagieren. Was in dem Brief der Wirtschaftsunternehmensverbände steht, ist halb so schlimm wie das, was in der Zeitung stand: „Unternehmensverbände wollen nach Hamburg.“ - Ich habe darauf relativ harsch reagiert, dann erst den Brief lesen können und festgestellt, daß es gar nicht so schlimm ist. Sie wollen in das Regionale Entwicklungskonzept. Das ist ein verständlicher Wunsch. Ob wir ihn erfüllen können, weiß ich nicht. Natürlich nehmen wir den Sachverstand der Unternehmensverbände gern entgegen, wenn sie in den Gremien, die sich im Beobachtungsraum etabliert haben, mitarbeiten.

Die Niedersachsen sind ganz vigiliensch vorgegangen. Ich darf daran erinnern, daß die Planungshoheit in Niedersachsen bei den Kreisen

liegt. Sie verstecken sich hinter dem Land, das dort überhaupt nichts zu sagen hat, lassen sich von denen eine Fahrkarte geben, beim Regionalen Entwicklungskonzept dabeizusein, und das war es dann auch. Sollten die sich jedoch mit hineinmogeln oder reinwurscheln können, wird man auch bei uns überlegen müssen, ob man den Raum erweitern soll. An sich bin ich dagegen, weil die 13 Arbeitsgruppen mit den jeweils bis zu 20 Mitgliedern in der Zwischenzeit kaum noch überschaubar sind und meiner Meinung nach dann als Dinosaurier nur noch Papier produzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mit großem Interesse vernommen, daß mein Kollege Bürgermeister Voscherau in der letzten Zeit häufiger betont hat, daß die Metropolregion Hamburg einen einheitlichen Wirtschaftsraum darstellt und daß wir eine gemeinsame Zukunft haben.

Das ist wirklich schön, daß er das anerkennt und daß uns die Hamburger einmal nicht wie die Schmuddelkinder am Katzentisch sitzen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Warum wir nun jedesmal gleich einen **Nordstaat** organisieren müssen, das ist nicht ganz einsehbar, und es zeigt sich ja jetzt bei den Planungsarbeiten, daß der Wille zur Zusammenarbeit durchaus auch dann vorhanden ist, wenn es über Ländergrenzen hinweggeht.

Ich glaube, wir schaffen faire **Ausgleichslösungen**. Gerade an dem ersten Modell des gemeinsamen **sozialen Wohnungsbaus** zeigt sich ja, daß man dann, wenn sich beide etwas davon versprechen, zu Lösungen kommen kann, auch wenn vorher jeder behauptet hat, daß eine Lösung überhaupt nicht möglich wäre.

Die **trilateralen Organisationsformen**, die wir finden müssen, leiden ein bißchen darunter, daß Hamburg auf der einen Seite sowohl die Kommune als auch den Stadtstaat repräsentiert, daß wir, obgleich die **Planungshoheit** beim Land liegt, letztlich aber den **Kommunen** den großen Spielraum lassen, den sie brauchen, um ihre eigenen Planungen umzusetzen, und daß in Niedersachsen die Planungshoheit bei den Kreisen liegt. Dennoch haben wir Möglichkeiten gefunden, wie wir auch

diese organisatorisch unterschiedlichen Formen unter einen Hut bekommen.

Wir werden Ihnen gern Bericht erstatten, sobald das Projekt **Regionales Entwicklungskonzept für die Metropolregion Hamburg** weitere Konturen angenommen haben wird.

Wichtig ist noch festzuhalten, daß wir das höchstwahrscheinlich nicht bis zur 5. Tagung des Landtages schaffen werden, weil erst am 9. November in einer trilateralen Kabinettsitzung festgelegt werden soll, welche Stufen wir in der Zwischenzeit erreicht haben und welche auf allen drei Ebenen als vorstellungswürdig angesehen werden können. Es hat nämlich überhaupt keinen Zweck, unterschiedliche Meinungen zu einem Thema in den Parlamenten diskutieren zu lassen. Das könnte der ganzen Sache nur schaden. Das bedeutet aber nicht, daß dann schon Entscheidungen gefällt würden, ohne daß wir unsere jeweiligen Parlamente unterrichtet hätten. Ich würde aber ungern in den Zeitungen unterschiedliche - ich sage es einmal so - Interpretationen des Erreichten lesen. Deswegen bitte ich Sie um Geduld. Sobald uns diese Ergebnisse vorliegen werden, werden wir Sie unterrichten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, und den Antrag nehmen wir gern und in Demut entgegen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir dürfen nicht diskutieren, und die klatschen auch noch!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal gemeldet, nachdem ich merkte, daß Herr Kayenburg und Herr Kubicki einiges gründlich mißverstanden haben. Uns geht es in unserem Antrag ja nicht darum, hier heute die Diskussion zu beginnen, wie Sie das mit dem Referieren einzelner Arbeitsgruppenergebnisse gemacht haben, Herr Kubicki; uns geht es darum, heute den Berichtsantrag zu stellen und die eigentliche inhaltliche Diskussion dann zu führen,

wenn der Bericht vorliegt. Das wollte ich noch einmal klarstellen.

Herr Kayenburg, der „Werkstattbericht“ und die dicke Materialmappe, die Sie sicherlich ebenfalls haben, weisen aus, daß sich hier **Arbeitsgruppen** gebildet haben. Es sind insgesamt neun Arbeitsgruppen - eine Querschnittsgruppe ist als zehnte dazugekommen -, in denen die Beteiligten mitdiskutiert haben. Das sind die Kommunen, die dort mitdiskutieren, es sind Unternehmen und Gewerkschaften. Ich glaube, Sie liegen falsch, wenn Sie den Vorwurf erheben, dort könnten die Beteiligten überhaupt nicht mitdiskutieren.

Es geht natürlich darum, im Laufe der Diskussion - das wird dann auch dieser Bericht zeigen - danach zu fragen, ob der **Raum**, der durch das **REK** beschrieben wird, richtig ist. Dabei muß zwischen dem abgewogen werden, was Frau Spoerrendonk heute noch einmal gesagt hat, und dem, was uns eigentlich von Anfang an in der Diskussion geleitet hat. Schleswig-Holstein besteht eben nicht nur aus Südholtstein und aus dem Raum um Hamburg, sondern auch aus verschiedenen anderen Räumen. Die müssen ihre Entwicklungschance haben und müssen auch von uns eine Entwicklungschance bekommen.

Deshalb ist es wahrscheinlich ziemlich schwierig, ganze Kreise - so haben es ja möglicherweise die Niedersachsen vor - in diesen Raum des Regionalen Entwicklungskonzepts mit hineinzunehmen. Ich kann verstehen, daß Brunsbüttel eigentlich dort hineingehört - vor allen Dingen nach den letzten Diskussionen mit Herrn Voscherau; es besteht sicherlich die Möglichkeit, hier eine Arrondierung vorzunehmen -, aber bei der Vorstellung, nun ganze Bereiche vielleicht bis zum Nord-Ostsee-Kanal einzubeziehen, weiß ich dann doch nicht, ob das hinhaut. Das sollte der Diskussion vorbehalten bleiben, die wir hier führen werden, wenn wir den Bericht erhalten haben.

Eines allerdings möchte ich an dieser Stelle noch sagen: Uns geht es auch nicht darum - das ist auch schon von anderer Seite gesagt worden -, neue **Institutionen** einzurichten. Ich glaube, daß die bestehenden **parlamentarischen Gremien** gestärkt werden müssen. Diese Ebenen müssen sich mit diesem Bereich so befassen können, daß sie auch wirklich Einfluß haben. Dazu brauchen wir nicht ein zusätzliches interkommunal - oder wie auch

immer - entstehendes Parlament, das überhaupt nicht mit Dingen in anderen Teilen dieser Republik vergleichbar ist, weil wir hier nämlich eine Landesgrenze zwischen dem Kern der Metropolregion und dem haben, was ringsherum ist.

Das **Achsenkonzept** ist für uns aber - ich hätte es jetzt nicht inhaltlich angesprochen, wenn Sie nicht darauf abgehoben hätten - ein ganz wichtiges Instrument zum Erhalt der Lebensfähigkeit der Region. Es geht nämlich bei der Entwicklung des **REK** nicht nur um Wirtschaft, sondern es geht darum, soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte unter einen Hut zu bringen, und es geht vor allen Dingen um die Menschen, die zusätzlich in diesen Raum kommen, die dann Wohnungen und Arbeitsplätze brauchen. Aus diesem Gesichtswinkel gibt es sicherlich auch einen Wirtschaftsaspekt, aber wir können diesen Wirtschaftsaspekt nicht in den Vordergrund stellen.

Herr Kayenburg, damit bin ich bei dem letzten Fehler, den Sie nach meinem Dafürhalten heute gemacht haben: Dieser Berichtsantrag - so meine ich - sollte hier heute beschlossen werden und sollte nicht noch einmal „verschleppt“ werden in irgendeinen Wirtschaftsausschuß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das will doch keiner! Wer hat das denn beantragt?)

Wenn hier irgend etwas überwiesen werden wird, dann sollte das bitte an den Umweltausschuß geschehen, der für den Bereich der Landesplanung zuständig ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Damen und Herren! Ich will noch drei Punkte ansprechen. Das eine ist das Thema **Gewerbeflächen**. Sie tun ja gerade so, Herr Kubicki, als wären es die Grünen, die verhinderten, daß im Hamburger Umland Gewerbeflächen ausgewiesen werden könnten. Das

ist noch nie so gewesen. Ich war in dem Raum lange Jahre Gemeinderat und habe festgestellt, daß es die CDU-Leute sind, die in den Gemeinden sagen: Jetzt ist Schluß; wir geben keine Flächen mehr her.

(Lachen bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo waren Sie denn Gemeinderat?)

Ich war in einer Kommune Gemeinderat, in der es eine absolute CDU-Mehrheit gab und in der sich die CDU massiv gegen die Ausweisung von neuen Flächen stellte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In welcher Gemeinde waren Sie eigentlich?)

Zweiter Punkt: Sie wenden sich gegen das **Achsenkonzept**. Wollen Sie die Flächen auch noch zubauen? - Das werden die Leute in der Gegend nicht zulassen. Die wollen doch ihre Grünflächen behalten. Das Problem besteht in folgendem. Wenn ich neues Gewerbe in dieser Region haben will, dann kann ich nicht unentwegt nur nach neuen Flächen rufen, sondern muß nach intelligenten Lösungen suchen.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Das heißt, ich brauche eine **ökologische Gestaltung von Flächen**, damit sie überhaupt akzeptiert werden; ich brauche flächensparende Konzepte, wie sie mittlerweile auch von Wirtschaftsverbänden diskutiert werden, ich muß zu einer urbanen Gestaltung kommen, zu einer Mischung von Wohnen und Gewerbe dort, wo dies möglich ist, und ich muß wegkommen von großen Flächen, die mit Wellblechkästen zugebaut werden. Nur dann, wenn ich das berücksichtige, bekomme ich überhaupt noch eine akzeptierte Entwicklung von Gewerbe in dieser Region hin. Das ist unbedingt nötig.

Dritter Punkt: **Verkehr!** Es ist in diesem Bereich unbedingt erforderlich, daß ich dann, wenn ich Gewerbeflächen ausweise, kläre, wie die **ÖPNV-Anbindung** für die Leute ist, die dort arbeiten sollen, wie der **Gütertransport** geregelt ist, damit ich nicht anschließend mit LKW durch Wohngebiete fahren muß. Dort gibt es nämlich überhaupt keinen Platz, und es ist in dieser Region

gegen die Bevölkerung in dieser dichtbesiedelten Region nicht durchzusetzen, daß dort hindurch neue Straßenschneisen „geknallt“ werden. Das kriegen Sie überhaupt nicht mehr hin. Das ist doch auch der Grund dafür, warum die „Straße“ in diesem Gebiet am Ende ist. Wir haben in dem Ort, in dem ich Gemeinderat war, jeden Tag sechs Stunden Autostau gehabt, obwohl es schon zwei Umgehungsstraßen gab, unter anderem eine Autobahn. Dann können Sie zwar noch eine Straße bauen, aber das wird schon deshalb schwierig, weil gar kein Platz mehr vorhanden ist, denn der nächste Ort schließt sich schon an. Das heißt, diese Rufe nach noch mehr Straßen sind völlig sinnlos.

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir müssen endlich zu anderen Konzepten kommen. Wenn wir nicht bereit sind, darüber nachzudenken, werden wir auch keine vernünftige Entwicklung hinbekommen. Eine ökologische, sozial angepaßte **Entwicklung im Hamburger Raum** ist die Bedingung dafür, daß überhaupt noch eine wirtschaftliche Entwicklung möglich wird, Herr Kubicki.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoerrendonk [SSW])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucherinnen und Besucher des Amtsausschusses Nortorf-Land. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Schlie. - Die CDU-Fraktion hat noch drei Minuten Redezeit zur Verfügung, Herr Abgeordneter.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn hier über das **Regionale Entwicklungskonzept** und über die **Beteiligungsformen für die Kommunen** gesprochen wird, dann habe ich den Eindruck, daß sehr viele vom grünen Tisch aus reden und nicht so recht wissen, wie das tatsächlich abgelaufen ist.

.

(Zuruf von der SPD: Das müssen gerade Sie sagen!)

- Ja, ich kann das aus meiner Arbeit im lauenburgischen Kreistag sehr gut beurteilen.

Erstens haben sich die Kommunen das Recht, in den Arbeitsgruppen überhaupt mitarbeiten zu können, erkämpft. Dann sind hauptamtliche Bürgermeister und Landräte dabei gewesen - das ist richtig -, allerdings gab es das Verbot, die Arbeitsergebnisse mit den **kommunalen Selbstverwaltungsgremien** „rückzukoppeln“. Dieses Verbot hat dazu geführt, daß letztlich die kommunalen Selbstverwaltungsgremien, die abschließend Stellung dazu nehmen sollen, dieses ganze Werk, nämlich diese Materialsammlung, in der eigentlich die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und das, was aus dem Raume eingeflossen ist, enthalten sind, jetzt in einer unangemessen kurzen Form - nämlich nur die Kurzfassung - zur Stellungnahme vorgelegt bekommen. Zu dem, was die Kommunen eingegeben haben, wird lediglich gesagt: Das könnt ihr im Werkstattbericht querlesen. Aber im eigentlichen Regionalen Entwicklungskonzept ist es nicht drin. Das dazu, meine Damen und Herren!

Frau Ministerpräsidentin, zu Ihrem Vorwurf, die Kommunen wollten in diesem Bereich nicht planen, folgendes! Sie sollten sich wirklich einmal sehr genau damit beschäftigen, welche **Planungsaufgaben die Kommunen** zu erfüllen haben. Wir beschäftigen uns zur Zeit gleichzeitig mit dem Raumordnungsplan, mit dem Regionalen Entwicklungskonzept, mit dem Regionalplan des Planungsraumes I, mit einem Kreisentwicklungskonzept und vielerlei Gebietsentwicklungskonzepten. Daneben müssen die Gemeinden selbstverständlich auch noch F- und B-Pläne aufstellen.

(Meinhard Füllner [CDU]:
Landschaftspläne!)

- Hinzu kommen noch die schönen Landschaftspläne, die Sie einfordern. Das sollten Sie berücksichtigen, bevor Sie sich hier hinstellen und in einer Art und Weise, wie sie den kommunalen Gebietskörperschaften nicht gerecht wird, sagen, die Kommunen hätten es satt und wollten gar nicht mehr. Natürlich haben sie es satt;

(Beifall bei der CDU)

wer mit einer solchen Planungsdichte und mit soviel staatlichen Regularien zugedeckt wird, der hat natürlich als ehrenamtlicher Kommunalpolitiker oder als ehrenamtliche Kommunalpolitikerin keine Lust mehr.

Herr Kollege Hentschel, nun mag ja in Ihrer Gemeinde eine ganz bestimmte Vorstellung dazu bestehen; aber zu erzählen, die CDU-Kommunalpolitiker im Hamburger Randbereich wollten keine Gewerbegebiete ausweisen, ist einfach lächerlich. Sie sollten einmal mit Ihren Kolleginnen und Kollegen aus den Kreistagsfraktionen in Kontakt treten,

(Meinhard Füllner [CDU]: Gegen die kämpft er gerade!)

um zu sehen, wo die überall - mit welchen Finessen auch immer - verhindern, daß es **Gebietsausweisungen für Gewerbegebiete** gibt. Das ist ein völlig lächerlicher Vorwurf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Großhansdorf auch!)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin heute so friedlich gestimmt, deshalb will ich nur einige wenige Anmerkungen zu dem machen, was Sie gesagt haben, Kollege Nabel.

Ich verstehe, daß es möglicherweise Abstimmungsprobleme in der SPD gibt. Aber das, was Herr Kollege Kayenburg gesagt hat, unterscheidet sich in der Sache nicht wesentlich von dem, was der Kollege Schröder zur Begründung des Berichtsantrages vorgeschlagen hat. Und auch ich selbst habe nur auf die vorliegenden Ergebnisse der Arbeitsgruppen hingewiesen. Deshalb verstehe ich nicht ganz, daß die Oppositionsfraktionen daran erinnert werden sollen, was Sie eigentlich mit ihrem Berichtsantrag gemeint haben. Eigentlich haben wir

ihn so verstanden, wie er von Ihnen vorgetragen worden ist, und so haben wir ihn auch behandelt und beraten.

(Zustimmung des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

- Ich danke Ihnen, Herr Schröder, daß Sie zustimmend nicken.

Herr Kollege Hentschel! - -

(Kläre Vorreiter [CDU]: Da fällt ihm glatt nichts mehr ein!)

- Es ist immer schwer, es so zu formulieren, daß es verständlich rüberkommt.

(Heiterkeit - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sprachlos, was? - Meinhard Füllner [CDU]: Wir haben doch gerade über die Hochbegabten gesprochen!)

Herr Kollege Hentschel, was wir momentan debattieren, sind **Straßenbauvorhaben**, die die Wirtschaftsberichte als notwendig erachtet haben. Wenn Sie immer versuchen, die F.D.P.-Fraktion als Straßenbaubetonpartei hinzustellen, dann mag das ja einen Grund haben,

(Demonstrativer Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

aber ich habe kein Verständnis dafür, daß Sie eine Debatte führen, losgelöst von dem, woran wir als Oppositionsfraktion gar nicht mitgearbeitet haben, nämlich was Regierungen von drei beziehungsweise zwei Ländern und eines Stadtstaates erarbeitet haben und für dringend notwendig erachten, was die Region angeht.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind diesmal nicht schuld!)

- Ja! Ich kann die Ministerpräsidentin verstehen, wenn sie sagt, sie habe langsam keine Lust mehr, das noch weiterzugeben, wenn ständig über neue Konzepte debattiert werden muß. Das wendet sich aber mehr an Ihre Adresse als an die unsere, weil wir mit den Ergebnissen ja etwas anfangen und

nicht alles neu aufrollen wollten. Die Ermahnung der Ministerpräsidentin war also mehr an Sie gerichtet als an uns, und das haben wir auch so zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Weshalb ich mich aber gemeldet habe, ist die Frage des **parlamentarischen Selbstverständnisses**. Es geht um die Äußerung der Ministerpräsidentin, von der ich vermute, daß sie nicht so gemeint war, wie sie gefallen ist, als sie sagte, sie möchte - „ich will“, hat sie gesagt -, daß das Parlament nicht zur Unzeit etwas nicht debattiert, bevor Ergebnisse vorliegen, damit unterschiedliche Interpretationen ein gemeinsames Ergebnis verhindern. Dem will ich nur folgendes entgegenhalten, Frau Ministerpräsidentin: Nach meinem parlamentarischen Selbstverständnis befindet dieses Parlament immer noch selbst darüber, wann und wie und zu welchem Zeitpunkt es welche Themen debattiert, und nicht die Regierung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es mag sein, was ich eigentlich nach der Initiative des Herrn Schröder so nicht geglaubt habe, daß die Mehrheitsfraktion das anders sieht. Aber dankenswerterweise gibt die Verfassung den Oppositionsfraktionen Möglichkeiten genug, jedes Thema zu jedem Zeitpunkt auf die Tagesordnung zu bringen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Gott sei Dank!)

Wir werden immer alles zu der Zeit debattieren, zu der wir es für richtig halten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anmerkung, die ich unter Punkt 1 machen wollte, hat sich durch den Beitrag des Kollegen Kubicki erledigt.

Die Anmerkung unter Punkt 2 geht an Herrn Kollegen Nabel. Auch Sie haben hier inhaltlich diskutiert, und wenn Sie hier auf die **Achsen** rekurrieren, sei angemerkt, daß Sie die falschen Achsen angesprochen haben. Wir haben nämlich die Eisenbahn und nicht die Straßen als Achsen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zum Glück!)

Drittens: Ich habe **Ausschußüberweisung der Berichte** und nicht dieses Antrags beantragt. Vorlage der Werkstattberichte im Ausschuß! Ich denke, dies dient der Beschleunigung.

Letzte Anmerkung: Frau Ministerpräsidentin, ich weiß, daß Sie an dieser Stelle empfindlich sind. Deswegen darf ich darauf hinweisen, daß das Schreiben der Unternehmensverbände am 12. August an Sie abgegangen ist - damit Sie sich da nicht noch einmal vertun - und daß die zweite Unterschrift die des Herrn Schröder ist, des stellvertretenden Vorsitzenden der Unternehmerverbände.

Das Schreiben ist bei mir in Kopie in Lägerdorf - auf dem Dorf! - am 13. August, also am nächsten Tag eingegangen. Insofern haben wir uns an die Spielregeln gehalten. Am 13. August ist dann die Pressemitteilung erfolgt.

Insofern verstehe ich an dieser Ecke Ihre Empfindlichkeit nicht, Frau Ministerpräsidentin, es sei denn, in Kiel ist die Post langsamer als anderswo.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist so! - Meinhard Füllner [CDU]: Schneckenpost!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Kayenburg, falls das ein Änderungsantrag der CDU gewesen sein sollte, bitte ich, ihn hier schriftlich vorzulegen.

Jetzt hat die Frau Ministerpräsidentin das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es muß heute am Wetter liegen, daß auf einmal Stimmung in den Läden kommt.

Erstens! Die **Werkstattberichte** liegen Ihnen vor. Sie können sie rauf und runter diskutieren; Sie haben sie. Daß Sie offensichtlich nicht nachsehen, was Sie haben, das habe ich wirklich nicht vertreten. Wir schicken sie Ihnen aber noch einmal zu, damit Sie in Ruhe diskutieren können.

(Klaus Schlie [CDU]: Brauchen Sie nicht! Wir haben sie!)

Damit wäre der Antrag, daß Sie die Werkstattberichte haben wollen, erledigt.

Was ich gesagt habe, Herr Kubicki - Sie können sich immer so fabelhaft aufregen, so nach dem Motto: Ist der böse Feind endlich gekillt? -, ist folgendes:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich habe mich doch gar nicht aufgeregelt!)

Das Parlament kann natürlich jederzeit alles distutieren, was wichtig oder weniger wichtig ist. Ich habe nur gesagt, wenn Sie den Wunsch haben, einen Bericht zu debattieren, dann bitte ich zu bedenken, daß das erst sinnvoll ist, wenn man in der **gemeinsamen Kommission** zu einem Ergebnis kommt, was der gemeinsame Stand ist, um nicht durch unterschiedliche **Interpretationen** sozusagen einen Bericht vom Bericht zum Bericht zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wenn Sie es anders haben wollen, geben wir Ihnen das gern früher. Das ist überhaupt kein Problem. Denn das, was wir haben, können Sie jederzeit haben. Nur, wenn man sich sozusagen erstmals im Kabinett wieder trifft, um zu sehen, welchen Stand man erreicht hat, um zu prüfen, ob ihn alle mitmachen, dann scheint mir das für Sie belastbarer zu sein.

Dritter Punkt. Wer Ihnen erzählt hat, daß die **Bürgermeister** nicht mitarbeiten dürfen, der hat Ihnen einen Bären aufgebunden, Herr Schlie. Und wer erzählt hat, daß eine **Rückmeldung** nicht

erlaubt ist, der hat schlichtweg gelogen. Den würde ich mir zur Brust nehmen und ihm etwas erzählen. Natürlich darf jederzeit über die Arbeitsgruppen berichtet werden; eine Rückmeldung ist sogar erwünscht, und die einzige Bedingung, die wir an die Mitarbeiter gestellt haben, ist, daß wir keinen Tanzsaal anmieten müssen, weil das ganze dann etwas schwierig wird. Aber es darf jeder, der es will, dabei sein.

Nächster Punkt! Natürlich planen die Kommunen, und natürlich planen sie sogar gern, und die **Landräte** haben richtig darum gekämpft, in den **Arbeitsgruppen** mit dabei sein zu können. Aber es gibt im Hamburger Rand Kommunen - das wiederhole ich jetzt, damit Sie es begreifen und nicht weiter mit Ihren Märchen durch die Gegend laufen -, die die Belastungen durch Straße, A 20, Transrapid und anderes nicht mehr tragen können.

(Klaus Schlie [CDU]: Ach!)

- Ja, ach! Daß Sie sich nicht belastet fühlen, ist ja in Ordnung. Das spricht für Ihr gutes Nervenkostüm.

(Klaus Schlie [CDU]: Was heißt, daß ich mich nicht belastet fühle? Ich wohne dort!)

Aber es gibt Leute, die das nicht mehr wollen.

Machen Sie sich doch einmal die Mühe und gehen Sie die Trasse des Transrapid entlang bis nach Geesthacht und gehen Sie in die Hinterhöfe und in die Gaststuben hinein, wo 300 Leute sitzen und sich erbittert dagegen wehren, daß ihre Region noch weiter belastet wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind immer dieselben 300, die sich da treffen!)

Lieber Herr Schlie, Sie mögen ja ein tapferer Don Quichotte sein, aber für solche Widerstände habe ich sogar Verständnis, wenn eine Region langsam aber sicher bis über die Ohren durch Verkehrsinfrastruktur und andere Dinge belastet wird. Es kommt mir sehr darauf an, zur Entspannung in der Region beizutragen, damit die Entwicklung möglichst geräusch- und bruchlos geschieht, statt wie Sie jetzt im Augen-zu-und-

durch-Verfahren hindurchzujagen und die Bürgerinnen und Bürger zu trietzen.

Fahren Sie einmal durch die Dörfer der Region, in der überall Bettücher heraushängen: „Keine Straße“, „kein Verkehr“, „keine Deponie“ und so weiter. Durch ganze Dörfer geht das durch. Sie scheinen offensichtlich schlafend hindurchzufahren. Und da behaupten Sie, Sie verstünden etwas davon! Ich streite das schlichtweg ab. Es ist gut, daß Sie nicht die Planungshoheit haben. Das wäre eine Katastrophe für unser Land.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki. - Zwei Minuten!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe gar nicht, warum jetzt eine solche Aufregung in die Diskussion hineingekommen ist. Frau Ministerpräsidentin, das verstehe ich bei Ihnen auch nicht. Wir sind uns ja in der Sache alle einig, daß wir nämlich den Bericht im Wirtschaftsausschuß haben wollen.

(Konrad Nabel [SPD]: Wir sind uns nicht einig! Wir wollen ihn hier im Landtag haben!)

- Ja, oder auch hier im Landtag, Herr Nabel. Aber ich denke, daß wir uns jedenfalls darüber verständigen können, daß es für uns als **Parlament** des Landes Schleswig-Holstein wichtig ist zu wissen, mit welcher Marschroute die eigene **Landesregierung** in die Verhandlungen mit den anderen beiden Partnern hineingeht. Anschließend ein Ergebnis zu erhalten und gesagt zu bekommen, wir könnten daran nichts mehr ändern, weil man sich gemeinschaftlich darauf geeinigt habe, wäre für mich äußerst unbefriedigend. Wenn ich das richtig verstanden habe, soll die Debatte darüber gerade dazu dienen, der Landesregierung mit einer breiten Mehrheit den Rücken dafür zu stärken, daß bei der Abstimmung mit den beiden anderen Landesregierungen die schleswig-holsteinischen Interessen, soweit es geht, gewahrt werden. Wenn die Sozialdemokraten es allerdings anders gemeint

haben sollten, bitte ich um eine entsprechende Klarstellung. Dann können wir uns diese Show-Debatte sparen.

(Beifall bei der F.D.P. - Ministerpräsidentin Simonis: Nein, Sie kriegen das Papier! Tonnenweise!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Abgeordneter Kayenburg, es gibt nur einmal die Möglichkeit, nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zu reden. Aber wie Herr Kubicki haben auch Sie die Möglichkeit, zwei Minuten zu reden, da die Regierung ihre Regierungszeit überzogen hat.

(Minister Rainder Steenblock: Die Redezeit, nicht die Regierungszeit!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, mir war nicht klar, daß die erste Zeit verbraucht war - deswegen die Wortmeldung.

Frau Ministerpräsidentin, nur zur Klarstellung: Uns geht es darum, daß im Werkstattbericht steht, daß Mitte September ein **abstimmungsfähiger Bericht** vorgelegt werden soll. Sie sehen, wir haben den **Werkstattbericht** gelesen. Dieser abstimmungsfähige Bericht soll zunächst in den Kabinetten behandelt werden, und wenn die Behandlung stattgefunden hat, dann soll das Parlament über diesen abstimmungsfähigen Bericht informiert werden. Uns geht es um diesen Bericht und nicht um die Werkstattberichte. Hier möchten wir als Parlament eingebunden werden. Deswegen unterstützen wir auch den Antrag des Kollegen Schröder.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen jetzt aber wirklich nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung.

Soweit ich es sehe, gibt es nach der langen Debatte nur einen Antrag, nämlich den Antrag, in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, daß die Drucksache 14/154 so beschlossen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt den Tagesordnungspunkt 19 aufrufe, will ich darauf hinweisen, daß sich die Parlamentarischen Geschäftsführer darauf geeinigt haben, den Tagesordnungspunkt 20 heute auf jeden Fall noch zu erledigen. Das heißt, wir werden nach 18.00 Uhr noch ein bißchen weitertagen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 19 auf:

Bericht zur Verwendung des Antibiotikums Chloramphenicol und anderer verbotener Stoffe in der schleswig-holsteinischen Tierhaltung

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/155

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wodarz.

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit diesem Berichtsantrag wollen wir zur Aufklärung beitragen. Verunsicherung hat es schon viel gegeben. Das wollen wir nicht.

Frau Happach-Kasan, Sie stellten in Frage, ob man solche Dinge wie BSE oder in diesem Falle **Chloramphenicol** im Landtag behandeln sollte. Ich denke, man muß es tun. Man muß deutlich darüber reden, damit sich in der Öffentlichkeit nicht irgendwelche Parolen halten, die dann wieder nicht stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich deshalb eingangs ganz klar feststellen: In Schleswig-Holstein gibt es kein Chloramphenicol-Problem.

(Demonstrativer Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

- Gut, daß Sie klatschen. - Das ist sicherlich auch dem entschlossenen Handeln Minister Wiesens, des Bauernverbandes und der öffentlichen Veterinärdienste zu verdanken.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

- Das ist schön. Wenn man alle erwähnt, bekommt man auch Beifall.

Genauso deutlich möchte ich aber auch sagen:

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, Sie sind nicht dran! - CAP ist gefährlich, verboten und gehört nicht in den Nahrungskreislauf. Auch das muß ganz klar und deutlich gesagt werden.

Weiter möchte ich ganz klar und deutlich hervorheben: Das **Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin** verschleppte jahrelang die arzneimittelrechtlich vorgeschriebenen Verfahren und behinderte dadurch die strafrechtliche Verfolgung von gesundheitsgefährdendem Tierarzneimittelmißbrauch. Sonst wäre all das, was jetzt stattfindet, nicht zu verstehen. Tierärzte und Landwirte - auch das muß deutlich gesagt werden - haben ein zugelassenes Mittel verwendet. Daraus kann man ihnen keinen Vorwurf machen. Unter Tierhaltern war das Blauspray bekannt, und es war ein eingesetztes Mittel. Der Tierarzt hat es empfohlen, es war wirksam, und man hat sich nichts Böses dabei gedacht. Tatsache ist aber: Seit dem 23. August 1994 ist CAP verboten. Noch im Februar spielte das Bundesamt, das ich gerade erwähnte, die Gefahren von Chloramphenicol für die Gesundheit des Verbrauchers herunter. Das ist schon ziemlich bedenklich.

Ich weiß auch aus Gesprächen mit Tierärzten, daß noch nach dem August die Vertreiber von Chloramphenicol durch Sonderangebote versuchten, ihre hohen Lagerbestände zu reduzieren und bei den Tierärzten loszuwerden. Das ist nicht nur bedenklich. Das ist in meinen Augen schon kriminell.

Wenn **Untersuchungen** nach wie vor Chloramphenicolrückstände in Lebensmitteln nachweisen, so beweist das das Vorhandensein von sogenannten schwarzen Schafen. Ich habe den Begriff „kriminell“ vorhin verwendet. Ich denke, er ist auch hier angebracht. Es sind Kriminelle, und sie herauszufinden und zu bekämpfen, ist Aufgabe aller verantwortlich Handelnden.

Es sei aber nochmals betont: Aufgrund der scharfen Kontrollen war und ist das Fleisch in Schleswig-Holstein frei von diesem Antibiotikum. Das einzige „schwarze Schaf“, das sich ausfindig machen ließ, war wirklich ein Schaf. Das war belastet, und das wurde auch nicht verarbeitet.

Damit wir auch in Zukunft für Agrarprodukte aus Schleswig-Holstein unsere Hand ins Feuer legen können, sollten wir den eingeschlagenen Weg weiterführen.

Erstens. Die im Veterinärwesen praktizierte **Kooperation mit Dänemark** sollte daher ausgebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Die Verbraucher sollten in Zukunft wirklich mehr darauf achten, daß sie nur **zertifizierte Produkte** kaufen, die garantieren, daß diese rückstandsfrei sind. Das gibt es. Wir haben mit dem Agrarausschuß eine Besichtigung in Neumünster durchgeführt.

Herr Ehlers -- Ist er hier? - Nein. Vielleicht hört er über Lautsprecher zu. - Die kritischen Bemerkungen, die Sie bezüglich BSE gegenüber der Landesregierung gemacht haben, sind nicht hilfreich. Denn der eingeschlagene Weg scharfer Kontrollen und der eingeschlagene Weg zu zertifizieren, ist richtig und sollte auch nicht in Frage gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Drittens ist zu fragen, ob die **Kontrolle der Pharmavertreiber** und **Tierarztapotheken** bundesweit ausreichend ist und ob es hier nicht zu Verbesserungen kommen muß. Denn Schlagzeilen, wie wir sie im „Spiegel“ lasen: „massenhaft Rückstände von Chloramphenicol im Fleisch“, werfen natürlich einen sehr langen Schatten. Dieser

lange Schatten geht auch bis Schleswig-Holstein, und wir beziehungsweise unsere Ernährungswirtschaft haben dann wieder darunter zu leiden.

Das **Vertrauen der Verbraucher** ist in der Vergangenheit arg strapaziert worden. Bestrafen wir die dafür Verantwortlichen, und unterstützen wir die Landwirte und Verarbeiter, die uns gesunde Produkte liefern.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schließen. Ich esse gern vegetarisch. Ich esse aber auch sehr gern ein zartes Schweinefilet oder einen deftigen Holsteiner Schinken. Und das möchte ich auch in Zukunft, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben, tun.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Anwendung von Chloramphenicol - ich rede in Zukunft der Kürze halber von CAP - in Schleswig-Holstein, aber auch anderswo im Jahre 1995 hat ein bisher in Deutschland nicht bekanntes Maß der mißbräuchlichen Anwendung einer verbotenen Substanz offenbart. - Diese Formulierung stammt nicht von mir, sondern ist die Bewertung des BGVV in Berlin zum massenhaften Einsatz von CAP in der Landwirtschaft.

Daran gibt es nichts zu deuteln, und daran gibt es auch nichts zu verschweigen. Um so erfreulicher sind die konsequente Aufdeckung durch die Landesbehörden und die Reaktion des Bauernverbandes, auch auf seine Mitglieder und darüber hinaus mit eindringlichen Appellen einzuwirken.

Daß es zu einem Rückgang auf fast Null im Jahr 1986 kam, ist natürlich auch auf den Verbrauch der CAP-Vorräte zurückzuführen. Den **Bauern** wird die Schuld gern kollektiv zugeschoben. Aber es gibt eine deutliche Mehrheit der **Produzenten**, die sauber produzieren und es auch auf der Höhe der CAP-Welle getan haben.

Die Rolle einiger **Tierärzte** darf ebenfalls nicht verschwiegen werden, die nach dem Verbot des Stoffes billig angebotene Mengen mit falscher Beratung noch schnell in den Markt geschoben haben. Ich weiß gar nicht, ob die Bauern über das Tun dieser Kollegen unterrichtet worden sind.

Welcher Schluß ist daraus zu ziehen? Herr Kollege Wodarz hat das schon ausgeführt. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist bekanntlich besser. Verbände und Behörden haben schnell reagiert. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen sollten die **Rückstandskontrolle** und die **Tierarzneimittelüberwachung** nicht angetastet, sondern in der Ausstattung beibehalten werden, und die Unabhängigkeit der damit befaßten Untersucher sollte gestärkt werden.

Der Vorsprung Schleswig-Holsteins in der Überwachung muß aber auch weitergetragen werden. Auf Bundesebene muß sich die Landesregierung auch gegen Veränderungen in Ausstattung und Zuschnitt des ZERF, also der zentralen Erfassung der Rückstände in Fleisch - mit den damit verbundenen nationalen und EU-Referenzlaboren - verwenden.

Ein großes Problem ist aber neben verbotenen Stoffen der legitime Einsatz von **Medikamenten** in der **Tiermast**. Die Verwendung von Antibiotika in der landwirtschaftlichen Tierhaltung übersteigt die Menge für den Humanbedarf um ein Vielfaches. Der Einsatz von Masthilfsstoffen geht in die Hunderte von Tonnen. Das sind nichts anderes als Antibiotika, die zur Steigerung der Futterverwertung bei völlig gesunden Tieren eingesetzt werden. In der EU sind in Tausenden von Tierarzneimitteln 530 Wirkstoffe in unterschiedlichen Kombinationen und Zusammensetzungen in Gebrauch. 300 davon haben den Prozeß des MRL, also das Verfahren des „maximum residuum limit“, durchlaufen. Umgekehrt heißt das, daß 230 Substanzen noch zur Bewertung anstehen, für die die Unbedenklichkeitsgrenze noch festzusetzen ist. Das heißt, fast die Hälfte dieser Stoffe ist in diesem Sinne ungeprüft.

Selbst die abgeschlossene Prüfung gibt offenbar keine Garantie auf Sicherheit, wie gerade auch das Beispiel des CAP zeigt. Es war ja als Medikament auch in der Humanmedizin zugelassen. Als

Rückstand im Fleisch galten $100 \mu\text{g}/\text{kg}$ als unbedenklich. Spätestens seit 1983 gibt es erhärtete Berichte aus der Wissenschaft, die aussagen, daß es keine Toleranzdosis gibt und daß in einer von zehn- bis vierzigtausend Anwendungen beim Menschen, selbst bei Augentropfen, eine Erkrankung des Knochenmarks auftreten kann, die in mehr als der Hälfte der Fälle zum Tode führt; das bedeutet: nach Anwendung geringster Mengen. Erst elf Jahre später folgte das Verbot des Stoffes.

Und wie ist es mit **Tetrazyklin**? Es darf heutzutage ganz legal mit $600 \mu\text{g}$ pro Kilogramm Fleisch in Verkehr gebracht werden. Das mag nach wissenschaftlicher Übereinstimmung gesundheitlich unbedenklich sein, aber ich würde so etwas nicht essen wollen; ich denke, auch Sie nicht.

Ich sage Ihnen, daß bei den sogenannten modernen Haltungssystemen in der Tierproduktion die Erzeuger gar nicht die Wahl haben, ob sie Medikamente einsetzen sollen oder nicht. Wenn ein Huhn auf weniger Lebensraum als der Größe eines DIN A4-Blattes dahinvegetiert, wenn ein Schwein auf $0,8 \text{ m}^2$ zusammen mit 10 bis 20 anderen in einer Bucht leben muß - über einem Güllesee auf Betonpalten -, dann steht in diesen großen Beständen der Einsatz von Medikamenten betriebswirtschaftlich gar nicht zur Disposition. Das findet seinen Ausdruck auch darin, daß sich der Umsatz der Tierarzneimittel in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt hat.

Es ist einer Kulturnation unwürdig, Tiere so zu halten. Das will ich hier einmal deutlich sagen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich will, daß in der **Landwirtschaft** Geld verdient wird; die muß dann aber ökologischer betrieben werden. Ich will nicht, daß von der vorgelagerten **Industrie** immer mehr Geld an der Landwirtschaft verdient wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter, ich darf auf die Redezeit hinweisen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Danke schön. Ich habe die dreifache Null hier schon erblickt, auch die roten Lichter.

Daher überspringe ich einmal das Problem der **Resistenzbildung**, der multiresistenten Bakterien. Es ist inzwischen als gesichert anzusehen, daß das Entstehen multiresistenter Mikroorganismen auch mit dem Einsatz von Medikamenten in der Tierproduktion zusammenhängt.

Die **Tierhaltung** und somit die gesamte Landwirtschaft müssen sich wieder an der **Natur** orientieren. Tierarzneimittel dürfen nur noch zu kurativen Zwecken verwendet werden. Sie müssen auf die Verwendungszwecke der Heilung reduziert werden. Wir erhoffen uns von dem Bericht auch eine politische Perspektive für eine ökologische Entwicklung unserer Landwirtschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Siebke.

Hans Siebke [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Chloramphenicol gehört zu den Stoffen, die in der **Tiermast** nichts zu suchen haben. Jeder verantwortungsvolle Landwirt weiß dies. Die Untersuchungen im ersten Halbjahr 1996 bestätigen nicht nur die Landesregierung, sondern auch die Landwirtschaft, die zumindest in Schleswig-Holstein **Tierarzneimittelverbote** ernst nimmt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nach mehreren Skandalen wie BSE und anderen ist es für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht verwunderlich, wenn neue hinzukommen. Wir können nur gemeinsam das Vertrauen zurückgewinnen, um die Kette der Schlagzeilen zu beenden.

Schleswig-Holstein ist nicht nur BSE-frei, sondern auch frei von verbotenen Masthilfsmitteln. Dies ist kein Verdienst der kleinen Gruppe von ökologisch wirtschaftenden Betrieben, sondern der

Landwirtschaft insgesamt und der praktizierenden Tierärzte.

(Beifall bei der CDU)

Die ständig gepflegte Polarisierung führt überhaupt nicht weiter. Unterstellungen, Falschmeldungen und Irreführungen sind in dieser für viele landwirtschaftliche Betriebe so schwierigen Zeit keine Hilfe.

Nicht durch Fehlverhalten in der Landwirtschaft wurde neuer Schaden angerichtet, Herr Matthiessen, sondern durch einen Abgeordneten dieses Hauses, der sich in seiner Eidesformel verpflichtet hat, Schaden von unserem Land abzuwenden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich komme darauf noch einmal zurück.

Als Landwirt habe ich kein Verständnis für Berufskollegen in der EG, die verbotene Stoffe einsetzen und glauben, sich damit einen Vorteil verschaffen zu können. Die Auswirkungen treffen alle Beteiligten und können Existzen vernichten. Das haben wir gerade gestern ausreichend miterlebt.

In der Landwirtschaft sind die Probleme wahrhaft groß genug. Auf weitere können wir gut verzichten. In den anderen Bundesländern und in der EG müssen die Kontrollen verstärkt werden. Ein ruiniertes Ruf macht nicht halt an Ländergrenzen und ebensowenig die Nachricht über einen neuen Skandal.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer ruiniert den denn? Doch nicht die, die das aufdecken, sondern die, die falsch handeln!)

- Ich komme gleich darauf zurück, Frau Winking-Nikolay. Ich mache jetzt erst meine Ausführungen, und dann komme ich auch auf einige Dinge, die Herr Matthiessen gesagt hat, zurück.

Zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher sind einheitliche und scharfe **Kontrollen**, und zwar EG-weit, erforderlich. Die schleswig-holsteinische

Landwirtschaft ist es leid, für die Fehler in anderen Regionen in Mithaftung genommen zu werden.

Die derzeitige Situation ist schwierig, bietet aber auch eine Chance. Wir können belegen, daß unser Vieh gesund und frei von Rückständen verbotener Stoffe ist. Wir brauchen keine selbsternannten Verbraucherschützer, die mit Missionseifer Falschmeldungen in die Welt setzen, sondern eine Politik, die in die Zukunft gerichtet ist und von Besonnenheit und Sachverstand bestimmt wird. Wir müssen dem Menschen die Vorzüglichkeit unserer **Produkte** vermitteln und das Vertrauen zurückgewinnen. Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir alle an einem Strang ziehen, und das in dieselbe Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Nicht die Wirtschaftsform der landwirtschaftlichen Betriebe ist entscheidend, sondern die **Qualität** ihrer Erzeugnisse. Der zunehmende Wettbewerb im Bereich der ökologisch erzeugten Produkte kann in Einzelfällen sicherlich zu Fehlverhalten führen. Ich gehe grundsätzlich davon aus, daß die Landwirte in Schleswig-Holstein mehr als anderswo hervorragende, gesunde Produkte erzeugen.

(Beifall bei der CDU)

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen steigt immer weiter. Krankmachende Lebensmittel würden das Gegenteil bewirken. Nicht allein der medizinische Fortschritt steigert also die **Lebenserwartung**, sondern auch unsere **Nahrungsmittel**. Damit dies so bleibt und Menschen mit Sicherheit davon ausgehen können, daß schleswig-holsteinische Agrarprodukte gesund sind, müssen wir weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, dies zu erreichen. Hier meine ich die Selbstverpflichtung, keine chemischen Masthilfstoffe zu verwenden,

(Beifall bei der CDU)

beim Arzneimittelverbot sofortige Rücknahme. Auch dazu sind die Tierärzte aufgerufen. Der Hersteller sollte dazu verpflichtet werden, die Produkte, die er verkauft hat, zurückzunehmen. In der Humanmedizin funktioniert das auch. - Das Rotlicht kommt.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Das ist ein ganz neues Gefühl, das muß ich erst kennenlernen.

Die Steigerung der Untersuchungszahl zur weiteren Vertrauensbildung halte ich für notwendig.

Jetzt zu Ihnen, Herr Matthiessen! Wenn Sie sagen, „nichts mehr einsetzen“, „nichts mehr tun“, hätten Sie einen anderen Beruf wählen müssen; dann hätten Sie nicht Tierarzt werden dürfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zum Sportler Matthiessen sage ich: Ein Frühstart ja, beim zweiten wird man disqualifiziert.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herrn Seibke sollte man zu seiner Jungfernrede gratulieren; sie war gut.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Siebke heißt der Kollege!)

- Das weiß ich!

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es klang wie Seibke!)

Herr Wodarz, ich möchte mich für Ihre durchaus abgewogene Rede bedanken, die ich als sehr wohltuend empfunden habe. Trotzdem stellt sich mir, wenn wir diese Themen nach einer sehr ausgiebigen und teilweisen skandalträchtigen Behandlung in den Medien noch einmal in den Landtag ziehen, immer wieder die Frage, wieweit wir tatsächlich zur Mäßigung beitragen können. Das ist für mich die Frage - ich habe keine Scheu, diese Themen hier zu diskutieren.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, ein Schaf mit Chloramphenicol-Rückständen noch keinen Skandal.

Thomas Leif vom Südwestfunk hat in seinem Beitrag in der „Zeit“ unter der Überschrift „Anprangern lohnt sich immer“ angeführt:

„Je geringer die Kompetenz der Parteien bei Problemlösungen ist, um so stärker entwickelt sich ihre Neigung, Konflikte, Unregelmäßigkeiten oder Mißbräuche zum Skandal hochzustilisieren. Skandale anzuprangern, Sündenböcke zu präsentieren, die sich als Blitzableiter eignen, ist demnach durchaus funktional.“

Herr Leif hat sicherlich nicht daran gedacht, daß es auch Abgeordnete geben könnte, die sogar ohne Unregelmäßigkeiten versuchen könnten, unter dem Deckmantel einer angeblichen Fürsorgepflicht für die Landwirtschaft nicht vorhandene Mißstände anzuprangern. Herr Matthiessen, Sie haben mit Ihren falschen Zahlen aus dem vergangenen Jahr den Vogel abgeschossen. Otto Steensen, Präsident des Bauernverbandes, hat - wie ich meine - angemessen darauf reagiert.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Chloramphenicol ist im August 1994 verboten worden. Es hat vorher als Arznei einen sehr breiten Anwendungsbereich gehabt und ist jahrzehntelang angewendet worden. Für Tierärzte war es ein sehr bequemes Mittel; deshalb war es ausgesprochen beliebt. Das **Verbot** ist notwendig geworden, weil Rückstände von Chloramphenicol beim Menschen Anämien auslösen können. In Schleswig-Holstein ist umfassend über die Notwendigkeit des Verbots berichtet worden. Es kann inzwischen als durchgesetzt gelten.

Wir haben schon gestern festgestellt, daß die **Veterinärbehörden** in Schleswig-Holstein ihren Aufsichts- und Kontrollfunktionen angemessen nachkommen. Der Erfolg gibt ihnen recht. Wir haben kein BSE in Schleswig-Holstein, und wir haben keinen Chloramphenicol-Skandal. Was wir haben, ist eine rot-grüne Koalition - in diesem Fall

war es mehr die grüne Seite -, die offensichtlich bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht, mit dem Finger auf die Landwirtschaft zu zeigen, ihr etwas anzuhängen, die Landwirte zu Sündenböcken zu machen - so wie Thomas Leif dies sehr trefflich charakterisiert hat.

Im Agrarausschuß ist dargestellt worden, daß **Schleswig-Holstein** mit seinen Aufwendungen für das **Agrarmarketing** im Vergleich zu anderen Bundesländern im Hintertreffen ist. Initiativen, die geeignet sind, das Vertrauen des Verbrauchers in die Unbedenklichkeit der Nahrungsmittel zu zerstören, machen noch höhere Anstrengungen erforderlich. Sie betreiben das Geschäft mit der Angst auf Kosten unserer bäuerlichen Familienbetriebe.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die gibt es fast nicht mehr!)

Sie wissen ganz genau, daß es sehr einfach ist, Vertrauen zu zerstören, Zweifel, Angst und Hysterie aufzubauen. Wo sind Ihre Anstrengungen, das Vertrauen wieder aufzubauen? Ich teile doch Ihr Ziel, daß wir in der Landwirtschaft sehr wohl zu artgerechteren Verhaltensweisen, artgerechterer Tierzucht hin müssen. Aber können wir das machen, indem wir andere an den Pranger stellen? Erreichen wir es nicht viel eher, indem wir beispielhaft vorführen, überzeugen, statt andere mit Schimpf und Schande zu überziehen, wie dies teilweise von Ihnen gemacht wird?

(Irene Fröhlich: [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir müssen vor Gefahren warnen! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo habe ich das gemacht?)

Der Verweis auf den ökologischen Landbau ist kein Ersatz für eine faire Landwirtschaftspolitik, die sich an den Interessen der Verbraucher, den Kunden landwirtschaftlicher Produkte, und der Landwirte, den Erzeugern landwirtschaftlicher Produkte, ausrichtet. Wer Zwietracht sät, hilft keinem von beiden.

Pohlmann ist ein Fall für den Staatsanwalt. Darin sind wir uns wohl alle einig. Oder gibt es daran bei Ihnen tatsächlich irgendwelche Zweifel?

Was Minister Steenblock mit dem Ausbau der biologischen Landwirtschaft meint, bleibt sein Geheimnis. Jede Landwirtschaft ist biologisch, beeinflußt durch ihre Produktion die Ökologie.

Bei diesem Thema kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir alle wissen, daß wir pro Jahr zirka 8000 Verkehrstote in Deutschland haben. Wir wissen auch, daß ein Drittel aller Unfälle durch Alkoholmißbrauch verursacht wird. Wir alle wissen auch, daß die Zahlen der Sündenböcke, die bei Polizeikontrollen gefunden werden, ganz erschreckend sind.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was soll das denn? - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 0,0 %!)

Wenn wir jedes dieser Themen - Frau Winking-Nikolay, ich dachte, daß Sie ein bißchen vernetzt denken könnten; das ist ein Vorschlag dafür -, jeden Alkoholsünder zum Anlaß nähmen, hier eine Debatte anzustrengen, obwohl wir genau wissen, daß Alkohol im Straßenverkehr das Einnehmen einer Medizin ist, die todbringend sein könnte,

(Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

würden wir dieses Parlament schnell ad absurdum führen. Wir sollten etwas mehr Gelassenheit haben, insbesondere da, wo unsere Behörden richtig funktionieren. Das ist bei unseren **Veterinärbehörden** der Fall. Frau Winking-Nikolay, wollen Sie mir etwa wirklich erzählen, daß die Veterinärbehörden dieses Landes nicht funktionieren? - Dann sagen Sie das bitte. Sagen Sie das Ihrer Regierung, daß sie dort tätig wird. Wir haben aber den Fall, daß die Veterinärbehörden funktionieren. Wir haben den Fall, daß die Landwirtschaft ihrer Verantwortung gerecht wird. Dann sollte man dies auch sagen und nicht immer

wieder versuchen, über angebliche Skandale zu berichten, die es überhaupt nicht gibt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist uns allen klar: Wenn Vertrauen in die **Fleischproduktion** nach BSE, Kälberdoping und zahlreichen Fällen von Tierquälerei wiederhergestellt werden soll, darf es in unserer Landwirtschaft keine Arzneimittelskandale mehr geben. Skrupellose Mäster, die meinen, durch Doping von Tieren Extraprofit machen zu können, müssen gnadenlos verfolgt werden.

Ich erwarte von allen zuständigen Stellen, daß sie knallhart und konsequent vorgehen. Mit dem Team des Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamtes in Neumünster gewährleistet das Land eine effektive Kontrolle in Schleswig-Holstein. Leider - das ist doch wohl eine berechtigte Vermutung - scheint es aber so gewesen zu sein, daß sich das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin im Falle von **Chloramphenicol** - ein schweres Wort! - eher Sorgen um die Pharmaindustrie als um die Verbraucher gemacht hat.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine solche Zurückhaltung ist nicht nur das Gegenteil von gesundheitlichem Verbraucherschutz, sondern untergräbt auch die Aufgabe des Staates, die sauber produzierenden Landwirte vor der Marktschädigung durch gewissenlose Geschäftemacher zu schützen.

Gestern habe ich schon die **Regionalisierung** als einen Schritt zu einer solideren und besseren **Fleischwirtschaft** erwähnt. Zentral für vertrauensbildende Maßnahmen auf dem Fleischmarkt sind eine neue Offenheit und die Transparenz der landwirtschaftlichen Tierproduktion.

Ein Weg, um das Vertrauen in Fleisch aus Schleswig-Holstein wiederherzustellen, wäre eine **ethische Gesamtrechnung für Nutztierhaltung**, wie sie momentan in Dänemark angestrebt wird. Verantwortliche staatliche Forschungsinstitute, die Kopenhagener Universität und Produzentenverbände haben sich dort zusammengefunden, um eine Erfassungsmethode für Vieh- und Schweinebetriebe zu entwickeln, die ein Gesamtbild der Aktivitäten eines Betriebes liefern soll. Ziel ist es, Produzenten- und Verbraucherinteressen mit Aspekten des Tierschutzes, der Umwelt und der Lebensqualität kommender Generationen zu verbinden. Eine ethische Gesamtrechnung dient den Produzenten, nicht zuletzt - das ist wichtig - zur Vermarktung, und den Verbrauchern zur Orientierung. Der Verbraucher will ja heute viel mehr über Fleisch wissen. Er will sich ja nicht nur sättigen. Er möchte auch gern wissen, wo, wann und unter welchen Umständen Tiere produziert wurden.

Ich meine, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag diese Entwicklung in Dänemark sehr genau verfolgen sollte und daß wir mit Bauern und Forschern hierzulande über die Entwicklung solcher Qualitätsstandards sprechen sollten. Mir ist klar, daß so etwas viel Vorarbeit braucht und den Mastbetrieben nicht sofort helfen kann. Doch alle Betroffenen - dazu gehören auch wir als Verbraucher - brauchen tragfähige **Konzepte**, damit sie nicht geradewegs in die nächste Katastrophe schlittern; denn die ist irgendwann in nächster Zukunft angesagt, wenn wir nicht zusammenfinden und nicht ganz neue Maßstäbe anlegen.

Wir vom SSW begrüßen also, daß ein Bericht vorgelegt werden soll.

Herr Matthiessen, Sie haben gerade von den **Standards in Dänemark** gesprochen. Es ist richtig: Wir sollten uns diesen Standards anschließen. Das Erschreckende ist nämlich im Augenblick - das haben dänische Verbraucher und Produzenten festgestellt -, daß internationale Veterinärzertifikate nicht mehr verlässlich sind. Das haben Importe gezeigt. Wir sind also einer Bedrohung in dieser Richtung ausgesetzt. Jeder muß sich vor Augen führen, daß das mit den Tierimporten selbst bei Zertifikaten problematisch ist. Also sollten wir uns den Standards anschließen und vielleicht mit den Verbänden drüber, auch den

Verbraucherverbänden, darüber reden, ob nicht in diesem Bereich die Grenze von oben etwas nach unten verlagert werden sollte;

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn gerade die dänischen Produzenten - da wird die CDU sicherlich zuhören - profitieren enorm von diesen Standards. Darauf sind nämlich die Exportmärkte aufgebaut. Das ist auch für uns machbar. Wir sollten es nur anpacken.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! **Chloramphenicol** ist ein Antibiotikum, das wegen seines breiten Wirkungsspektrums und wegen seiner Preisgünstigkeit über Jahrzehnte zu einem der meistgebrauchten Arzneimittel in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung gehörte. CAP ist seit Ende der sechziger Jahre aber auch ein sehr umstrittenes **Tierarzneimittel**, weil damals bekannt wurde, daß dieses Mittel beim Menschen mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 : 10 000 eine in der Regel irreversible Leukämieform, nämlich die aplastische Anämie, verursachen kann, also eine Krankheit mit einer sehr hohen Sterblichkeit auslöst. Weil eine klare Dosis-Wirkung-Beziehung mit einem Schwellenwert für die Auslösung dieser Erkrankung nicht erkennbar war, also auch Rückstände aus ordnungsgemäßer Applikation im Mikrogrammbereich die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher gefährden konnte, erfolgte schon 1984 in der Bundesrepublik Deutschland ein partielles **Verbot** dieses Mittels für milchgebende und eierlegende Tiere.

1990 schuf die EG ein Gemeinschaftsverfahren für die Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs. Pharmakologisch wirksame Stoffe, für deren Rückstände im Rahmen dieses Verfahrens Höchstmengen festgesetzt werden können, da sie in jeder Konzentration eine Gefahr

für die Gesundheit des Verbrauchers darstellen, wurden konsequenterweise zur Verabreichung an Tiere, die zur Lebensmittelerzeugung genutzt werden, in der gesamten EU verboten. Bisher wurden sechs pharmakologisch wirksame Stoffe beziehungsweise Stoffgruppen verboten, darunter am 23. August 1994 das genannte Chloramphenicol.

CAP ist dennoch ein Humanarzneimittel geblieben. Seit Bekanntwerden seines Risikopotentials sind die Ärzte allerdings aufgefordert, das Antibiotikum unter Abwägung von Nutzen und Risiken beim betreffenden Patienten nur noch in lebensbedrohlichen Situationen einzusetzen.

Seit Herbst 1994 wurden vom **Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt** in Neumünster Untersuchungen im Rahmen des nationalen Rückstandskontrollplans vorgenommen und die Untersuchung der gezogenen Schlachttierproben auf CAP-Rückstände intensiviert. Insbesondere wurde die Untersuchung auf Proben von lebenden Tieren im Bestand ausgedehnt.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hans Siebke [CDU])

- Lassen Sie mich das noch ausführen, und dann können Sie zwischenfragen. - Die Untersuchungsergebnisse der ersten vier Monate des Jahres 1995 gaben angesichts des Verbots vom August 1994 ein alarmierendes Bild. 22 % der von Schlachttieren gezogenen Proben und 12 % der von lebenden Tieren in den Erzeugerbetrieben gezogenen Proben wiesen CAP-Rückstände zwischen 0,1 µg/kg und 32 µg/kg auf. Das war damals ein deutlicher Hinweis auf eine Mißachtung des CAP-Verbots.

Herr Abgeordneter, Sie können jetzt die Zwischenfrage stellen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Siebke, Sie haben jetzt das Wort zu einer Zwischenfrage.

Hans Siebke [CDU]: Herr Minister, Sie haben eben gesagt: in der Humanmedizin nach strenger Abwägung. - Das Blauspray wurde in der Landwirtschaft eingesetzt, in derselben Form, nur in einer kleineren

Dosen auch in der Humanmedizin, und zwar bei Schürfwunden, bei allem. Eine Schürfwunde ist ja nun nicht lebensbedrohend, und trotzdem wurde es eingesetzt. Nun frage ich Sie: Wo wollen wir bagatellisieren, und wo wollen wir das Problem hochstilisieren? - Ich finde, das ist unfair.

(Beifall bei der CDU)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ich habe diese Frage in dem Konkretheitsgrad nicht so ganz verstanden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Das liegt nicht an der Frage! - Unruhe)

- Nein, nicht noch einmal. Sie selber haben gerade das mit den zwei Anläufen gesagt. Nach dem ersten Anlauf ist dann auch Schluß. Einmal kann man früh starten. - Das gilt natürlich auch für denjenigen, der hier solch hehre Anforderungen stellt.

Mir geht es überhaupt nicht darum - Sie werden das im weiteren Verlauf meiner Ausführungen merken -, hier Panik zu verbreiten. Ich berichte über das, was ist. Bisher ist das ein reiner Sachstandsbericht ohne eine politische Wertung. Ich bitte Sie, das einfach so zu akzeptieren.

Um das noch einmal deutlich zu machen: Ein halbes Jahr nach dem Verbot war die Situation, die in Schleswig-Holstein festgestellt wurde, nicht zufriedenstellend. Daraufhin wurde eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Das Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt in Neumünster ist an dieser Stelle sehr aktiv geworden mit **Aufklärungskampagnen** bei Landwirten und natürlich auch mit einer stärkeren Kontrolle. Im Rahmen von arzneimittelrechtlichen Kontrollen bei Tierärzten und Tierhaltern wurden zu diesem Zeitpunkt größere Mengen CAP-haltiger Tierarzneimittel sichergestellt beziehungsweise einer kontrollierten Entsorgung zugeführt. Gegen mehrere Tierärzte wurden Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz erstattet.

Das alles wurde damals - darauf möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal hinweisen - in sehr dankenswerter Weise von meinem Kollegen Hans Wiesen veranlaßt. Zusammen mit den Kollegen des Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamts hat er sich sehr intensiv für eine Klärung und Verbesserung der Situation eingesetzt.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Peter Gerckens [SSW])

Dieses Verhalten zeigte Erfolge. Die weitere Entwicklung zeigte, daß bei unverminderter Probenentnahme und Untersuchungstätigkeit die Zahl der positiven Befunde im Laufe des zweiten Halbjahrs 1995 sehr deutlich zurückging, so daß wir bei den Rückstandskontrollen für das Gesamtjahr 1995 noch auf 10,2 % bei den geschlachteten Tieren und auf 4,6 % bei den lebenden Tieren gekommen sind.

Das ist deutlich weniger als die Hälfte dessen, was wir noch am Anfang des Jahres 1995 feststellen mußten. Im ersten Halbjahr 1996 traten dann bei Schweinen und Rindern überhaupt keine CAP-Rückstände mehr auf. Lediglich ein geschlachtetes Schaf war CAP-positiv. Bezogen auf die Gesamtzahl von 179 entspricht dies einer CAP-Rückstandshäufigkeit von ungefähr einem halben Prozent, und dies bei einer - was ausdrücklich betont werden muß - zielorientierten Probenentnahme in den Erzeuger- und Schlachtbetrieben unseres Landes. Es wird abzuwarten sein, wie sich dies 1996 im Bundeestrend abzeichnet. Aber was die Situation hier in Schleswig-Holstein angeht, glaube ich, daß wir es geschafft haben, eine sehr befriedigende Situation herzustellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gern noch zu anderen verbotenen Tierarzneimitteln und zu nicht zugelassenen Masthilfen ein kurzes Wort sagen.

In den vergangenen drei Jahren - auch das gilt es gerade im Sinne der Vorredner noch einmal zu betonen - sind weder im Fleisch von hier in Schleswig-Holstein geschlachteten Tieren noch in Proben von hier gehaltenen Nutztieren solche **Masthilfen** oder sogenannte Hormoncocktails nachgewiesen worden. Im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern und anderen EU-Staaten wurden im Fleisch schleswig-holsteinischer Tiere bislang keine Rückstände von Clenbuterol oder von

Hormoncocktails nachgewiesen. Das muß an dieser Stelle betont werden, und das betont auch die Landesregierung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Wenn man die vom Bundesinstitut für Verbraucherschutz und von der Veterinärmedizin veröffentlichten Ergebnisse der **Rückstandsüberwachung** und die Entwicklung der CAP-Situation hier in Schleswig-Holstein zusammenfaßt, dann fällt auf:

1. Schleswig-Holstein hatte in der Vergangenheit die höchsten nachgewiesenen Raten an CAP.
2. Die zuständigen Behörden und auch die Landwirte haben schnell reagiert.
3. Die ergriffenen Maßnahmen haben schnell und nachhaltig zu einem Erfolg geführt.

Wesentliche Ursache dafür ist eine Besonderheit: Bei der **LVUA Neumünster** sind in Schleswig-Holstein die Probenentnahme nach Rückstandskontrollplan, die Rückstandsanalytik und die Tierarzneimittelüberwachung unter einem Dach vereint. Das ist bundesweit einmalig. Seit Ende 1993 nimmt ein spezialisiertes Probennahmeteam die Proben in den landwirtschaftlichen Erzeugerbetrieben und den Schlachttäten des gesamten Landes und bezieht dabei alle verfügbaren Kenntnisse über die Anwendungspraktiken von Masthilfen und Tierarzneimitteln mit ein. Es findet ein ständiger Erfahrungsaustausch statt. Der große Aufwand für die zielorientierte Probenentnahme stellt erhebliche Rationalisierungseffekte für die Rückstandsanalytik sowie für die Tierarzneimittelüberwachung bereit. Damit rechtfertigt sich auch der nicht unerhebliche Einsatz von Landesmitteln durch den Erfolg, wie es im Falle des CAP deutlich geworden ist.

Unser schleswig-holsteinischer Weg der Organisation von Rückstands- und Tierarzneimittelüberwachung gilt mittlerweile bundesweit als beispielhaft und findet insbesondere in Verbraucherschutzkreisen Anerkennung. Diesen erreichten **Qualitätsstandard** unserer **Rückstandsüberwachung** gilt es zu bewahren und auszubauen. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz ausdrücklich zusammen mit meinem Kollegen Hans

Wiesen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LVUA bedanken für das Engagement, das sie an einer so zentralen Stelle für das Land geleistet haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie des Abgeordneten Hans Siebke [CDU])

Zugleich - das sollte man aber auch noch anfügen - gilt es, die Ursachen des im Laufe der Jahrzehnte dramatisch gestiegenen Einsatzes von Tierarzneimitteln und Leistungsförderungsmitteln in der landwirtschaftlichen Tierhaltung zu benennen und durch Aufzeigen von alternativen Wegen für die Landwirtschaft den Anreiz für eine Umgehung des CAP-Verbots zu beseitigen. Artgerecht gehaltene Tiere, denen gesundes Futter, Tränke, Licht, saubere Luft, genügend Raum und Möglichkeiten für streßarmes Sozialverhalten zugestanden werden, sind weniger krankheitsanfällig.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Gesunde Tiere brauchen weniger Arzneimittel und keine Mastleistungsförderer. Diese Binsenweisheit gilt es an den Anfang aller Überlegungen über Chloramphenicol und andere verbotene Tierarzneimittel und Masthilfen zu stellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 erteile ich Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das war ein bißchen starker Tobak, da mit dem Eid und so einem Kram anzukommen. Es ist mit meiner Presseerklärung unglücklich gelaufen; das ist so. Aber wenn ihr jetzt erzählt: „Da war überhaupt nichts“, dann hat das ja wohl dieser Bericht der Landesregierung nun auch deutlich widerlegt. Da waren nämlich in 10 % der Proben **Rückstände** im Jahr 1995.

(Dr. Christel Happach-Kasan
[F.D.P.]: In diesem Jahr war nichts!)

- Ich habe mich in der Presseerklärung auch auf den „Spiegel“-Artikel bezogen, wo Tausende von Tonnen im Jahre 1995 als mit Rückständen belastet definiert wurden. Ich habe mich auch auf 1995 und auf den „Spiegel“-Artikel bezogen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist immer schlecht!)

Die neueren Zahlen waren damals nicht veröffentlicht. Ich hätte den tendenziellen Fall natürlich darstellen müssen und so weiter. Bloß: Am nächsten Tag war die Presse daran auch nicht mehr so sehr interessiert. Insofern ist das nicht superglücklich gelaufen. Das sehe ich auch so.

Nun aber, meine Lieben, was steht denn eigentlich politisch dahinter?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hans Wiesen!)

Ich sagte gestern schon: Die Agrarpolitik ist seit dreieinhalb Jahrzehnten hier unionsgeprägt.

(Hans Siebke [CDU]: Ein Glück!)

Was die Union versäumt hat, ist, den Kampf um den Verfall des landwirtschaftlichen Erzeugerpreises zu führen. Ihr guckt zu, wie der Preis über Dekaden jährlich um 2 % sinkt. Das bewirkt einen unerträglichen **Rationalisierungsdruck** in der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft mit den entsprechenden Folgen, wo wir uns dann ab und zu die Köpfe einhauen: War da nun ein Rückstand, oder war da keiner? Aber im Grunde führt das doch zu einem Bild der **Landwirtschaft**, das heute gekennzeichnet ist von nicht tiergerechten Haltungsbedingungen, von immer wieder aufflammenden Rückstandsdebatten, einem enormen Einsatz von Medikamenten; das habe ich ausgeführt. Ich denke, diese Art der Wirtschaft müssen wir umdrehen.

Es gibt auch noch einen sozialen Aspekt dabei: Früher, zu Zeiten von Sicco Mansholt dümpelte natürlich die subsistenzorientierte **Landwirtschaft** neben der explodierenden Wirtschaftswunderwirtschaft der Bundesrepublik her. Sie wurde sozusagen entwickelt und dem

angepaßt. Aber heute haben wir einen Arbeitsmarkt, der keine Arbeitskräfte mehr aufnehmen kann. Dieser Prozeß, der damals vielleicht noch seine Berechtigung hatte, ist heute völlig überholt, wird aber weiter fortgesetzt. Das ist ein Prozeß ohne Ende. Es gibt Szenarien, wo wir noch mit 6000 Betrieben in Schleswig-Holstein agrarpolitisch zurechtkommen sollen. Die Betriebe wachsen immer mehr. Das Bild vom bäuerlichen Familienbetrieb, von dem sich die CDU auf dem Hamburger Parteitag ja auch als Leitbild verabschiedet hat - was dort auch Tränen gekostet hat -, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Ich sage auch: Diese Art der Erzeugerpreispolitik, wie sie die CDU über Jahrzehnte zu verantworten hat, ist ein Akt kalter Enteignung der Landwirtschaft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Ganz eindeutig, weil solche Leute immer das Fähnlein des Eigentums hochhalten! Es ist doch sozialpolitisch überhaupt nicht zu vertreten, daß das Eigentum immer weniger breit gestreut ist, sondern sich immer mehr konzentriert. Das sind die eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Prozesse, die hinter solchen Debatten um Chloramphenicol stehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Widerspruch)

Nun weiß ich nicht, wer der erste war. Dann erteile ich zuerst Herrn Abgeordneten Siebke das Wort, auch nach § 56 Abs. 4.

Ich darf zwischendurch mitteilen, daß SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mir signalisiert haben - das stand ja im Berichtsantrag -, daß sie mit diesem Bericht einverstanden sind, so daß der Antrag nachher erledigt sein dürfte.

Herr Abgeordneter Siebke, Sie haben das Wort.

Hans Siebke [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Matthiessen, wenn Sie hier sagen „deutliche Mehrheit der Bauern - kein CAP“, deutliche Mehrheit! Die Bauern haben kein CAP, und damit ist bewiesen: Ein Schaf - das kann also sogar eines von einem privaten Halter gewesen sein. Dies nur einmal als erstes!

Das zweite: Sie sagen, in einer **Kulturlandschaft** können wir uns das nicht leisten. Sie wollen eine Kulturlandschaft im **Biotop**. Das können wir uns auch nicht leisten; davon können wir nämlich nicht leben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dann wurde hier gesagt - von meinem Kollegen vom SSW -, die Landwirtschaft kann sich keine Arzneimittelskandale mehr leisten. Diesem Kollegen möchte ich einmal ganz klar sagen: Wir selber können diese Produkte gar nicht herstellen. Wir holen die **Fachberatung** durch den **Tierarzt** ein und setzen dann die Mittel durch den Tierarzt ein. Wenn wir uns daran halten, haben wir keine Kontrolle zu fürchten, denn das ist alles gesetzlich erlaubt, oder andere haben die Schuld.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren von CDU und F.D.P.! Ich fühle mich hier auch als Verbraucherin angesprochen. Ich glaube nicht, daß Sie mit solchen Reden das Vertrauen der Verbraucher und Verbraucherinnen wiedergewinnen können.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Mich erinnern Ihre Debattenbeiträge an die berühmten drei Affen: Nichts sehen, nichts hören - und es wäre schön, wenn Sie dann auch nichts reden würden!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Glauben Sie denn, Sie sind die einzige Verbraucherin hier? Die glauben, sie sind die einzigen Menschen hier!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat - ebenfalls nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung - Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage ist natürlich, Frau Winking-Nikolay, ob denn Beiträge wie der von Herrn Matthiessen, von dem er selbst zu Recht gesagt hat - und das muß man dann anerkennen -, daß er nicht so gelaufen ist, wie er es sich möglicherweise vorgestellt hat, geeignet sind, Vertrauen herzustellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir müssen uns doch endlich einmal darüber im klaren sein - gerade auch jemand, der noch nicht ganz so lange im Parlament ist, könnte sich vielleicht einmal daran erinnern -: **Vertrauen** zu zerstören, ist unheimlich leicht; Vertrauen in einen Tierarzt, in eine Behörde kaputtzumachen - eine dumme Bemerkung an die Presse gegeben, sofort ist es weg. Das geht ganz, ganz schnell. Das ist das einfachste von der Welt. Das kann jeder.

Aber Vertrauen aufzubauen, ist überaus schwer. Wir haben es in diesem Fall mit sehr wohl verantwortungsbewußt handelnden **Landwirten** und **Behörden** zu tun, die ihrer Aufgabe gerecht werden. Das ist das Optimum, das wir leider zu selten finden. Wenn wir aber dieses Optimum haben, dann sollten wir, bitte schön, nicht davon reden, daß wir nichts hören und nichts sehen, und das Bild der drei Affen anführen. Genau das ist nicht gerechtfertigt.

Wir verfahren nicht nach dem Beispiel der drei Affen, sondern wir kontrollieren in Schleswig-Holstein so bewußt, wie es überhaupt nur geht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Dr. Adelheid Winking-Nikolay)

[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Im Parlament!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich hatte eben schon gesagt, daß SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN signalisiert haben, daß sie mit dem Bericht zufrieden seien, so daß dieser Tagesordnungspunkt damit erledigt ist.

Meine Damen und Herren, mittlerweile haben mir die Parlamentarischen Geschäftsführer mitgeteilt, daß wir den Punkt 20 der Tagesordnung heute nicht mehr abhandeln, sondern nur noch jene Tagesordnungspunkte abwickeln, bei denen eine Aussprache nicht vorgesehen ist, so daß wir die Sitzung pünktlich um 18.00 Uhr werden schließen können.

Ich rufe also zunächst Punkt 23 der Tagesordnung auf:

Investitionsbankbericht 1995

Bericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein
Drucksache 14/79

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, den Bericht federführend - nein, ausschließlich - dem Finanzausschuß

(Günter Neugebauer [SPD]: Zur abschließenden Beratung!)

- zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Punkt 24 der Tagesordnung auf:

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wegen der Verfassungsbeschwerde gegen die Satzung der Stadt Eutin über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten

Bericht und Beschußempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 14/138

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat dem Schleswig-Holsteinischen Landtag mit Schreiben vom 6. Juni 1996 Gelegenheit gegeben, eine Stellungnahme zu einer Verfassungsbeschwerde abzugeben. Es handelt sich um die Verfassungsbeschwerde einer Automatenfirma gegen die Satzung der Stadt Eutin über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsautomaten.

Die Stadt Eutin hat auf der Grundlage des § 3 Abs. 3 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein eine Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten erlassen. Nach dieser Satzung wird die Klägerin mit einer Leistung für das Halten - sprich: Aufstellen - von Spielautomaten in Anspruch genommen. Die Firma sieht die Satzung der Stadt Eutin als nichtig an und hat Rechtsmittel dagegen eingelegt.

Nach Klageabweisung durch das Verwaltungsgericht Schleswig hat das Oberverwaltungsgericht die Berufung zurückgewiesen. Dagegen hat die Firma Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt, die ebenfalls zurückgewiesen wurde.

Die Verfassungsbeschwerde richtet sich gegen die beiden letztgenannten Entscheidungen.

Der Innen- und Rechtsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 7. August 1996 mit der Verfassungsbeschwerde beschäftigt und unterbreitet Ihnen - wie Sie der Drucksache 14/138 entnehmen können - mit den Stimmen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme des Vertreters der F.D.P. die Empfehlung, von einer Stellungnahme in dem Verfahren abzusehen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist - wie gesagt - nicht vorgesehen. Ich lasse daher über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe dann Punkt 26 auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1996

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/140

Das Wort hat der Berichterstatter des Eingabenausschusses, Herr Abgeordneter Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte schon Angst, ich erhielte überhaupt keine Redezeit. Ich denke aber, der Bericht des Eingabenausschusses ist so wichtig, daß man über diese Dinge auch reden sollte.

Eigentlich wollte ich das ja auf Niederdeutsch tun, Christel, aber ich mache es denn heute doch auf Hochdeutsch.

(Ursula Röper [CDU]: Schade!)

- Nun ja, ich habe mir das überlegt; ich war eigentlich dadurch inspiriert, weil ich Asterix in Plattdeutsch bei mir auf dem Tisch liegen habe. Aber ich denke, ich sollte das heute dann doch auf Hochdeutsch vortragen.

In dem Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März 1996 hat der Eingabenausschuß trotz des Wahlkampfes sechs Sitzungen durchgeführt und sich in dieser Zeit mit 206 Eingaben befaßt, von denen 157 abschließend beraten wurden. Meine Damen und Herren, das ist eigentlich ein sehr hoher Anteil an Eingaben, und auch in der neuen Legislaturperiode stellen wir fest, daß es eine starke Steigerung in diesem Bereich gibt.

Von diesen 157 Eingaben konnten leider nur 21 - das sind 13,38 % - im Sinne des Petenten abgeschlossen werden, 14 - etwa 8,9 % - nicht ganz im Sinne des Petenten. Bei 116 Eingaben hatten wir keine Chance, den Petenten zu helfen, obwohl wir uns wirklich bemüht haben, aber das ist leider nicht möglich gewesen.

Drei Eingaben wurden in dieser Zeit zurückgezogen, und zwei Eingaben gingen an die Fraktionen.

Wir haben uns aber auch mit zwei Anhörungen, mit zwei Volksinitiativen befaßt, und zwar einmal mit der Reiterstaffel, die inzwischen aufgelöst ist.

(Thorsten Geißler [CDU]: Leider!)

- Nun, da können wir ja noch einmal reden. Ich denke, da wird es wohl noch einmal etwas geben, damit wir uns damit befassen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Nein, ich persönlich war - ich will das an dieser Stelle einmal sagen - anderer Meinung, was die **Reiterstaffel** angeht, aber wenn mir dann einer der höchsten Polizeiführer vor der Auflösung, vor dem Beschuß in diesem Landtag sagt: „Die Reiterstaffel ist für die Polizei so uneffektiv wie irgend etwas!“, dann ändere ich meine Meinung.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer war das denn? - Heiterkeit)

- Einer der höchsten Polizeiführer!

(Klaus Schlie [CDU]: Und wer war es nun?)

- Ich werde hier doch keinen Namen nennen, Herr Schlie. Für was halten Sie mich denn?

Der zweite Punkt war die **Getränkesteu**er. Die ist jetzt ja Gott sei Dank vom Tisch. Da ich abends öfter in Kiel bleibe, bin ich natürlich auch mal durch die Gastwirtschaften gegangen - hier mal ein Bier und da mal ein Bier -

(Heiterkeit)

- hier mal ein Bier und da mal ein Bier -, und ich muß sagen: Die Getränkesteu - von uns wieder

abgeschafft - hat beim Bierpreis leider nicht geholfen; es gab keine Senkung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten auch etliche Eingaben zur **Fehlbelegungsabgabe** zu behandeln. An dieser Stelle sei einmal Kritik gestattet, und zwar an der Investitionsbank. Ich muß das an dieser Stelle einfach sagen. Man hat uns Besserung versprochen, aber die Investitionsbank hat in der ersten Zeit nicht sehr bürgerfreundlich gehandelt. Ich möchte deshalb die Verantwortlichen in der Regierung doch bitten, auf die Investitionsbank einzuwirken. Denn wenn eine alte Dame den Fragebogen kriegt, fällt die vor Schreck um. Den wird sie kaum richtig beantworten können.

Wir hatten sehr viele **Bauangelegenheiten**. Ich muß das an dieser Stelle nicht wiederholen. Zwei Kreise tun sich da besonders hervor: Nordfriesland, Herr Maurus, und Ostholstein, mein eigener Wahlkreis. Ich habe das an dieser Stelle schon einmal gesagt. Es gibt drei Bauordnungen: die des Bundes, die des Landes und die der Kreise Nordfriesland und Ostholstein. Damit müssen wir leben.

Probleme haben wir im **Ausländerrecht**. Hier ist es uns leider sehr oft nicht möglich zu helfen, obwohl es in dem Bereich sehr viele Schicksale gibt, die man kaum nachvollziehen kann und bei denen man sich fragen muß, wieso es nicht möglich ist, in dem einen oder anderen Fall zu helfen.

Um einmal ein Beispiel zu nennen: Es war eine Eingabe dabei, bei der es um die Organisation des Publikumsbetriebes in einer Kommunalbehörde, in Lübeck, ging, wo sich der Petent darüber beschwert hat, daß von drei Fahrstühlen nur einer in Betrieb war. Er bat den Eingabenausschuß, dafür Sorge zu tragen, daß alle drei Fahrstühle laufen, damit er seine Dinge erledigen kann.

Ich denke, daß der Eingabenausschuß einer der Ausschüsse ist, in dem intensiv gearbeitet wird. Die Kolleginnen und Kollegen, die im Eingabenausschuß tätig sind, werden mit sehr viel Arbeit überhäuft. Ich darf mich an dieser Stelle für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Es ist beantragt worden, von dem Bericht des Eingabenausschusses Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Eingaben zu bestätigen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe schließlich Tagesordnungspunkt 27 auf:

Volksbegehren „Rettet die Polizei-Reiterstaffel Schleswig-Holstein“

Antrag der Bürgerinitiative zur Durchführung eines Volksbegehrens „Rettet die Polizei-Reiterstaffel“ Drucksache 14/141

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herr Abgeordneter Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist das zweite Mal, daß der Schleswig-Holsteinische Landtag nach Verabschiedung des Gesetzes über Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid über einen Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens zu entscheiden hat. Es handelt sich - wie soeben gesagt - um den Antrag der Bürgerinitiative „Rettet die Polizei-Reiterstaffel Schleswig-Holstein“ auf Durchführung eines Volksbegehrens. Der Innen- und Rechtsausschuß hat in seiner Sitzung am 7. August 1996 die nach § 11 des Volksabstimmungsgesetzes erforderlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit eines Volksbegehrens geprüft und festgestellt, daß diese vorliegen.

Im Namen des Innen- und Rechtsausschusses empfehle ich Ihnen daher, einstimmig festzustellen, daß der Antrag der Bürgerinitiative „Rettet die Polizei-Reiterstaffel Schleswig-Holstein“ auf Durchführung eines Volksbegehrens zulässig ist.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen. Ich lasse über die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, Drucksache 14/141, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende des heutigen Tages angekommen. Morgen um 10 Uhr wird die Tagung fortgesetzt. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.54 Uhr